



Frankfurter
StudentInnenzeitung

NR. 3. JULI 1992 · 41. JAHRGANG

diskus

*Niemand
liebt Dich
so wie ich*

PUBLIKATIONEN DER DISKUS-REDAKTION IN DER EDITION ID-ARCHIV



Redaktion diskus (Hg.)
**Küss den Boden der
Freiheit**
diskus –
Texte der Neuen Linken

460 Seiten, 29,80DM
ISBN: 3-89408-017-5

Seit der Gründung im Jahre 1949 existierte in beiden deutschen Staaten der institutionelle Rassismus. Ausländergesetzgebung, Gastarbeitersystem und restriktive Asylpolitik sind die Stichwörter für einen staatlich regulierten und ökonomisch kalkulierten Rassismus in der BRD wie in der DDR.

Auch im neuen Deutschland wird den Flüchtlingen das Grundrecht auf Freizügigkeit verwehrt, ist die Staatsangehörigkeit nach der offiziellen Auslegung des Grundgesetz völkisch definiert. Von Freunden einer multikulturellen Gesellschaft wird gleichzeitig die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz, nach Toleranz gegenüber dem Fremden und nach Anerkennung kultureller Identitäten erhoben. Was gemeinhin als weltoffenes, antirassistisches Konzept verstanden wird, ist jedoch nicht mehr als die Begleitmusik für die Festung Europa. Das Abendland verbarrikadiert sich hinter dem Recht auf Differenz und dessen Quotierung per Gesetz, denn die von Multikultur sprechen, meinen gemeinhin Monokultur, eurozentristische Herrschaft. Hierin liegen die untergründigen Korrespondenzen zwischen dem Multikulturalismus und der Ideologie der Neuen Rechten.

Die freundliche Zivilgesellschaft versteht sich als ein Diskussionsband, der die politischen Bedingungen des gegenwärtigen Rassismus und Nationalismus in theoretischer wie in journalistischer und kritisch kommentierter Form darstellt und behandelt.

Die Publikationen sind im engagierten Buchhandel erhältlich oder direkt über die diskus-Redaktion zu beziehen. ASten, Uni-Büchertischgruppen und andere Wiederverkäufer bitte Konditionen erfragen.

»Nichts scheint heute, wo ständig schon mal Gewußtes, schon mal Selbstverständliches, nicht wie in den frühen 80ern oder späten 70ern überwunden und erweitert, sondern schlichtweg vergessen wird, so dringend geboten wie die Rekonstruktion der deutschen ›neuen‹ Linken. Da ihre überlebenden Protagonisten so wenig wie möglich wissen wollen, wer oder was sie wann waren und es vorziehen, eine Rolle bei jener anderen Rekonstruktion zu spielen, die sich darin äußert, daß deutsche Reporter angesichts deutscher Erfolge bei olympischen Spielen immer vom größten Erfolg seit... sprechen und damit einen alten DDR-Erfolg eingemeinden, müssen heutige Aktivisten wie die neue ›diskus‹-Redaktion die Sache ihrer im besten Falle resignierten Altvorderen in die Hand nehmen.«

(Diedrich Diedrichsen, Spex 4/92)

»Die sorgfältig zusammengestellte Textauswahl ist hervorragend geeignet, die Debatten der außerparlamentarischen Opposition aus den siebziger Jahren zu rekonstruieren und für eine theoretische Reflexion fruchtbar zu machen.«

(Neues Deutschland, 7.5.92)

»Insgesamt spiegelt die Textauswahl viel von der Entwicklung der undogmatischen Neuen Linken (nicht nur) aus der Frankfurter Perspektive wieder. Ein passendes Geburtstagsgeschenk, auch wenn es sich fast schon wie ein Nachruf liest.«

(Stadtrevue Köln 5/92)



Redaktion diskus (Hg.)
**Die freundliche
Zivilgesellschaft**

**Rassismus und Nationalismus
in Deutschland**

180 Seiten, 20,-DM
ISBN: 3-89408-019-1

editorial

Fritz Eichbauer ist Präsident des Zentralverbands des deutschen Baugewerbes und weiß Bescheid, warum es im Osten der BRD so viele Arbeitslose gibt. Durch das "ungebremste Hereinfluten" von Ausländern werden seiner Ansicht nach die Bemühungen des Baugewerbes unterminiert, den deutschen Nachwuchs als "neue Stammspieler für das Team vom Bau" zu rekrutieren (FAZ, 25.6.92). Nicht jeder Rassist ist wie Eichbauer ein Verbandspräsident und hat demnach auch nicht die Möglichkeit, seine "Ausländer raus!"-Parolen als öffentliche Stellungnahmen medial zu verbreiten. Was Eichbauer verbal erledigen kann, versuchen die Schnauzbärte in Schönau durch Hand anlegen zu erreichen. Daß die dort kasernierten AsylbewerberInnen ihnen nicht nur die Arbeitsplätze wegschnappen, sondern auch noch Drogen nehmen und Frauen vergewaltigt haben sollen, wollen sie durch allabendliches Biertrinken vor dem Flüchtlingslager und mit Angriffen auf die dort Untergebrachten demonstrieren. Das Klima, in dem sie alle agieren können, wird beispielsweise von einer Firma wie *Esprit* geschaffen, die auf Plakatwänden einen Jungen verlautbaren läßt, daß das größte Problem auf der Erde die Überbevölkerung sei, oder von einem Wissenschaftler wie Dennis Meadows ("Club of Rome"), der ins gleiche Horn stößt und es für wahrscheinlich hält, daß in Zukunft über Kindesmord nachgedacht werden muß, um das "Bevölkerungsproblem" in den Griff zu kriegen. Jeder nach seinen Möglichkeiten, jeder mit seinen Mitteln.

Angesichts der allerorten wahrnehmbaren Bodengewinne rechter Gedanken und Handlungen fordert Stadtrat Cohn-Bendit zu mehr Gelassenheit gegenüber den Rechten auf. Für die Ängste der Rechtswähler müsse man Verständnis haben, mit den rechten Politikern solle man öffentlich diskutieren. Deren Argumente haben ihn bereits überzeugt, wie sein Vorschlag zur Verschärfung des Asylrechtsartikels im Grundgesetz in Kombination mit einem Einwanderungsgesetz zeigt. "In der Frage der Einwanderungs- und Zuwanderungspolitik bin ich sozusagen heimatlos", jammert der Grüne (*taz*, 10.5.92) und bietet sich im RTL-Magazin "Explosiv" seinen neuen Dialogpartnern von der Rechten als Argumentationshilfe an. Heftig um deren Aufwertung bemüht zeigen sich auch Henryk M. Broder, der sich in der *taz* vom 19.5.92 eine ganze Seite lang mit Franz Schönhuber unterhalten darf, und André Müller, der in der ZEIT (26.6.92) mit ihm plaudert. Der Chef der Republikaner kann sich in der *taz* ungestört von der lebenswürdigsten Seite darstellen, entschuldigt etwa seine öffentlichen Verbalausfälle damit, daß ihm im "erotischen Kommunikationsprozeß" mit den "enthusiasmisierten" Massen halt öfter mal an der falschen Stelle einer abgeht. Wer so menschlich daherschwafelt, der kann ja nicht so böse sein, wie immer behauptet wird - so muß es in Broders Kopf kurzgeschlossen haben. "Wird Schönhuber gelegentlich von seinen Anhängern mißverstanden?" fragt er mitfühlend, um dann dem rechten Agitator mit Worten tröstend beizustehen, die nur einem aufrechten Linken einfallen können: "Das ist auch Marx passiert."

Wer auf die BRD bezogen noch von "Ausländern", "Gastarbeitern" oder "Menschen anderen Schlags" redet, verliert manchmal seine Zurückhaltung, wenn es um andere Länder geht. So wurde das, was in Los Angeles und anderen Städten an der US-amerikanischen Westküste im Mai passierte, hier zum Teil als "Rassenunruhen" bezeichnet. Die Übergriffe auf koreanische Läden dienten jenen, die in "Rasse"-Begriffen denken und mit ihnen argumentieren dazu, den Schwar-

zen nachzuweisen, daß sie ja keinen Deut besser seien als alle anderen. Ein Leserbriefschreiber in der FAZ wollte gar den Beweis antreten, daß der von der Polizei schwer verprügelte Rodney King an allem selber schuld sei: seinen beiden Mitfahrern wäre ja kein Haar gekrümmt worden, der Mann hätte seine Schläge durch die "vom ihm provozierte Verfolgungsjagd" redlich verdient. Auch wer nicht ganz so weit gehen wollte, konnte sich auf soziologische Binsenweisheiten zurückziehen und mit der Verelendung der schwarzen Bevölkerung alles und deshalb nichts erklären. In erster Linie aber haben die Aufstände in Los Angeles deutlich gemacht, wie absurd die Konstruktionen des Begriffs der "Rasse" sind. Über zwanzig Jahre nach der formalen Aufhebung der Apartheid in den USA zeigt sich dort das Desaster einer Politik, die mit der Vorstellung von "equal rights" nur die Anerkennung der sozialen Ungleichheit meinte, nicht aber deren Aufhebung. Herausgekommen ist dabei eine heterogene Schicht Marginalisierter, denen die geringsten Voraussetzungen eines menschenwürdigen Lebens fehlen und die von einer nicht minder heterogenen Gesellschaft der Erfolgreichen für überflüssig und parasitär erklärt werden.

"526 Männer entscheiden über alle Frauen", titelte die BILD-Zeitung in gewohnt feministischer Manier und nahm damit der *taz*, die sich am anderen Tag eine "Zangengeburt im Wasserwerk" aus den Fingern sog, die Pointe weg. Die Debatte um den § 218, die seit der Eingliederung der DDR aufgrund der unterschiedlichen Gesetzesnormen in Ost und West wieder eingesetzt hatte, fand am 26. Juni ihr vorläufiges Ende. Am Wochenende davor trafen sich in Berlin die GegnerInnen des Abtreibungsparagraphen zu einer Demonstration, die von lila Luftballons dominiert wurde und in ihrer Radikalität an den gleichzeitig stattfindenden Katholikentag erinnerte. In Bonn einigte man sich dann auf den "Gruppenantrag", der eine Fristenlösung mit Beratungspflicht vorsieht. Die rechten Lebensschützer werden nun das Verfassungsgericht beschwören und ein beleidigter Bischof kündigte an, daß sich die katholische Kirche nun aus der Beratung zurückziehen werde - was ein wahrlich zu verschmerzender Verlust wäre. Die CDU-Altersforscherin Ursula Lehr lieferte das Argument des Tages, bei dem offenbar der Wunsch die Mutter des Gedankens war. Die Zeit der Geburt der jetzigen Politikergeneration im Sinn kam sie zu folgender Einsicht: "Hätte es damals die Fristenregelung gegeben, würde es manche, die heute so vehement für sie eintreten, gar nicht geben."

Tom Holert gebührt die Ehre, in den "Texten zur Kunst" (Juni 1992) die politische Schublade geschaffen zu haben, in der der *diskus* demnächst verschwinden kann. "Neu-neue Linke" heißt das Wort, mit dem der *diskus* charakterisiert und als Beweis für eine "latente Aufbruchstimmung" der Linken angeführt wird. Da wir dabei in einem Atemzug mit dem soziale Katastrophen ahnenden und deshalb Morgenluft witternden Peter Glotz genannt werden, soll an dieser Stelle noch einmal daran erinnert werden, was im *diskus* 2/91 über eben jenen Hellseher zu lesen war: "Die Neue Linke - und mit ihr Wolfgang Pohrt - war damals kritischer als heute. Zumindest der sozialdemokratischen Ideologie des geringeren Übels, den Knechtsgesängen eines Peter Glotz an die jeweils existierende Staatsmacht hatte Pohrt sich 1977 verweigert."

Die Redaktion

Leserbriefe

betr.: „Schirnjetsische Kunst“ von Jörg Stürzbecher, *diskus* 2/92

Im schlechten Sinne utopisch

Was uns an ihrem Beitrag über unsere Ausstellung am meisten verblüfft hat, ist die Kombination eines hohen Informationsstandes hinsichtlich der sowjetischen Kunst mit der kompletten Ahnungslosigkeit hinsichtlich der praktischen Bedingungen einer Kunstausstellung. Am deutlichsten wird dies, wenn Sie vorschlagen, die westlichen Kunstinteressenten sollten doch besser die Werke dort anschauen, wo sie „zu Hause“ sind. Die Wegstrecke, die in Amerika, Europa und in der GUS zurückzulegen wäre, würde einer mehrmaligen Umkreisung des Erdballes entsprechen.

Daß Sie meinen, dieses Globetrotting würde den Beschäftigten der Partnermuseen in St. Petersburg und Moskau in irgendeiner Weise helfen, wirkt auf den ersten Blick unerfindlich. Erklärlich wird das Abstruse erst, wenn man es als Ausdruck jener im schlechten Sinne utopischen Mentalität erkennt, der es darum geht, daß im Kopf des Intellektuellen alles wohlgeordnet ist, ohne daß es ihr darauf ankäme, ob in der Wirklichkeit des Hier und Jetzt die Menschen zugrunde gehen. Sie wollen, daß die Dinge Ihren anspruchsvollen Vorstellungen davon, wie sie sein sollten, genügen; uns und den „Freunden der Schirn“ ging es darum, den Menschen, die wir über eine jahrelange Zusammenarbeit hinweg schätzen gelernt haben, konkret zu helfen, auch wenn wir uns darüber im Klaren waren, daß es nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein sein würde.

Bei allem Kummer, den uns Ihre Häme, mit der Sie einen - vielleicht hilflosen - Impuls des Mitgefühls kommentieren, macht, waren wir dann doch wieder über den Schwachsinn amüsiert, mit dem Sie Ihre Leser unterhalten: Glauben Sie denn wirklich, wir hätten mit einer weihnachtlichen Spendenaktion Einfluß auf die Leihgaben nehmen können, wo diese doch in Wahrheit über die letzten 4 Jahre hinweg in intensiven Gesprächen und bei zahlreichen Meetings zusammengestellt und mit den Leihgebern abgestimmt worden sind? Unsere russischen Partner sind keineswegs die Eingeborenen, für die Sie sie offenbar halten; vielmehr haben sie mit uns schon 1988 Verträge geschlossen, die neben vielem anderen - auch wichtigen Verpflichtungen unsererseits - ihre Verpflichtung enthielten, bestimmte Kunstwerke nach Frankfurt zu schicken.

Für die Schirn Kunsthalle
Hellmut Seemann

betr.: Nato-Gelüste einiger Uni-Linker, *diskus*-editorial 2/1992

Holiday in Croatia

(...) Vor einem Jahr - zur Zeit der Unabhängigkeitserklärungen von Slowenien und Kroatien - traf ich in Kroatien auf Jugoslawen aus allen Teilen des Landes. Wir unterhielten uns bei einem Bekannten (D.) von mir auf Istrien. Keiner von ihnen konnte behaupten, daß er reiner Abstammung einer bestimmten Volksgruppe wäre,

doch fast alle prophezeiten einen langen blutigen Krieg in Jugoslawien. Sie waren angewidert von der Hetzpropaganda der Presse und erschrocken über die Gewaltbereitschaft ihrer Mitmenschen. Jetzt, ein Jahr später, traf ich wieder D., der in Zagreb lebt, auf Istrien. Auf der Hinfahrt erstaunte uns schon der erste neue Eindruck, die hochmodernen Grenzübergänge der Slowenen und ihre Währung (Tolar), auf deren Scheinen nun ein Intellektueller zu sehen ist, der im damaligen Jugoslawien verpönt war. Slowenien scheint den Ausstieg aus dem früheren Bundesstaat rasant geschafft zu haben. Wobei die kroatischen Grenzhäuschen, ähnlich einer Bautoilette, einem Provisorium gleichen. Kurz nach unserer Ankunft in dem einsamen Häuschen auf dem Berg, kommt auch D. aus Zagreb mit Verspätung. Denn er wurde als einziger aus dem Bus, der über Slowenien fährt, kontrolliert. Die kroatischen Grenzposten wurden auf seinen Geburtsort aufmerksam, der ist Belgrad. Es scheint neuerdings der einzige Hinweis auf eine Volkszugehörigkeit zu sein. Eine andere Methode wird noch von Einheiten in Bosnien durchgeführt, dabei müssen die Männer den Kontrollen ihren Schwanz zeigen, um zu sehen, ob sie beschnitten (Muslim) sind oder nicht. Doch D. zeigt uns nun stolz seinen Hilfspolizeiausweis der kroatischen Armee, mit dem er die Grenzposten schnell beruhigen konnte. Wenig später erzählt uns D., wie weit der Schrecken noch nicht zur Gewohnheit geworden ist. (...)

Schreckensgeschichten, die wir uns bestimmt noch zuhauf von den kroatischen und bosnischen Flüchtlingen, die in den Touristenhotels an der Adria untergebracht sind, hätten anhören können, beschreiben am eindringlichsten die Unerklärbarkeit dieses Krieges.

Am nächsten Tag fuhren wir mit D. über die Halbinsel, um bei einer Bekannten von D. Mehl zu kaufen für unser Brot. Er stieg mit seiner Uniformhose der kroatischen Armee in den Wagen. Unterwegs passierten wir ein paar Kontrollen der Polizei, die D.'s paramilitärischem Outfit glichen. Schließlich hatte Kroatien bis vor wenigen Monaten noch keine Armee und mußte so Angehörige aus der Polizei rekrutieren. Wie die kroatische Armee jedoch innerhalb dieser kurzen Zeit zu Leopard I-Panzern kam, war auch D., der sie in Zagreb gesehen hatte, unbegreiflich.

Bei der Bekannten angekommen, diskutierten wir, ob wir uns noch in Kroatien oder Slowenien aufhielten. D. fragte sie. Ihr war es selbst noch nicht so klar und den Behörden anscheinend auch noch nicht. Auf unsere Frage, in welchem Land sie denn lieber leben würde, antwortete sie ganz erstaunt, es wäre ihr ganz gleich, obwohl sie ja eigentlich Kroatin ist.

Auf dem Rückweg sahen wir kroatische Frontsoldaten in einem Café. Es war das direkteste Indiz, daß sich dieses Land im Krieg befindet. Istrien war ja verschont geblieben, obwohl D. uns darauf hinwies, daß hier die Gefahr von serbischem Terror keinesfalls ausgeschlossen wäre. Abends saßen wir mit D.'s Eltern zusammen und redeten. Sein Vater war Partisan gegen die Deutschen gewesen, und aus D.'s Übersetzungen klang unüberhörbar eine Glorifizierung der alten Zeiten durch. Es ist wohl nicht selten, daß die alten Menschen in diesem Land Tito nachtrauern. Ich fühlte mich in diesem Augenblick an den ersten Roman Pasolinis, „Der Traum

von einer Sache“, erinnert, in dem er beschreibt, wie eine Gruppe Italiener in das verheißungsvolle Jugoslawien der Nachkriegszeit auswandern will. Einem Jugoslawien, das damals mehr Wohlstand und Gerechtigkeit versprochen hatte als Italien. Ich höre, wie weder Vater noch Mutter von D. das Wort Kroatien in den Mund nehmen, beide sprechen nur von Jugoslawien. Ich frage nun, wie sie sich diesen Krieg erklären, und mir wird gesagt, daß es das Resultat einer Clivenwirtschaft ist. Seit Titos Tod hätte sich eine Clique im Staatsrat ausgebreitet, die die serbische Dominanz auf dem Balkan wieder langsam etablieren wollte. Es hätte sich so auffallend in den Institutionen vollzogen, daß es voraussehbar war, daß es irgendwann hätte knallen müssen. Der alte Partisan fügt noch hinzu, daß es das Ende von Titos diplomatischer Innenpolitik gewesen wäre.

Doch das Resultat gestaltet sich dermaßen undurchschaubar, daß man glaubt, es bestehe nur ein Prinzip und das lautet „Wie Du mir, so ich Dir“. Vielleicht läßt sich irgendwie die Entstehung politisch erklären, doch im weiteren Verlauf wird sich diese Region wohl eher den Realitäten eines Irlands oder Palästinas zugesellen. Selbst eine UNO-geduldete US-Intervention kann nur, nach dem Good Guy-Bad Guy-Prinzip, die serbische Dominanz im Bürgerkrieg zurückdrängen. Wohl bemerkt: amerikanische GI's würden ihre Schwierigkeiten haben, in diesem etwas anderen Melting Pot den „böswilligen Verursacher“ unter den kroatischen, serbischen oder muslimischen Milizen in ihren unterschiedlichen Dominanzen in den verschiedensten Dörfern Bosniens und Herzegowinas, ausfindig zu machen.

Kai Lindemann

RADIO VENCEREMOS

Das Programm geht weiter ...

Radio Venceremos ist der Sender der Befreiungsbewegung El Salvadors. Im April eroberte der Guerilla-Funk die Hauptstadt San Salvador. Das Radio macht Programm: mit der Bevölkerung, in den Märkten, im Sheraton, mit SlumbewohnerInnen. Dafür braucht das Radio Solidarität. Denn die Stimme des Volkes braucht natürlich Mikrofone. Um in San Salvador zu arbeiten, muß das Radio eine ziemlich teure Infrastruktur aufrechterhalten. Es braucht jede Hilfe: finanzieller, materieller und technischer Art.

Dazu braucht es uns alle.

Sendet Spenden, damit das Radio senden kann:

Konto-Nr.: 412302-501
BLZ 370 100 50
Karl J. Müller
Postgiroamt Köln
Stichwort: „San Salvador“

Radio Venceremos
Scharnhorststr. 6
W - 5000 Köln 60
Tel.: 0221/765852
Fax: 0221/765889

impressum:

diskus
Frankfurter StudentInnenzeitung
Heft 3, Juli 1992

Anschrift:

diskus
Jügelstraße 1
(StudentInnenhaus)
6000 Frankfurt/M. 1
Tel.: 069/798-3188
Fax : 069/702039

HerausgeberInnen: Raymund Burghardt,
Andreas Fanizadeh, Dagmar Ganßloser,
Sabine Grimm, Michael Hintz
Redaktion: Thomas Atzert, Bernd Eich-
horn, Gerhard Fischer, Christoph Kind,
Jost Müller, Remberta Baumann

Erscheinungsweise: Vierteljährlich (zwei-
mal pro Semester)

Satz: CARO-Satz/Wolfgang Röckel,
Frankfurt/M.; Ralph Teckentrup
Druck: CARO-Druck, Frankfurt/M.
Titelmontage: Henry Rapior

Auflage: 8.000

**Redaktionsschluß für den nächsten *diskus*
ist der 30. September 1992**

Öffentliche Redaktionssitzung: Jeweils
mittwochs von 20.30 bis 22.00 Uhr in Raum
106 im StudentInnenhaus

Bürozeiten: Dienstags von 11 bis 14 Uhr
und donnerstags von 13 bis 16 Uhr in Raum
106 StudentInnenhaus

Wir freuen uns über unverlangt eingesand-
te Manuskripte, können jedoch weder für
sie haften noch in jedem Fall Korrespon-
denz führen.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigen-
tumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange
Eigentum des Absenders, bis sie der/dem
Gefangenen persönlich ausgehändigt wur-
de. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushän-
digung im Sinne des Vorbehalts. Wird die
Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht per-
sönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender
mit dem Grund der Nichtaushändigung
zurückzusenden.

diskus-Abonnement

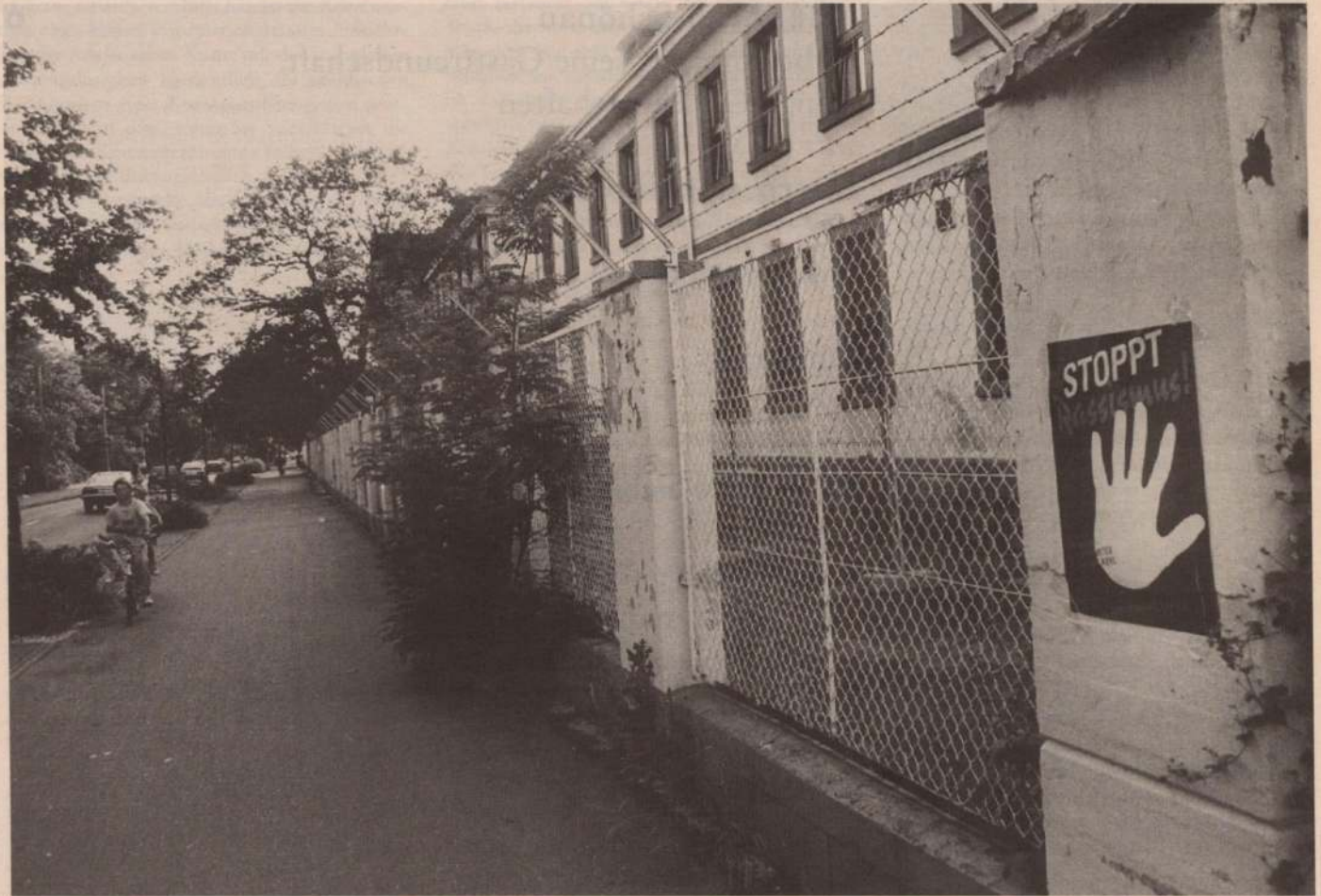
Der *diskus* erscheint vierteljährlich (zwei-
mal pro Semester). Für ein Abonnement
einfach einen Zwanzigmarkschein oder ein-
nen Verrechnungsscheck in derselben Höhe
zusammen mit Name und Adresse in ein-
nem Briefumschlag an den *diskus*, Frank-
furter StudentInnenzeitung, Jügelstr. 1,
6000 Frankfurt/M. 1 schicken. Das Abon-
nement gilt für vier Ausgaben und verlän-
gert sich nicht automatisch.

inhalt

Mannheim-Schönau	6
ist bekannt für seine Gastfreundschaft. Einige Grußbotschaften	
Internationalismus	15
Humorsoldaten	18
Blitzkrieg	20
Frankfurt	22
Rot-Grüne Sicherheitsvisionen	
Los Angeles	25
- Interviews mit Mike Davis und The Disposable Heroes of HipHoprisy - Beiträge zu oppositioneller Musik, Stadtentwicklung und Plünderung	
Befreiung	37
zur Weiblichkeit?	
Finsterlinge	41
Recherchen zur Fascho-Szene	
Bayern	44
Ein Gipfel und zwei Gegengipfel	
Hamburg-Ottensen	47
Kaufhof oder Friedhof?	
Nie wieder Anti-Faschismus	50
Die civil society	52
tage in Frankfurt	
Literatur	56
Christine Nöstlinger, Georg Seidel	

Mannheim - Schönau

Ein Flüchtlingslager im Belagerungszustand



Fotos: coe

Was tun, wenn ein ganzer Ort durchknallt? Etwa 20.000 EinwohnerInnen zählt der Mannheimer Vorort Schönau. Hunderte von SchönauerInnen belagerten in den letzten Wochen das dortige Flüchtlingslager. Die Polizei hinderte die „Einheimischen Gegner des Asylantenheims“ am Sturm des Gebäudes. Die alltäglichen rassistischen Ausschreitungen vor der Flüchtlingsunterkunft duldet sie allerdings. Örtliche Politiker und Journalisten versuchten, die Ereignisse herunterzuspielen. In der Schönauer Bevölkerung regte sich kein öffentlicher Protest gegen die Flüchtlingshatz. Ebensowenig schien es die Mannheimer Linke zunächst für nötig zu befinden, vor Ort und im Einvernehmen mit den bedrohten Flüchtlingen, sich etwas eingehender mit den unerfreulichen Ansammlungen zu befassen.

In dieser Situation entschlossen sich auswärtige linke Gruppen, die schon länger in Kontakt mit den internierten Flüchtlingen in Schönau standen, zu intervenieren. Demonstratives Ziel der vorwiegend aus dem

Rhein-Main Gebiet angereisten Leute war es, „den deutschen Mob aus den Straßen von Schönau zu vertreiben“. Mannheims Oberbürgermeister Widder (SPD) reagierte prompt. Er ließ in der Folgezeit sämtliche antirassistischen Manifestationen in seinem Verwaltungsbereich verbieten. Zunächst fand am 3. Juni eine kleinere Demonstration auf der Schönau statt, bei der es die Teilnehmenden zu verstehen wußten, die Konfrontation mit der Polizei zu vermeiden. Auf dem Nachhauseweg wurden einzelne allerdings von Schönauern überfallen und verletzt.

Eine weitere Demonstration zog sich am 6. Juni von der Schönau in die Mannheimer Innenstadt zurück. Sondereinsatzkommandos der Polizei zerschlugen an diesem Tag jeden Versuch, einen Demonstrationzug zu formieren, und stürmten auch gleich noch das Mannheimer Jugendzentrum. Nicht zuletzt das äußerst brutale Vorgehen von berittenen Einheiten, die nebst Hundestaffeln gegen potentielle DemonstrantInnen, staunende PassantInnen und Journa-

listInnen vorging, brachte ein bundesweites Presseecho. Was, wie in der Folge, in den Medien jeweils nicht erwähnt wurde, waren die gleichzeitig vor dem Flüchtlingslager stattfindenden rassistischen Ansammlungen, die trotz Demonstrationsverbotes auch weiterhin geduldet wurden.

Für den 13. Juni riefen anti-rassistische Gruppen erneut zu einer Demonstration nach Mannheim-Schönau auf. Trotz des Verbotes und dem angekündigten „harten Durchgreifen“ der Polizei kamen etwa 3.000 TeilnehmerInnen. Die meisten versammelten sich in der Mannheimer Innenstadt. Die rund 500 Leute eines PKW-Konvois aus dem Rhein-Main Gebiet demonstrierten, nach Stopp und Einkesselung durch die Polizei, im Schönau benachbarten Sandhofen (gleichfalls ein Vorort Mannheims). Tagsüber hatte die Polizei bereits den Mannheimer Ermittlungsausschuß für die Demonstration in der Gaststätte „Pumuckel“ gestürmt. Zur befürchteten übergreifenden Polizei-Randale kam es dennoch nicht, auch wenn hunderte von Personen

im Laufe des Tages vorübergehend festgenommen wurden, oder in den weiträumigen Vorkontrollen der Beamten hängengeblieben waren. Allein in Karlsruhe kesselte die Polizei in der Innenstadt etwa 200 Personen ein, um die Anreise nach Mannheim zu verhindern.

„Um den rassistischen Konsens zu durchbrechen, wollten wir in einer Kundgebung auf der Schönau öffentlich für die Flüchtlinge und gegen den deutschen Mob Partei ergreifen“, stand in einem der Demonstrationsauftrufe. Das erklärte Ziel, in Schönau zu demonstrieren, konnte aufgrund eines äußerst ungleichen Kräfteverhältnisses nicht erreicht werden. Dennoch machte die Intervention „von außen“ den Konflikt erst deutlich und auch überregional öffentlich. Sie thematisierte das dortige Verhalten von staatlichen Institutionen und Bevölkerung, das im Spektrum zwischen passivem Akzeptieren und aktiver Förderung der rassistischen Stimmung anzusiedeln ist. Immerhin ist die Volksfeststimmung auf der Schönau seit den Demonstrationen und den Presseberichten verflogen. Die Belagerung des Flüchtlingslagers hat deutlich an Popularität verloren. Der relativen Ruhe scheint jedoch auch die Polizei noch nicht so recht zu trauen. Das Lager bleibt weiter festungsartig gesichert und mit einer größeren Schutztruppe versehen.

Befürchtungen, die linken Demonstrationen würden die Situation für die Flüchtlinge in Schönau negativ eskalieren lassen, haben sich nicht bestätigt. In baden-württembergischen Zeitungen mußte über

Mannheim-Schönau endlich geschrieben werden, und die zuvor so homogen erscheinende Stimmung auf der Schönau zeigt erste Risse. Immerhin haben sich dort lebende türkische Jugendliche der letzten Demonstration angeschlossen. Anfangs hatten sie als Schönauer gegen Flüchtlinge und angereiste „linke Chaoten“ agiert. Die durch die Solidaritäts-Aktionen losgetretenen Debatten haben zumindestens auf kommunaler Ebene die schweigsame Ignoranz etwas durcheinandergebracht.

Zentrale Parolen der Solidaritäts-Demonstrationen, wie „zerschlagt den deutschen Mob“, taugen allerdings wenig für die weitere politische Orientierung. Sie sind begrifflich elitär und relativ nichtssagend. In bewährter Negativ-Fixierung auf das Adjektiv „deutsch“ wird der nationale Bezugsrahmen gedanklich nicht gebrochen, sondern weiter irgendeine nationale „Wesenheit“ - ob negativ oder positiv - behauptet. Mangels analytischer Vorstellungskraft wird der politische Gegner irrationalisiert, zum „Mob“ gekürt; genauso wie das politische Herrschaft jahrhundertlang mit unliebsamen Bewegungen praktizierte - die sie tatsächlich zerschlagen ließ. Das Gerede vom „deutschen Mob“ bringt alles und jedes und zu jeder Zeit auf den falschen Begriff, suggeriert historische Kontinuitäten, die es so aber nicht gibt. Es enthebt der Anstrengung, sich genauere Gedanken über gesellschaftliche Veränderungen machen zu müssen. In den intellektuellen Debatten wird so den Modernisierungstheoretikern das Feld überlassen, die, anstatt von Rassismus, vom „materiellen Elend“

und von den „berechtigten Ängsten“ der „deutschen Bevölkerung“ faseln, und so geradezu eine Rechtfertigungsideologie für Rassismen entwerfen.

Die Schwächen autonomer Politik machen es der rhetorischen Linken in der Bundesrepublik unnötig einfach, sich von militanten Aktionen fernzuhalten. Den „Mob“ nahmen viele zum Anlaß, nicht nach Mannheim zu fahren. Ob es in dieser Situation eine andere politische Möglichkeit gegeben hätte, als in offener Konfrontation mit der Schönauer Bevölkerung den Konflikt zuzuspitzen, auf der Straße Gegenmacht zu demonstrieren, um die anhaltende Pogromstimmung zu brechen, brauchten die GegnerInnen der Demonstrationen erst gar nicht erläutern.

Im folgenden dokumentieren wir eine Rede des Frauenplenums aus dem Frankfurter Autonomen Zentrum. Der Text wurde auf einer Kundgebung am 13. Juni in Mannheim-Sandhofen vorgetragen. Der Beitrag der autonomen L.U.P.U.S. Gruppe, eigentlich für die Schönauer BürgerInnen bestimmt, konnte aufgrund der Demonstrationsverbote seine AdressatInnen nicht erreichen. Der Artikel „Ein kleines mutiges Städtchen“ entstand aus den Diskussionen verschiedener Leute, die seit längerem in der Flüchtlings-Solidarität engagiert sind.

Andreas Fanizadeh

Ein „kleines, mutiges Städtchen“

Ein Artikel im Mannheimer Morgen brachte das Problem bereits einen Tag nach dem versuchten Pogrom vom Vatertag auf den Punkt: Neben „Drogenszene“, „Alkoholsumpf“ und „einem ganzen Rattenschwanz hausgemachter Probleme“ gebe es im 17.000 Einwohner zählenden Mannheimer Arbeiter- und Kleinbürger-Stadtteil Schönau „seit fünf Monaten eine neue Schwierigkeit. Das Land hat eine Unterkunft für Asylbewerber in den Gendarmerie-Kasernen eingerichtet“. Der Schreiber traf exakt jene geläufige rassistische Assoziationskette „Asylant - Alkohol - Drogen - Kriminalität“, die allenthalben zur Legitimation diskriminierender Maßnahmen gegen AusländerInnen dient, sei es nun die Einführung des neuen Asylverfahrensgesetzes oder die Saubermann-Aktion BAVIS in der Frankfurter Innenstadt. Er war sich mit den Schönauer BürgerInnen

einig: Anwohner des Lagers, Pfarrer, Sozialarbeiter und der örtliche Honoratiorenverein hatten einmütig die Mitbenutzung einer Turnhalle durch Flüchtlinge mit dem Argument abgelehnt, die gerade erst daraus vertriebene Drogenszene solle dort nicht mit „den Asylanten“ erneut Einzug halten dürfen. Denn den AsylbewerberInnen fällt nichts besseres ein, als die Hilfsbereitschaft der „Menschen vom herzlichen Schlag“, die im Winter „Säcke mit warmen Kleidern und Spielsachen“ bringen, mit lärmenden nächtlichen Trinkgelagen zu erwidern. Kein Wunder, daß sich zwischen Menschen so verschiedenen „Schlages“ (sollte man nicht gleich „Rasse“ sagen, wo dies doch gemeint ist?) ein „naturgegebenes Spannungsverhältnis (...) entwickelt“. - Anna G., Bewohnerin einer Erdgeschoß-Wohnung neben der Flüchtlingskaserne, trat morgens vor die Tür, erspähte einen

leeren Waschmittelkarton im Gebüsch und war sich sofort im klaren darüber, wer allein die ordentlichen Grünanlagen so verschandelt haben konnte. Wutentbrannt schleuderte sie den Karton über den Kasernenzaun. Als ihr eine Wachfrau erklärte, daß die AsylbewerberInnen über solche Waschmittelkartons gar nicht verfügten, sondern Waschmittel in großen Säcken zugeteilt bekämen, sprang Herr G. seiner Frau rettend zur Seite und packte die Wachfrau am Kragen. Der kleine Vorfall zeigt, daß der Schönauer Bevölkerung zusätzlich zu den Schwierigkeiten, von denen sie eh schon bedrängt wird, AsylbewerberInnen einfach nicht mehr zugemutet werden können. Wollen die einen, wo „sie“, d.h. das „Problem“, doch einmal da sind, „das Beste draus“ machen, hat die Mehrzahl der Schönauer BürgerInnen besser kapiert, daß die Rede vom „Asylantenproblem“ bereits

die Art seiner Lösung impliziert und schreitot zum Pogrom.

Stadtteilarbeit

Die Leute fühlen sich zuhause bei dem, was sie tun; in Jogginganzügen und Hausschuhen versammeln sie sich allabendlich vor dem Tor der Kaserne. Sie sorgen quasi für Ordnung in ihrem Vorgarten und machen deutlich, daß das, was sie hier tun, sonst niemanden etwas angeht. Lokal will man das Problem in den Griff bekommen: Der Vorsitzende des örtlichen Siedlervers eins beteuert „man wolle doch nur Ruhe und Frieden haben und habe ja überhaupt nichts gegen Ausländer.“ Schließlich gehe man beim Türken einkaufen. Wenn aber Bonn nicht das Asylproblem löse, „dann stehen vielleicht bald nur noch die Grundmauern der Gendarmerie-Kaserne.“ Auch der Mannheimer OB Widder (SPD) und die Polizeiführung finden, daß das ganze eine rein lokale Angelegenheit sei: Die ‚auswärtige‘ Presse und Interessierte gehen leer aus, lediglich die ortsansässige Presse wird mit Informationen und Stellungnahmen versorgt, und auch das so spärlich, daß sogar der Mannheimer Morgen anmerkt: „Offiziell will man es nicht so recht wahrhaben.“ (31.5.) Zumindest weiß man „es“ offiziell aus eigener Anschauung: OB Widder mischt sich unter die zum Sturm auf das Lager bereite Menge, hört sich „die Klagen der Schönauer über die Asylbewerber“ an, verspricht, „sich persönlich der Problematik um das Asylantenheim anzunehmen“ und fordert schließlich seine „lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger“ auf, sich durch die AsylbewerberInnen nicht länger zu „unüberlegten Handlungen provozieren <zu> lassen.“ „Als die Polizei die Menge zurückdrängte, blieb Widder unter den Bürgern.“ (Mannheimer Morgen, 31.5.) Um die Vorfälle soll geschwiegen werden, damit die SchönauerInnen Flüchtlinge hetzen, bedrohen, schlagen können, ohne sich wegen solcher Bagatellen gleich als RassistInnen beschimpfen lassen zu müssen. Presse und Stadtverwaltung erweisen sich so als

Freunde und Helfer

der Schönauer Bevölkerung, die dabei ist, ihre Interessen couragiert selbst in die Hand zu nehmen.

Als autonome und andere linke Gruppen aus Mannheim und umliegenden Städten beginnen, die Flüchtlinge in der Kaserne zu besuchen, Solidaritätskundgebungen zu organisieren und „zur Vertreibung des deutschen Mobs aus den Straßen von Schönau“ aufrufen, hat das Schweigen ein Ende. Der Mannheimer Morgen titelt „Reisende Gewalttäter erreichten Schönau - Krawalle am Asylbewerber-Heim fordern erste (!) Opfer“. OB Widder spricht „von einer neuen Qualität der Auseinanderset-

zung“. (4.6.)

Für Solidarität mit Flüchtlingen hat in Mannheim-Schönau wirklich niemand mehr Verständnis. Sie ist im rassistischen Konsens deutscher Provenienz dieselbe unverächtete Provokation der NormalbürgerInnen, als die die AsylbewerberInnen per se wahrgenommen werden. Auswärtige, die Fragen nach den Ereignissen stellen, werden sofort als „Frankfurter Autonome“ enttarnt und vom Pfarrer, der erst angeblich im Urlaub ist, kurzerhand rausgeschmissen. Lassen sie sich abends in den Straßen der Schönau blicken, werden sie angerempelt und bespuckt, die Reifen ihrer Autos auch schon mal plattgestochen.

Im Gegensatz zu Hoyerswerda hat die Polizei auf der Schönau von Beginn an funktioniert; sie hat den Mob daran gehindert, das Lager zu stürmen. Wie getreu sie ihrer Aufgabe als

Exekutive des Volkswillens

nachkommt, beweist sie nicht nur, als auf bloße Denunzierung hin mehrere Schwarze, die im Supermarkt einkaufen waren, gleich für mehrere Tage wegen Verdachts auf „Ladendiebstahl“ einfahren oder in Person des Waldhofer Beamten, der in seiner Dienstzeit hinter, in seiner Freizeit vor den Absperrungen um das Lager steht. Können sich die SchönauerInnen eine ganze Woche lang ungestört vor dem Lager versammeln, um die Flüchtlinge in Angst und Schrecken zu versetzen, beginnt die Polizei nach den ersten Gegendemonstrationen, das Gebiet weiträumig abzusperren. Antirassistische Kundgebungen werden aufgelöst, es kommt immer wieder zu Festnahmen. Zwei Demonstrationen auf der Schönau am 6. und 13. Juni, für die bundesweit aufgerufen wurde, werden von OB Widder verboten, das Verbot in beiden Fällen vom Verwaltungsgericht Mannheim bestätigt; weil „Sicherheit und Ordnung“ gefährdet seien - offenbar doch nur der deutschen Bevölkerung, die als unschuldiges Opfer wieder mal vor Gefahr geschützt werden muß. Die am 6. Juni auf das Verbot hin kurzfristig in die Mannheimer Innenstadt verlegte Demonstration wird dort noch vor ihrem Beginn durch einem brutalen Polizeieinsatz mit Hunden und Pferden auseinandergejagt. 142 Festnahmen und zahlreiche, zum Teil schwer Verletzte sind die Bilanz. Das liefert immerhin die Bilder, die die Presse braucht, um von „gewalttätigen Auseinandersetzungen“ schreiben zu können. Am darauffolgenden Samstag versuchen Stadtverwaltung und Polizei, potentielle DemonstrantInnen gar nicht erst in die Stadt zu lassen und versetzen ganz Mannheim in eine Art Belagerungs- und Ausnahmezustand: Die BürgerInnen werden in Handzetteln und großformatigen Zeitungsannoncen „über die voraussichtlichen Gegebenheiten informiert und ein-

dringlich gebeten, sich besonnen zu verhalten und Ansammlungen und Aktionen fernzubleiben, was die Arbeit der Polizei erheblich unterstützen würde.“ (Pressemitteilung der Stadt Mannheim vom 12.6.) Ein Weinfest wird am Samstag ebenso um 17.00 Uhr, d.h. eine Stunde vor dem Demonstrationsbeginn, geschlossen, wie die Straßencafés in der Innenstadt. Alle größeren Straßen in die Stadt werden durch Straßensperren abgeriegelt, alle Autos mit auswärtigen Kennzeichen ebenso kontrolliert, wie sämtliche Straßenbahnlinien nach Schönau und alle Personen, die nach 16.00 Uhr den Hauptbahnhof verlassen. 162 DemonstrantInnen waren bereits in Karlsruhe von der Polizei eingekesselt und so an der Abfahrt nach Mannheim gehindert worden. Das Ergebnis dieser Polizeistrategie war unter anderem, daß insgesamt zwar rund 3.000 Leute demonstrierten, jedoch an verschiedenen Orten: ca. 2.000 in der Mannheimer Innenstadt, etwa 500 auf der Schönau bzw. im benachbarten Stadtteil Sandhofen und der Rest auf die ganze Stadt verteilt in Kleingruppen und teilweise im Polizei-Kessel. 1200 Polizisten aus Sonder-Einsatzkommandos und mehrere Hubschrauber sind involviert; über zweihundert Festnahmen die Folge des Einsatzes, den von einer vor Ort stationierten Leitstelle der Feuerwehr aus persönlich zu dirigieren OB Widder sich nicht nehmen läßt.

Währenddessen versammeln sich unbehelligt im hermetisch abgeriegelten Stadtteil Schönau ca. 250 BürgerInnen vor dem Flüchtlingslager und demonstrieren Rassistismus.

Arbeitsteilung

Kann „Schönau“ nicht mehr totgeschwiegen werden, seit dort antirassistische Gruppen einzugreifen versuchen, so wird doch der versuchte und weiterhin drohende Pogrom verschwiegen. Durch die massive Intervention der Polizei - sicherlich angetrieben durch das Engagement von OB Widder, der sich als waschechter Rep profiliert, auch unterstützt durch die Entscheidungen des Verwaltungsgerichts - soll der Konflikt entpolitisiert werden. Thematisch verschoben auf die üblichen „gewalttätigen Auseinandersetzungen“ zwischen „Demonstranten“ und Polizei, inhaltlich und - durch das bislang erfolgreich durchgesetzte Demonstrationsverbot - örtlich von den rassistischen Angriffen auf der Schönau entkoppelt, wäre er um seine spezifische Brisanz gebracht: die Konfrontation mit der ganz normalen deutschen Bevölkerung auf der Schönau. Die Normaldeutschen bewiesen dort in differenzierter Arbeitsteilung von offener Aggression, unterstützendem Mitschreien, beifälligem Zuschauen und zustimmendem Wegschauen, zu was sie auch ohne Anleitung durch organisierte „Faschos“ fähig sind. Sie sollen außerhalb



der Schußlinie der Kritik bleiben, sich für ihr rassistisches Verhalten nicht verantworten müssen.

Indem Stadtverwaltung, Polizei, Presse und Gerichte die Schönauer Bevölkerung deken, sind sie Mittäter, ergänzen sie die rassistische Arbeitsteilung um bedrohliche Momente. Das geschieht nicht unerwartet, ist Rassismus in der Bundesrepublik doch institutionell fest verankert und eben kein bloß lokales Phänomen. Das neue Asylverfahrensgesetz, das am 5. Juni vom Bundestag verabschiedet wurde, stellt den vorläufigen Höhepunkt der fortschreitenden Entrechtung von AsylbewerberInnen dar: mit Gültigkeit ab 1.7.1992 werden „ausnahmslose Lagerunterbringung, straffe Verwaltungs- und Gerichtsverfahren sowie zügige Vollstreckung aufenthaltsbeendender Maßnahmen“ (Reinhard Marx in *Informationsblätter Ausländerrecht* 3/92) durchgesetzt. Das Gesetz transportiert und verstärkt jene diskriminierende Vorurteilsstruktur, die auch auf der Schönau die Pogromstimmung anheizte: die Asylsuchenden werden über Internierung in Sammelagern und der generellen erkenntnisdienstlichen Behandlung mit denjenigen gleichgesetzt, die als „Kriminelle“ bereits erfolgreich stigmatisiert worden sind. Die Lügen von „Asylantenflut“ und „Überfremdung“ werden durch überfüllte Massenquartiere scheinbar sinnlich wahrnehmbar. Sozial isoliert und markiert, durch die „Asyldebatte“ diffamiert und rechtlichen

Schutzes beraubt, werden die Flüchtlinge vom Mob als leichte Opfer ausgedeutet.

„Berechtigte Interessen“ im „sozialen Brennpunkt“ ?

Die offene Konfrontation mit der Schönauer Bevölkerung, ihr die uneingeschränkte Verantwortung für das, was sie tut, zuzuweisen, ihre rassistischen Angriffe als solche ernst zu nehmen, wollen auch viele Linke vermeiden. Flugblätter und Presseerklärungen sprechen ebenso wie die Hetzartikel des Mannheimer Morgen vom „sozialen Brennpunkt“ Schönau, den vielen Problemen und den „berechtigten Interessen“ der dortigen Bevölkerung - hätten in der Gendarmerie-Kaserne nicht auch Wohnungen gebaut werden können oder gar ein Kulturzentrum?! Die Argumentation enthält eine bezeichnende thematische Verschiebung: vorgeblich ist von rassistischen Verhaltensweisen der deutschen Bevölkerung die Rede, tatsächlich aber wird von ihren sozialen Problemen geredet, erscheint sie plötzlich als Opfer, nicht als Täter. In vollständiger Mißachtung der Folgen, die die rassistischen Angriffe für die AsylbewerberInnen haben, wird über diese hinweggegangen. Über dem erscheint die deutsche Bevölkerung als Opfer der AsylbewerberInnen, deren Interessen hier denen der deutschen Bevölkerung vorgezogen worden seien. So wird das Herrschaftsverhältnis, das der Rassismus darstellt, zu

einem Interessenkonflikt konkurrierender Gruppen verharmlost, also geleugnet, wenn nicht vollends verdreht. Verständlich nunmehr, das die Deutschen sich gegen solch ungerechte Behandlung „wehren“ müssen. So schreibt der Mannheimer Morgen angesichts des versuchten Pogroms vom „kleinen, mutigen Städtchen“ und eine linke Gruppe aus Ludwigshafen betitelt ihr Flugblatt „Rebellion ist gerechtfertigt“. So freilich gehe das nicht, man müsse den SchönauerInnen erst noch klar machen, daß ihre eigentlichen Feinde Kapital und Staat seien. Damit die Verständigung mit der deutschen Bevölkerung nicht beeinträchtigt werde, solle man nicht länger auf solch einer „reformistischen Scheiße wie Solidarität mit Flüchtlingen und Asylrecht“ herumhacken oder gar die BürgerInnen für ihre „Ausrutscher“ angreifen. Die Aneignung der Straße durch den Mob, um dort Flüchtlinge zu jagen, aber hat nichts Subversives oder Rebellisches, läßt sich nicht in soziale Revolution wenden, auch wenn die rassistischen Ausbrüche in stupider Monotonie mit dem Verweis auf soziale Probleme gerechtfertigt werden. Denn ob sich Gewalt gegen Herrschende oder gegen Wehrlose richtet, deren Diskriminierung gesellschaftlich akzeptiert ist, ist keine Nebensache, sondern der Unterschied ums Ganze.

Andreas Wittek

Eine Rede

gehalten auf der antirassistischen Demonstration am 13.6.1992 in Mannheim/Sandhofen

Geplant war die Demo in Mannheim/Schönau, was aber von den Bullen verhindert wurde. In Mannheim/Schönau befindet sich in einer ehemaligen Kaserne ein Flüchtlingswohnheim. Seit dem 28.5.1992, damals ausgehend von einer „Vatertagsfeier“ werden die BewohnerInnen bzw. das Haus täglich von Teilen der Schönauer Bevölkerung angegriffen bzw. angepöbelt.

Weltweit sind Millionen Menschen auf der Flucht vor Bürgerkriegen, aufgrund politischer, rassistischer und sexistischer Verfolgung sowie aufgrund unzumutbarer sozialer und ökonomischer Lebensverhältnisse. Sie sind gezwungen, ihre Heimat zu verlassen wegen der Verhältnisse dort, die entscheidend von hier aus, von den Metropolen, dem reichen Norden, den imperialistischen Strategien der USA, der EG, vorneweg der BRD, bestimmt werden. Die Masse der Menschen weltweit lebt in Armut und Unterdrückung, damit wir hier leben können wie die Made im Speck.

Seit fast zwei Jahren wird von den Regierenden hier - unter bereitwilligster Mit-

hilfe der Medien - die propagandistische Lüge verbreiten, die BRD würde von „Flüchtlingsen überrannt“. Eine Konsequenz dieser Hetze ist das neue Ausländergesetz sowie aktuell das neue Asylverfahrensgesetz, das am 1.7.1992 in Kraft tritt. Dieses beinhaltet im wesentlichen folgendes:

- Nach ihrer Ankunft werden die Flüchtlinge in eine zentrale Aufnahmeestelle (ZAST) gebracht.

- Dort soll innerhalb der ersten sechs Wochen rechtskräftig darüber entschieden werden, ob der Asylantrag womöglich als „offensichtlich unbegründet“ abzulehnen sei.

- Zu diesem Zweck findet die erste Anhörung möglichst frühzeitig in der ZAST statt; um die Erreichbarkeit der Flüchtlinge zu gewährleisten, können sie unter Hausarrest gestellt werden.

- Zudem müssen bei der ersten Anhörung bereits alle Angaben und Beweismittel vorliegen, Nachgereichtes bleibt unberücksichtigt.

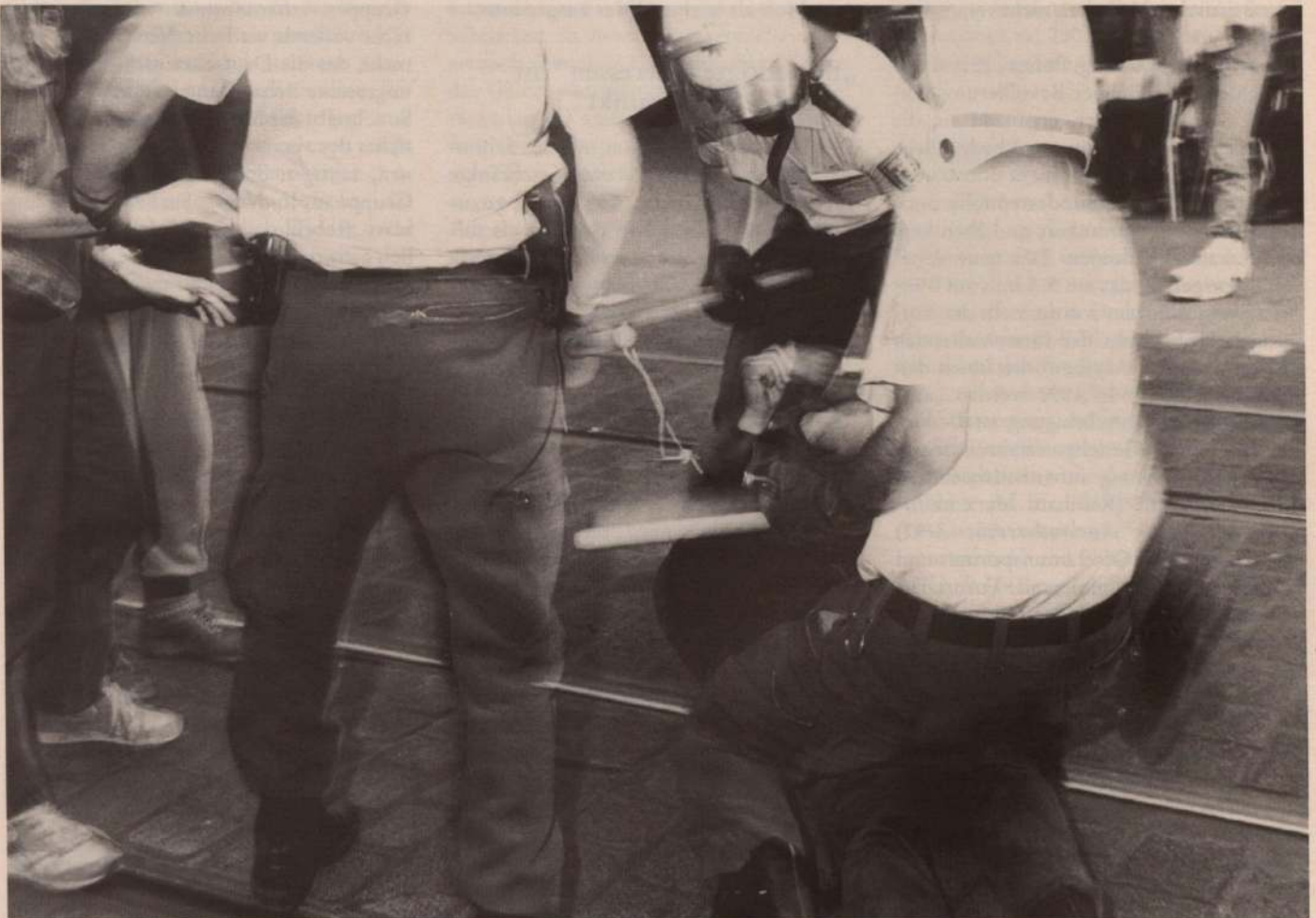
- Für den Fall, daß Flüchtlinge gegen ihre zu erwartende Abschiebung klagen wollen, muß die Klage binnen *einer* Woche in deutscher Sprache begründet werden, wodurch jegliche anwaltliche Hilfestellung inklusive Akteneinsicht allein technisch unmöglich wird, das heißt, anwaltschaftliche Beratung und Vertretung für Flüchtlinge wird es nicht mehr geben können.

- Zudem kann der/die EinzelrichterIn, die jeweils entscheidet, die Klage ohne Verhandlung und Angabe von Gründen zurückweisen.

Das neue Asylverfahrensgesetz bedeutet die faktische Eliminierung des Grundrechts auf Asyl auf dem Verwaltungsweg unter geschickter Umgehung der doch nicht salonfähigen, angestrebten Grundgesetzänderung.

Zur Situation in der ZAST:

Es besteht - wie erwähnt - Zwangsinternierung, allein durch den Zwang zur ständigen Erreichbarkeit. Verlassen dürfen



die Flüchtlinge das Lager nur noch, wenn „zwingende Gründe“ vorliegen. Die Papiere werden ihnen bei Eintritt abgenommen. Sie werden erkennungsdienstlich behandelt. Es besteht vollständiges Arbeitsverbot. Die Verpflegung erfolgt über Sachleistungen. Was das praktisch heißt und wie das Essen dann aussieht, ist bekannt ...

Die bereits jetzt bestehende Isolierung von Flüchtlingen soll perfektioniert werden, es sollen keine Besuche in den ZAST mehr möglich sein, keine Deutschkurse, keinerlei Hilfe und Beratung von außen, denn dies diene der Integration und diese ist nicht erwünscht.

Alle diese genannten Punkte betreffen Frauen genauso wie Männer, nur anders. 90 % aller Flüchtlinge weltweit sind Frauen und Kinder. Die meisten von ihnen kommen auf ihrer Flucht gar nicht bis in die Metropolen, sondern sind gezwungen, in Lagern in Nachbarstaaten ihrer Heimat zu bleiben. Aufgrund der sexistischen Arbeitsteilung haben Frauen meistens die Verantwortung für ihre Kinder übernommen, was sie zusätzlich zu ihrer ökonomischen und anderen Benachteiligungen unflexibler macht als Männer.

Wenn Frauen überhaupt in die Metropolen gelangen, sind sie dann damit konfrontiert, daß frauenspezifische Fluchtgründe wie sexistische Folter, explizit Frauen betreffende und bei Mißachtung lebensgefährdende Gesetze und Praktiken nicht als Fluchtgründe anerkannt werden. Zudem kann eine als „ausländisch“ definierte Frau nur in die BRD kommen, wenn sie Paß und Visum besitzt. In einigen Staaten werden Frauen nur in den Paß ihres Ehemannes/Vaters/Bruders eingetragen, sprich, sie besitzen keinen eigenen Paß. Frauen haben viel weniger Zugang zu Bildung, d.h., sie können eventuell nicht lesen und schreiben und haben gar nicht die Chance, ihre Rechte zu kennen und Anträge zu stellen.

Gegen Menschen, die aufgrund der imperialistischen Aufteilung dieser Welt zur Flucht gezwungen sind, stellt sich nun der Schönauer Mob - ebenso wie z.B. Mannheims OB Widder mit seinem Vorschlag des Ausgehverbots für Flüchtlinge. Damit will er verwischen, daß das Problem auf der Schönau natürlich nicht die Flüchtlinge sind, die in der Kaserne zwangsuntergebracht sind, sondern der Rassismus der Schönauer Bevölkerung! Diese Impertinenz entspricht auf rassistischem Hintergrund glänzend dem sexistischen quasi Nachtausgehverbot für Frauen, um sich vor Vergewaltigern zu schützen. Wir fordern Ausgehverbot für alle Schönauer RassistInnen, damit sich die Flüchtlinge wieder sicher auf der Straße bewegen können!

Die Haltung der SchönauerInnen gegenüber MigrantInnen ist so neu allerdings nicht. Sie entstammt der traditionsreichen deutschen Herrenmentalität, die sich er-



Vor dem JUZ in Mannheim

dreistet, Anderen, anders Aussehenden, als fremd und damit feindlich Definierten das Existenzrecht abzusprechen. Die SchönauerInnen nehmen sich heraus, bewußt auf Kosten anderer leben zu wollen und sind empört, wenn sich gegen diese Haltung Widerstand regt. Sie haben auch allen Grund zur Sorge, denn sie wissen, daß es um ihre unrechtmäßigen und rassistischen Privilegien geht. Es geht zum Beispiel um das Privileg, zu bestimmen, wer in Schönau leben darf und wer nicht, die Straße als ihr Terrain zu beherrschen und andere daraus zu vertreiben, somit einen ganzen Stadtteil zum erweiterten Wohnzimmer machen zu wollen. In den Überfällen auf die Flüchtlinge zeigt sich, daß eine positive Identitätsfindung in diesem Land nur durch Abgrenzung gegen alle als anders erkannte oder definierte Menschen möglich ist. Denen, die das ausdrücken, indem sie hier tagtäglich stehen, gaffen, Beifall klatschen oder direkt an den Angriffen beteiligt sind, haben wir nichts zu sagen, als daß wir nicht zulassen werden, daß Sie weiterhin Ihre rassistischen Exzesse feiern können. Wir wenden uns aber an die, die wegzucken, zu Hause bleiben, so tun, als wäre nichts, sich verdrücken und weiter ihren Alltag leben, sei es hier in Sandhofen oder auf der Schönau: Sie werden später nie sagen können, sie haben von nichts gewußt! Sie müssen sich im klaren sein, in welcher deutschen Tradition Sie mit Ihrem Verhalten stehen! Sie müssen sich gefallen lassen, von uns ebenso als FaschistInnen und RassistInnen bezeichnet zu werden, solange Sie nicht gegen die Überfälle auf die Flüchtlinge und das Flüchtlingsheim Position beziehen. Das mag schwer sein, aber nach Hoyerswerda kann sich keine/r mehr herausnehmen, wegzugucken in der Hoffnung, dadurch eine weiße Weste zu behalten. Wer schweigt, stimmt zu!

Und der Einkauf beim türkischen Ge-

müseladen, den Sie so gerne zitieren, ist kein antirassistischer Akt, sondern lediglich bewußtes VerbraucherInnenverhalten, da das Gemüse dort oft am frischesten ist. Die Pizza ist entsprechend beim Italiener am besten und Ouzo gibts nun mal beim Griechen. Solange sich Ihr vermeintlicher Antirassismus auf clevere Konsumgewohnheiten beschränkt, solange nicht in Schönau selbst sich Menschen finden, die den rassistischen Schlägern und ihrem Publikum Einhalt gebieten - und zwar sofort und auf der Stelle und nicht nach endlosen „Dialogen“ mit den AngreiferInnen - denn die Flüchtlinge können nicht warten - solange sich hier niemand bereit findet, HALT zu rufen und durchzusetzen, solange werden wir uns das Recht nehmen, „von auswärts“ hierher zu kommen. Das einmal mehr, da die Polizei in der letzten Woche immer unverblümt ihre Pseudoschutzfunktion dazu mißbraucht, vor allem Schwarze im Lager mit ihren rassistischen Pöbeleien zu schikanieren.

Auch wenn klar ist, daß wir hier nicht immer präsent sein und nicht ewig werden bleiben können: Wir werden tun, was wir können. Solange sich in der Schönauer Alltäglichkeit des Rassismus nichts ändert, nehmen wir uns das Recht, weiterhin hierher zu kommen und einzugreifen, um den Flüchtlingen unsere Solidarität deutlich zu machen und den Schönauer RassistInnen zu zeigen, daß ihr Rassismus eine Grenze hat!

Für uneingeschränktes Bleiberecht und volle BürgerInnenrechte für alle Flüchtlinge!
Für die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe!

Für ein von Männern unabhängiges autonomes Bleiberecht für Frauen!

Gegen die deutsche Herrenmentalität!
Nie wieder Deutschland!

Autonomes Frauenplenum Frankfurt



An die Bürgerinnen und Bürger auf der Schönau

Nicht für Sie, aber für uns fing alles mit einer gerade 12zeiligen Kurzmeldung in der FR v. 30.5. 92 an:

„Am Donnerstag Abend waren in Mannheim 30 betrunkene Männer von einem Vatertagsfest aus zu einem Asylbewerberheim gezogen und hatten in Sprechchören den Ausländern Gewalt angedroht. Ihr aggressiver Krawall zog etwa 300 Schaulustige an. Das Gebäude wurde abgeriegelt, wie die Polizei am Freitag mitteilte. Sie nahm mehr als 20 Unruhestifter fest. Dabei wurden 2 Beamte durch Glassplitter von Bierflaschen leicht verletzt.“

Mann/frau muß diese kleine, unscheinbare Nachricht mehrmals lesen, um Wort für Wort die Widerwärtigkeit dieses Ereignisses zu begreifen. Daß am Vatertagsfest Männern nicht mehr einfällt, als sich zu besaufen, gehört seit Jahren zum Ritual jenes Feiertages. Daß sie sich dabei ankotzen und bestätigen, gehört zu dieser Art von Männerfreundschaft, die hier gepflegt wird - wie der Vorgarten, das Auto, das kleine Häuschen und der Gartenzaun. All das hat seine Ordnung. Völlig in Ordnung war auch, daß der Höhepunkt dieses Vatertagsfestes ein Angriff auf ein Flüchtlingslager war. Das war zwar - spätestens seit Hoyerswerda - nichts mehr neues, aber für

die Schönauer Bevölkerung wohl höchste Zeit und alles andere als zufällig.

So besoffen diese 30 Männer waren, so genau wußten sie, wohin sie gehen, so einig waren sie sich, wer jetzt keinen Grund hat zu feiern, wer in ihrem aufgeräumten Vorort nichts zu suchen hat.

„Ihr aggressiver Krawall zog etwa 300 Schaulustige an“, so die Zeitungsmeldung weiter. Das klingt nach Attraktion, nach Spektakel, ein bißchen Lärm, ein wenig Übermut und 2 Bier zuviel. In einem Land, wo Pogrome und Judentum nicht die Handlung von wenigen war, sondern eine rassistische Lebenshaltung von Millionen; in einem Land, wo Selektion und Vernichtung von unwertem Leben *nicht* gegen die Bevölkerung, sondern mit deren Duldung und Unterstützung möglich wurden, ist eine solche Pressenotiz mehr als Verharmlosung und Entschuldigung. Als handele es sich hier um Entgleisungen - und nicht um Gleise, die gestern nach Auschwitz führten und heute zielsicher vor's Flüchtlingslager. Als handele es sich hier um blinde Gewalt, um eine Schnapsidee und eben nicht um eine rassistische Lebenshaltung, die im Exzeß nur öffentlich macht, was viele denken und fühlen und einige immer wieder sagen.

„300 Schaulustige“ zog dieser rassistische Angriff an. Und wir fragen Sie, die Schönauer Bevölkerung: was zog Sie an, was machte Sie an, wo Sie ansonsten bei ‚Krawall‘ schlimmstenfalls die Türen schließen und die Polizei rufen?

Was zog Sie an, auf die Straße, vor's Flüchtlingslager, wo Sie doch ansonsten so für Ruhe und Ordnung eintreten? Und wir fragen Sie, die braven und rechtschaffenen Bürger/innen von Schönau: Was war an diesem Abend, vor dem Flüchtlingslager, „lustig“?

Was fanden Sie an diesem „Krawall“ so lustig, wo Sie doch ansonsten „Krawall“ so verurteilen?

Anders gefragt: Was machte Ihnen so viel Mut, wo Sie doch ansonsten soviel Angst vor ‚Ausschreitungen‘ haben?

Was uns entsetzt, sind nicht die 30 Vaterlands-Männer, die die Sau rauslassen, sondern Sie, die Schaulustigen, die Gefallen und Genugtuung daran gefunden haben. Sie, die sich ganz und gar nicht als Minderheit fühlen, sondern stellvertretend für die Mehrheit in Schönau ihre Zustimmung und Unterstützung kundtaten.

Es wäre ganz und gar falsch, wenn man Sie mahnend an Hoyerswerda erinnern wollte - als hätten Sie - wieder einmal -

etwas vergessen. Im Gegenteil: das bezeichnende an Ihrer Haltung ist, daß Sie gerade *nicht* vergessen haben, sondern dabei sind, es zu wiederholen!

Sie, Schönauer Bürgerinnen und Bürger, sind gerne und bevorzugt ‚Opfer‘: Opfer einer verfehlten Sozialpolitik, Opfer einer geschwätzigen Asyldebatte, Opfer einer tatenlosen Parteipolitik und zuletzt Opfer einer Vergewaltigung, die ein „schwarzer“ Asylbewerber an einer 16jährigen Schönauerin begangen haben soll. Das soll das Faß zum Überlaufen gebracht haben, wo Sie sich so lange haben zusammenreißen müssen.

Sie sind so viel ‚Opfer‘ wie das Nazi-Deutschland 1939, das von Polen „angegriffen“ wurde und deshalb ab 5.30 Uhr morgens begeistert dem Führerbefehl folgte, „zurückzuschießen“ ...

Sie wissen so gut wie wir, daß *diese* Vergewaltigung frei erfunden war.

Sie wissen so gut wie wir, daß die meisten Vergewaltigungen nicht von ‚Fremden‘, ob schwarz oder weiß, versucht oder begangen werden, sondern von Bekannten, Verwandten, von sogenannten unbescholtenen (Familien-)Vätern. Kurzum aus Ihrer Mitte heraus, im Schutz ihres Stillschweigens, also mit Ihrer Duldung und Zustimmung.

Sie wissen sicherlich besser als wir, wie viele Vergewaltigungen in Ihrer Siedlung, in Ihrem Bekanntenkreis, in Ihrer eigenen Familie versucht oder vollendet wurden. Wir wissen von keinem einzigen Versuch, dieses Haus, diese Wohnung zu belagern, Tag für Tag, bis es für jeden Vergewaltiger unerträglich wird, aus Ihrer Mitte heraus zu agieren.

Genau deshalb ist die Vergewaltigung einer 16jährigen Schönauerin durch einen „schwarzen“ Asylbewerber mehr als „frei erfunden“ (FR v. 6.6.92). In ihr tobt sich nur der eigene Wunsch aus, sich das von niemand (anderem) nehmen zu lassen. Deshalb ist es auch falsch, das Gerücht von einer Vergewaltigung als Versuch zu werten, von den eigentlichen rassistischen Motiven abzulenken. Im Gegenteil: Kaum anschaulicher demonstriert es, wie ganz alltägliche sexistische Gewalt(-phantasien) mit rassistischen Lebenshaltungen zusammenwirken und ineinandergreifen.

Doch seien Sie beruhigt. So sehr Sie sich auch als ‚Opfer‘ der Politik oder sonst etwas fühlen, so *sicher* können Sie sich ihrer sein. Einen Tag nach dem Vatertagsexzeß unterbreitet OB Widder den Schönauern in einem offenen Brief das Angebot, künftig bevorzugt nicht mehr „alleinstehende, junge Männer“, sondern vielmehr „Flüchtlingsfamilien mit Kindern“ auf dem Gelände unterzubringen. (FR v. 6.6.92)

Schneller kann man ein frei-erfundenes Gerücht - über den Umweg einer Maßnahme gegen Flüchtlinge - nicht zur ange-

nommenen Tatsache machen. Ganz abgesehen davon, daß der Oberbürgermeister mit dieser Maßnahme die Schutzbehauptung regierungsamtlich macht, daß von Familien(-vätern) weniger sexistische Gewalt ausgehe, als von „alleinstehende(n) junge(n) Männer(n)“.

Wenn in Zeitung, Rundfunk und Fernsehen nichts mehr seit jenem Vaterlandstag zu lesen, hören und zu sehen ist, dann heißt das noch lange nicht, daß seitdem nichts passiert wäre. Es herrscht nur Nachrichten-sperre, wobei es auch dafür keines Erlasses bedarf, sondern nur einer guten Portion Selbstzensur. Freie Berichterstattung heißt eben gerade auch, die Freiheit, nicht zu berichten. Was nur auffällt, daß genau dies alle (Medien) gleichzeitig tun.

Weder die organisierten Schläger, noch die Schaulustigen, noch die Schönauer Bevölkerung brauchen sich gerade jetzt alleine zu fühlen. Sie können sich der Komplizität der Medien, der (lokalen) Parteipolitik und der Polizei sicher sein. Sie können ungestört, in aller Ruhe weitermachen. Seit dem 29.5. wird Abend für Abend, nach der Tagesschau, das Flüchtlingslager belagert und angegriffen. Die Flüchtlinge trauen sich kaum noch aus dem Lager und wenn doch, können sie sich Anpöbeleien und (tätlicher) Angriffe sicher sein. Sie sollen Stunde um Stunde, Nacht für Nacht um ihr Leben fürchten, nachdem sie, aus Furcht um ihr Leben, aus ihren Heimatländern geflüchtet sind, in der Hoffnung, hier sicher zu sein. Daß Menschen anderer Hautfarbe, auch ohne Hunger und Krieg, hier um ihr Leben bangen müssen, das demonstriert ihnen die Schönauer Bevölkerung Tag für Tag. Die ‚Entgleisungen‘ nehmen organisierte Züge an.

Während die Polizei Gelassenheit und Besonnenheit gegenüber dieser völkischen Gesinnung signalisiert, die Pressestelle der Polizei jeden Fahrraddiebstahl zur Meldung macht und über die allabendliche Belagerung des Flüchtlingslagers ‚Stillschweigen bewahrt‘, zeigt die Polizei dennoch, woher die Gefahr ‚eigentlich‘ kommt, wovon sie ‚eigentlich‘ ausgeht. Sie „rät“ den Flüchtlingen, das Lager nicht zu verlassen und zog zur Unterstreichung ein 2 Meter nach innen versetztes, zusätzliches Absperrgitter um das Flüchtlingslager. Auf die viel naheliegendere Maßnahme, für Schönau eine allabendliche Ausgangssperre zu erlassen, kommt sie nicht.

Für Sie, Schönauer Bürger/innen, ist es kein Widerspruch, für Ruhe und Ordnung zu sein und gleichzeitig das Leben der Flüchtlinge hier zur Hölle zu machen. Ihre Ruhe und Ordnung ist - in der Tat - die Hölle. Die Bereitschaft, alles zum Verschwinden zu bringen, auszulöschen, was Sie mit einem *anderen* Leben, mit Unbekanntem und Verschiedenheit konfrontieren könnte. Sie haben in der Tat Angst -

Autonome L.U.P.U.S. Gruppe

Geschichte Rassismus und das Boot - wessen Kampf gegen welche Verhältnisse

Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus waren für die Linke seit über 20 Jahren kein eigenes Problem. Die „neue Qualität“ rassistischer Angriffe, die auch über einer vorübergehende mediale Würdigung ins linke Bewußtsein vorstieß, scheint die These vom wiedererwachten Großdeutschland, von der „ungebrochenen Kontinuität des deutschen Faschismus“ -auf das blutigste- zu bestätigen.

Doch die einfachen Analogien versperren -geradezu mutwillig- die Sicht auf die Zusammenhänge zwischen Rassismus im Modell Deutschland und dem antisemitischen Konsens im deutschen Faschismus.

Der Blick auf Hoyerswerda ist der selbstbestätigende Blick auf einen Rassismus, der politisch und historisch leicht identifizierbar und physiognomisch leicht auszumachen ist. „Solange autonome antifaschistische Praxis vor allem darin besteht, den braunen Rassismus von der Straße zu verdrängen, solange wir gegen den institutionellen, (multi-) kulturellen Rassismus keine Praxis entwickeln - solange machen wir mit multikulturellen Konzepten -ungewollt- eine Sache: *Wir kämpfen gemeinsam um die Wiederherstellung der Normalität.*“

Das Verhältnis der militanten Linken zum Staat Israel zeigt, daß eine internationalistische deutsche Linke, die ihre eigene nationale Bedingtheit leugnet, fast zwangsläufig antisemitische Muster reproduziert.

„Geschichte, Rassismus und das Boot“ treibt die seit den Ereignissen des Jahres 1991 in der autonomen Linken entfachten Diskussionen (Golfkrieg/Israel, Rassismus, autonomer Antifaschismus, Herrschaftsbegriff) weiter.

Das Buch „Geschichte, Rassismus und das Boot - wessen Kampf gegen welche Verhältnisse“ wird jetzt endgültig Ende Juni zu haben sein. Es erscheint im Verlag „Edition ID-Archiv“, hat 180 Seiten und kostet DM 18,-



nicht vor den Flüchtlingen, sondern vor einem Leben, das Ihr eigenes zu Tode ge-regeltes und voller Vorsorge entstelltes Leben in Frage stellen, ins Wanken bringen könnte.

Die Flüchtlinge sind Ihnen völlig egal - im wahrsten Sinne des Wortes - *gleichgültig*. Sie sind heute Objekt Ihres Lebens-hasses und Unterwerfungswillens wie es früher Jüdinnen und Juden waren, wie es heute immer noch Schwule und Lesben, Kommunisten und Oppositionelle sind. Ihre Objekte sind austauschbar - Ihre eigene Lebenshaltung immer dieselbe - un-gebrochen.

Sie sagen - im Jahrhundertreim - die Flücht-linge nähmen Ihnen die Arbeit, die Woh-nung, die Sozialhilfe weg. Wir wünschten uns in solchen Momenten wie diesen, all das wäre keine Projektion, sondern Wirk-lichkeit. Es gäbe gute Gründe dafür - nicht nur für Flüchtlinge.

Wir können uns vorstellen, daß die mei-sten von Ihnen keinen Flüchtling selbst umbringen wollen und können. Was Sie aber *alle* können und tun, ist ein Klima zu schaffen, das Flüchtlinge dazu treiben soll,

abzuhauen, *bevor* es zu so etwas kommt.

Sie, Schönauer Bürger/innen, wollen in Ruhe und Frieden hier leben und machen den Flüchtlingen das Leben zur Hölle - indem sie schweigen, nichts tun, indem sie applaudieren, anfeuern und selbst Hand anlegen.

Wir wollen Sie nicht mit der deutschen Vergangenheit belästigen. Wir wollen nur alles tun, daß Sie nicht in Ruhe und Frie-den das Leben anderer zur Hölle machen können.

Wir geben zu, es wird nicht leicht sein, Sie aus Ihrer Ruhe und Fassung zu bringen. So sehr Sie auch auf die „große Politik“ schimp-fen mögen, so viel Rückendeckung und Schutz bietet sie Ihnen an.

7 Tage nach dem Vatertagsexzeß, nach 7 Tagen allabendlicher, genehmigter Belage-rung des Flüchtlingslagers, meldet sich der OB Widder nochmals in einem offenen Brief an die „liebe(n) Mitbürgerinnen (und) liebe(n) Mitbürger auf der Schönau“ zu Wort: „die Ansammlungen vor der Landes-unterkunft für Asylbewerber in der Lilien-thalstraße haben ... eine neue Qualität er-reicht, indem ... sie zum Anziehungspunkt auswärtiger militanter Kräfte werden. Ich bitte Sie ... Konfrontationen mit *diesen* (Hervorhebung vom V.) Kräften zu mei-den.“ (Offener Brief v. 4.6.1992)

Bei aller Kritik an der „großen Politik“, Schönauer Bürgerinnen und Bürger: de-monstrativer kann sich ein Stadtoberhaupt nicht vor Sie stellen und den Rest auf den Kopf!

7 Tage lang störten weder Sie noch den OB, noch die Polizei die allabendlichen Angriffe auf's Flüchtlingslager. Das war und ist für Sie und den OB - wahlweise - in Ordnung, verständlich und/oder nicht ein-mal der Erwähnung wert. Von „neuer Qua-

lität“ ist erst die Rede, als wir das gute und mittlerwei-le geübte Zusammenspiel von Schönauer Bürger/innen und Polizei, Partei-Politik und Medien zu stören be-gannen - in der Tat, über-wiegend von „außerhalb“, weil bis zu 400 Schönauer/innen täglich nicht *gegen* die Bevölkerungsmehrheit, son-dern mit ihrer Zustimmung und Duldung vor dem Flüchtlingslager die Sau raus-ließen/rauslassen.

Wenn sich ein Volk so ei-nig ist, verdient das nicht nur politische Anerkennung, sondern auch Polizeischutz - mit allen Mitteln. Diese ver-sichert der OB im selben of-fenen Brief: „Die Polizei hat mit besonnenen Einsätzen in den letzten Tagen die öffent-liche Sicherheit und Ord-nung gewährleistet und wird

mit verstärkter Präsenz auch den neuen Herausforderungen gerecht werden und diesen in aller Entschiedenheit entgegen-treten.“

Dazu darf mann/frau wohl das Demon-strationsverbot in Schönau und sonstwo am 6.6.92, den blutigen Polizeieinsatz in Mannheim am selben Tag, die über 140 Festnahmen, die unzähligen Kopf- und Platzwunden und Hundebisse, den Ein-satz von SEK (Sondereinsatz-Kommandos) und zivilen Greiftrupps, die Stürmung des Mannheimer Jugendzentrums usw. zählen. Damit sich der völkische Mob wieder in Ruhe - vor dem Flüchtlingslager in Schönau versammeln kann.

Soviel der OB Widder in seinem offenen Brief auch auf den Kopf stellt, so sehr hat er doch den Nagel auf den Kopf getroffen, als er das enge Band zwischen Schönauer Bevölkerung und Polizei zu würdigen wuß-te: „Die Polizei hat bei den Einsätzen ge-gen die auswärtigen Störer die Zustimmung und das Verständnis der Schönauer Bevöl-kerung erfahren. Dafür danke ich allen, die damit einen Beitrag für die Sicherheit auf der Schönau und der Stadt insgesamt lei-sten.“

Soll uns niemand kommen und sagen, völkische und rassistische Gesinnung könn-ten sich hier nicht einer breiten, sozialen Basis, der „großen Politik“ und des polizei-lichen Begleitschutzes sicher sein.

Es liegt an uns, an unserer Kraft, an unserer Ausdauer und Entschlossenheit, nicht den Rauch zu vertreiben, sondern die Feuerstelle selbst zu bekämpfen. Diese liegt nicht am *Rand* dieser Gesellschaft, sondern *mittendrin*.

autonome L.U.P.U.S-Gruppe R/M

KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
+ ANTIQUARIAT
JORDANSTR. 11 · 6 FRANKFURT/M. 90
TELEFON 069/77 88 07 + 03



Internationalismus und Neue Linke

Von „Neuer Linker“ zu reden, hat heute bekanntlich den Charakter eines Nachrufs. Und wie alle Nachrufe besteht dabei die Gefahr der Verklärung und Mythologisierung der Verblichenen. Lassen wir mal dahingestellt, inwieweit es überhaupt zulässig ist, von „der“ Neuen Linken zu reden. Das gerne gebrauchte Adjektiv „neu“ gibt dem Begriff nur scheinbare Eindeutigkeit. Fest steht allerdings, daß heute in diesem Lande eine politisch wirksame, theoretisch kompetente und überzeugungsfähige radikale linke Opposition nicht mehr vorhanden ist.

Zur Mythologisierung gehört auch das Suggestieren von Kontinuitäten. Verfolgt man „linke“ Theorie- und Politikgeschichte seit den Anfängen der Protestbewegung, so fallen vor allem die Brüche, das immer weitere Auseinanderdriften politischer Strömungen und Gruppierungen, notorisches Vergessen und eine erstaunliche Unfähigkeit zur Verarbeitung von Fehlern auf. Die Schwierigkeit, sich zur eigenen Geschichte reflexiv und kritisch zu verhalten, ist eines der augenfälligsten Merkmale der linken Szene hierzulande. „Internationa-

lismus“ bezeichnet ein Feld, wo dieses besonders deutlich ist. Der Wandel von blauäugiger Befreiungsbewegungs-Solidarität hin zum weltpolizeilichen Blick mediengewöhnter Alt-68er, die die Zitadelle ihrer „Zivilisation“ durch ein apokalyptisches Chaos von Fundamentalisten, Flüchtlingen und wildgewordenen Diktatoren bedroht sehen, ist jedenfalls eklatant.

Eine Geschichte theoretischer und politischer Saltos

Man muss nicht sehr überpointieren, um linke Kontinuität vor allem in aufeinander folgenden abstrakten Negationen und theoretisch-politischen Kopfständen zu erblicken. Dem oft ziemlich platten Ökonomismus der siebziger Jahre folgte ein kulturalistisches Gesellschaftsverständnis und das Verdrängen der Kritik der politischen Ökonomie als Grundlage jeder kritischen Theorie. Auf die etwas simple ideologiekritische Denunzierung des bürgerlichen Staats als Ausdruck der Klassendiktatur, die sich um die Widersprüche der kapitalistischen politischen Form kaum kümmerte

und deren „demokratiethoretisches“ Defizit augenfällig war, folgte die noch einfachere Identifizierung mit den bestehenden Herrschaftsstrukturen in den neuen „Demokratie“- und „Zivilgesellschafts“-Diskursen. Und ein abstrakter und oft projektiver, ohne Rücksicht auf die Widersprüche eines kapitalistischen Weltsystems an die Fahnen gehefteter Internationalismus wurde von dem sich aufgeklärt-pragmatisch gebenden Nationalismus einer Metropolen-Linken abgelöst, deren Ziel nicht mehr radikale Befreiung, sondern die Kontrolle des status quo einer euphemistisch als „neu“ bezeichneten Weltordnung ist. Es lässt sich also vermuten, daß es gerade die ursprünglichen theoretischen Fehler waren, die die folgenden politischen Wenden mit begründet haben, daß also beispielsweise der Etatismus der heutigen neuesten Linken seine Wurzel in den Vereinfachungen der früheren Staatskritik hat.

Ziemlich unsinnig sind die geläufigen Sortierversuche, wer nun heute eigentlich noch „links“ sei. Der Begriff selbst hat seine Tauglichkeit weitgehend eingebüßt. Wollte man radikale Opposition politisch-

Jan Philipp
Reemtsma

u.a. Falun

Reden & Aufsätze
Edition Tiamat

Der Band versammelt Reden und Aufsätze über Literatur, Politik und Gesellschaft, die immer wieder drei Themen umkreisen: Ursachen, Folgen und Mehrdimensionalität menschlicher Destruktionshandlungen.

Geb. Schutzumschlag, 440 Seiten,
49.- DM

Perversion der Philosophie

Lacan und das unmögliche
Erbe des Vaters

Herausgegeben von
Edith Seifert

POLITIK
DER
LEBENSSTILE

Edition
TIAMAT

Die Psychoanalyse Jaques Lacans steht im Mittelpunkt der Auseinandersetzung dieses Buches – genauer – das Verhältnis der Lacan'schen Psychoanalyse zur Philosophie.

Paperback, 200 Seiten, 28.- DM



**Edition
TIAMAT**

Grimmstr. 26 – 1000 Berlin 61

theoretisch neu begründen, dann wäre die systematische und genaue Kritik der „Neuen Linken“ und ihrer Entwicklung jedenfalls unabdingbare Voraussetzung. Die gewohnte Haltung, die auf frühere theoretische und politische Irrtümer mit Vergessen und Verdrängen reagiert, hilft jedenfalls nicht dazu. Da ein einzelner kurzer Beitrag dieses Geschäft nicht leisten kann, gerät er selbst in die Gefahr, schablonenhaft zu bleiben. Ohne dem ganz entgegen zu können, will ich deshalb das Argument an einigen zentralen Begriffen wenigstens etwas erläutern.

Imperialismus oder von der Schwierigkeit, linke Theorie als kritische zu begreifen

Mit kaum einem anderen Begriff waren von Anfang an so viele theoretische Defizite und ideologische Aufladungen verbunden wie mit diesem. Die Rezeption der klassischen Imperialismustheorie am Beginn der Studentenbewegung – vor allem der Name Lenin steht dafür – war wohl ein notwendiger Schritt, um einen Begriff von den internationalen Gewalt- und Abhängigkeitsverhältnissen zu entwickeln, die beispielsweise dem Vietnamkrieg zugrunde lagen. Die Misere begann mit der Vulgarisierung des Begriffs zur Vorstellung einer von einem Zentrum gesteuerten, kontrollierten und ausgebeuteten Welt, die selbst hinter Lenin'sche Differenzierungen zurückfiel. Verschwörungstheorien ersetzten vielfach die Gesellschaftsanalyse. Zu erklären ist diese in der Entwicklung der bundesrepublikanischen Linken bis heute virulente Tendenz nicht zuletzt mit starken Selbstidentifikationsbedürfnissen, gestattete sie doch die leichte Unterscheidung in Freund und Feind, eine Identifikation mit allen möglichen Befreiungsbewegungen ohne Rücksicht auf deren widersprüchliche Realität mit ihren oft repressiven und antiemanzipatorischen Zügen und nicht zuletzt die Projektion eigener Revolutionserwartungen: „Fernstenliebe“ eben.

Was dabei unterblieb – und das betrifft nicht allein die borniert-dogmatischen Strömungen – war die Wahrnehmung einer sich radikal verändernden Realität des globalen Kapitalismus, die sorgfältige Kritik an den KlassikerInnen und die Aneignung fortgeschrittener Theorien. Hier liegt ein folgenreicher Aspekt der „Akademisierung“ der Theorie, das heißt des Umstands, daß durchaus wichtige wissenschaftliche Entwicklungen – etwa die intensiven Debatten um die Dependenz- und Weltsystemtheorie, den Regulationsansatz u.a.m. – in einschlägigen politischen Diskussionen einfach nicht mehr wahrgenommen wurden.

Eine Folge war, daß beispielsweise die USA gerade in der Periode zum imperialistischen „Hauptfeind“ erklärt werden kon-

nten, als sie ihre Position als ökonomisch dominante Macht zu verlieren begannen und in der die *Pluralisierung* der globalen Ökonomie- und Machtbeziehungen immer mehr die internationalen Prozesse und Konflikte bestimmte. Als die Realität dieser neuen „Weltordnung“ nach dem Ende des „amerikanischen Zeitalters“ nicht mehr zu übersehen war, bedeutete freilich auch das nicht das Ende der Mythologisierung, sondern nur ein Umkippen der Diskussion: die verqueren Debatten um die Ursachen und Folgen des DDR-Anschlusses, die in der aberwitzigen These von der Wiederkunft des „deutschen Reichs“ gipfelten, sprechen jedenfalls Bände. Die theoretische Fatalität liegt darin, daß der Imperialismusbegriff längst aufgehört hatte, eine ökonomie-kritische Kategorie zu sein und zum schlichten ideologischen Versatzstück herunterkam und dann auch genau so funktionierte: desorientierend und spaltend.

In der Golfkriegs-Debatte wurde dies deutlich: auf der einen Seite stand der traditionalistisch-dogmatische Blick, der die USA – ohne Rücksicht auf die veränderten Beziehungen zwischen den kapitalistischen Metropolen – zum alleinigen Aggressor und Saddams Irak zum Hort anti-imperialistischen Widerstands stempelte. Demgegenüber äußerte sich medienstark eine eigentümlich gewendete Metropolen-Linke, die den Imperialismusbegriff und damit Ökonomiekritik überhaupt für überholt und untauglich erklärte. Ihr geraten nun „Weltgesellschaft“ und „Zivilisation“ zu den ideologischen Formeln, die es gestatten, horrende internationale Ungleichheiten und eine sich verschärfende globale Ausbeutung und Unterdrückung mit den sie begründenden Mechanismen entweder nicht mehr zur Kenntnis zu nehmen oder als naturnotwendig zu deklarieren. Die damit verbundene Umkehrung alter politischer Optionen überrascht kaum noch: Krieg in der Form metropolitaner Polizeiaktionen gilt unumwunden als legitimes Mittel der Politik, an die Stelle von Befreiung tritt das Konzept autoritärer Treuhänderschaft für Zivilisationsunfähige und die einst mit guten Gründen radikal kritisierte „westliche Zivilisation“ wird zum normativen Maßstab.

Selbstverständlich ist diese Wende nicht. Sie bedürfte einer politischen Erklärung. Zu der gehört die Enttäuschung über das Scheitern irrealer Revolutionshoffnungen, der Verzicht auf die selbstkritische Weiterentwicklung kritisch-materialistischer Gesellschaftstheorie und vor allem das Fehlen einer theoretisch-politischen Perspektive, die das Konzept eines über grüne Illusionen oder abstrakten Anti-Etatismus hinausgehenden, den tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnissen angemessenen „radikalen Reformismus“ begründen könnte.

Auffällig, wenngleich nicht zufällig ist jedenfalls, wie umstandslos der abstrakte

Anti-Etatismus von ehemals spontaneistischen und undogmatischen Linken in einen liberalen Etatismus umgeschlagen ist, der die bestehende politische Form als die einzig mögliche und als den Endzustand der Geschichte begreift.

Staat, Nation und Demokratie: Zurück ins 19. Jahrhundert

Dies ist etwa der Kontext, in dem „Staat“ und „Nation“ und ihre Verbindung zu nationalstaatlicher „Demokratie“ plötzlich wieder als unumwunden positive Kategorien auftauchen, wobei eine lange und zweifellos nicht überflüssige linke Kritiktradition schlicht ad acta gelegt wird. Wieder einmal bestimmt das Vergessen den Diskurs. Wo selbst noch traditionell liberales Denken von der Widerspruchsdimension dieser Begriffe wußte, herrscht nun reinste Affirmation.

Eine theoretisch reflektierte Herangehensweise hätte stattdessen zuallererst an den *Widersprüchen* nationalstaatlich verfasster Demokratie anzusetzen:

- Historisch entwickelt sich die bestehende Form der Demokratie im Rahmen des Nationalstaats und findet in diesem und seinen ökonomischen Grundlagen - dem kapitalistischen Produktionsverhältnis - zugleich ihre Grenzen.

- Nationalstaat, Kapitalismus und Demokratie sind auch systematisch miteinander verbunden, weil nationalstaatliche Abgrenzungen erst das Terrain schaffen und die institutionellen Formen ermöglichen, in der die demokratische Regulierung des Klassenkonflikts möglich wird. Demokratische politisch-soziale Kämpfe und Errungenschaften beruhen damit immer schon auf nationalstaatlichen Aus- und Abgrenzungen.

- Gleichzeitig drückt sich die kapitalistische politische Form in einer Pluralität von Nationalstaaten, d.h. der Unmöglichkeit eines „Weltstaates“ aus. Diese ist eine wesentliche Voraussetzung für die strukturelle Trennung von „Politik“ und „Ökonomie“ und die damit verbundenen Grenzen „demokratischer Willensbildung“ („Sachzwang Weltmarkt“).

Nationalstaat bezeichnet also immer, auch in seinen demokratischen Formen, ein herrschaftliches Ausbeutungs-, Unterdrückungs- und Ausgrenzungsverhältnis nach innen *und* nach außen. Er ist die politische Form, die strukturell die Transformation sozialer Konflikte in ethnisch-nationalistische oder rassistische begründet. Als Ausgrenzungszusammenhang ist er mit Rassismus untrennbar verbunden. Er ist politischer Ausdruck und zugleich stabilisierendes Element internationaler Ungleichheit, Abhängigkeit und Unterdrückung und der sie stützenden Gewaltverhältnisse. Und nicht zuletzt ist er Ausdruck der patriarchalen Basis des Kapitalverhältnisses.

Theoretisch gälte es also den Widerspruch auszuhalten, daß der Nationalstaat sowohl historisch als auch aktuell - als das nun einmal verfügbare institutionell-politische Terrain - Ausgangspunkt und zugleich Schranke politisch-sozialer Emanzipation ist. Wie damit umzugehen ist, hängt von der historischen Situation ab, aber es bleibt, daß jede Politik, die sich als radikal emanzipativ begreift, auf die Sprengung seiner Grenzen und seine Überwindung zielen muß. Und dabei wäre an der alten Erkenntnis festzuhalten, daß der Staat nun mal ein schlechtes Mittel zu seiner eigenen Abschaffung ist.

Daß menschliche Befreiung und gesellschaftliche Vernunft nur umfassend und über nationalstaatliche Bornierungen hinweg zu realisieren sind, zeigt die gegenwärtige globale Krise. Die üblichen Formeln von der „Neuen Weltordnung“ und der „Weltgesellschaft“ verschleiern nur das, worauf es ankommt: eine Kritik der ökonomischen Verhältnisse, die sich nicht in Ökonomismus verheddert, sondern zugleich als Kritik von Politik, Vergesellschaftung und Kultur verstanden wird.

Das unbekümmerte Wiederaufleben altliberaler Nationalstaats- und Demokratie-Semantik ist sicher eines der überraschendsten Momente in der neuesten Phase des linken Zerfallsprozesses. Diejenigen, die Marx zur theoretischen Altlast erklären und sich mit ihrer Entsorgung immer noch etwas schwer tun, scheuen selbst keineswegs den Schritt zurück ins 19. Jahrhundert. Sogar Carl Schmitt war da mit seiner Einsicht in die Widersprüche bürgerlich-nationalstaatlicher Demokratie schon weiter. Dies markiert nicht nur theoretische Blindheit, sondern versperrt auch den Blick auf die dramatischen Veränderungen, denen die Nationalstaaten-Welt seither und besonders in den aktuellen weltwirtschaftlichen Umwälzungsprozessen unterworfen ist:

- Die reale Herstellung des Weltmarkts und die Internationalisierung der Produktion begrenzt die Reichweite nationalstaatlicher Politiken immer einschneidender. „Nationale“ politische Entscheidungen werden mehr und mehr vom kapitalistischen „Wettlauf der Standorte“ bestimmt. Die bürgerlich-demokratische Form ist dabei, weitgehend ausgehöhlt zu werden.

- Nationalstaaten können immer weniger als selbständige politische Einheiten betrachtet werden. Sie sind vielmehr abhängige Bestandteile eines globalen kapitalistischen Regulationssystems, das internationale Institutionen wie IWF, Weltbank, OECD oder G-Clubs ebenso umfasst wie multinationale Konzerne.

- Das Verhältnis von kapitalistischem „Zentrum“ und „Peripherie“ hat sich in der Weltwirtschaftskrise der siebziger Jahre dramatisch verändert: Daß die Pluralisierung des Zentrums mit einer immer größer werdenden Heterogenität der Peripherie

und vor allem mit einer Entwicklung verbunden wird, in der ganze Weltregionen von der kapitalistischen Dynamik abgekoppelt und der absoluten Verelendung überlassen werden, ist bekannt. Wichtig ist aber auch der paradoxe Prozeß, daß nach dem Zerfall der großen Blöcke und dem damit verbundenen Zusammenbruch einer politischen Regulierung des Weltmarkts Myriaden von Nationalstaaten entstehen, die immer weniger dazu taugen, demokratische Politik zu artikulieren und durchzusetzen - mit entsprechenden Perspektiven für die politischen Verhältnisse dort.

- Das Paradox vieler Demokratisierungsprozesse in Osteuropa, Asien, Afrika und Lateinamerika besteht deshalb darin, daß sie unter ökonomischen Bedingungen erfolgen, in denen die nationalstaatlichen politischen Spielräume gegen Null tendieren.

Eine abschließende Bemerkung noch: Angesichts der globalen sozialen, ökologischen und ökonomischen Zerstörungsprozesse könnte man sich schon noch einmal an die Marx'sche Argumentationsfigur vom Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse erinnern. Zu diesen Produktionsverhältnissen gehört nämlich auch die nationalstaatliche politische Form, die offensichtlich vom mehr oder weniger gemühten politischen Heimspielfeld zum allgemeinen Überlebensrisiko wird. Sie zu überschreiten, ist eine Grundprämisse emanzipativer Politik. Dies aber setzt die radikale Veränderung der gesellschaftlichen (was im Kern heißt: der ökonomischen) Verhältnisse voraus, und zwar zuallererst hierzulande. Was früher in dieser Schärfe vielleicht nicht sichtbar war, ist heute ganz offenkundig: Internationalismus, der praktisch etwas taugen soll, muss hier, in den Zentren der kapitalistischen Welt ansetzen. Nur durch eine Umwälzung der gesellschaftlichen Zustände hier ist Befreiung dort überhaupt noch denkbar. Das freilich ist ein schwieriges und ungemütliches Geschäft. Und das Nachdenken darüber verspricht wenig positive Medienresonanz. Aber wenn's auch altmodisch klingt: noch nie in der Geschichte hat das Kapitalverhältnis so direkt und unmittelbar die nationalen wie internationalen politischen Prozesse bestimmt. Wer sich daran theoretisch und politisch vorbeimogelt, sollte besser nicht von Internationalismus reden.

Joachim Hirsch

Humorsoldaten

Terrorismus ist ein nützliches Korrektiv allzu feister Politik. Die Angst vor Piff-Paff zwingt manchen Angehörigen der Senator-klasse Mensch immerhin zu zähneknirschend gespielter Bescheidenheit. Das Ausscheiden der zuletzt stark festgefahrenen RAF hinterläßt eine Lücke, ermöglicht aber auch einen Neubeginn, der die Tradition der Spaßguerilla beleben könnte. Ein Plädoyer für einen unverkrampften Terrorismus.

Der Terrorismus alter Prägung hat abgedankt - zu Recht. Versuchen Sie doch heute einmal, z.B. Eberhard Diepgen oder Edmund Stoiber zu entführen und ein angemessenes Lösegeld - 1 kl. Glas Gurken - zu erpressen. „Der Staat bleibt haat!“ würde es Ihnen entgegenschmettern, „Wir lassen uns nicht erpressen!“, sog. Parteifreunde würden Sie händeringend anflehen, die Kerle niemals wieder freizulassen - billiger wer-

den die ihren Sondermüll nicht los, und Sie hätten denen auch noch die Arbeit abgenommen - nein, so wie früher geht es nicht mehr.

Und doch fehlt nach der Rücktrittserklärung der RAF und ihrer Bekundung, demnächst nur noch als Bürgerinitiative RAF e.V. tätig sein zu wollen, „ein belebendes Element der politischen Landschaft“ (Blacky Fuchsberger), ja, es mangelt sogar „ein Stück weit an der Kultur des Streits“ (Björn Engholm, der ab sofort nur noch Björn heißen soll, ohne Engholm, einfach Björn, wie bei IKEA). Allzu siegessicher trampeln die Vertreter deutschnationaler Interessen aus Wirtschaft und Politik durch die Welt, international setzen ihnen kein Sozialismus und kein Ami mehr ein paar wenigstens bescheidene Grenzen, und im eigenen Land treten sie mit nahezu uneingeschränkter Selbstherrlichkeit an, ohne dafür immerhin Angst vor persönlichen Konsequenzen haben zu müssen. Das ist nicht gut, denn allein die berechtigte Furcht vor einem jähen Ende der gerade so reibungslos laufenden Chose kann Menschen dieser Couleur dazu bewegen, mit dem

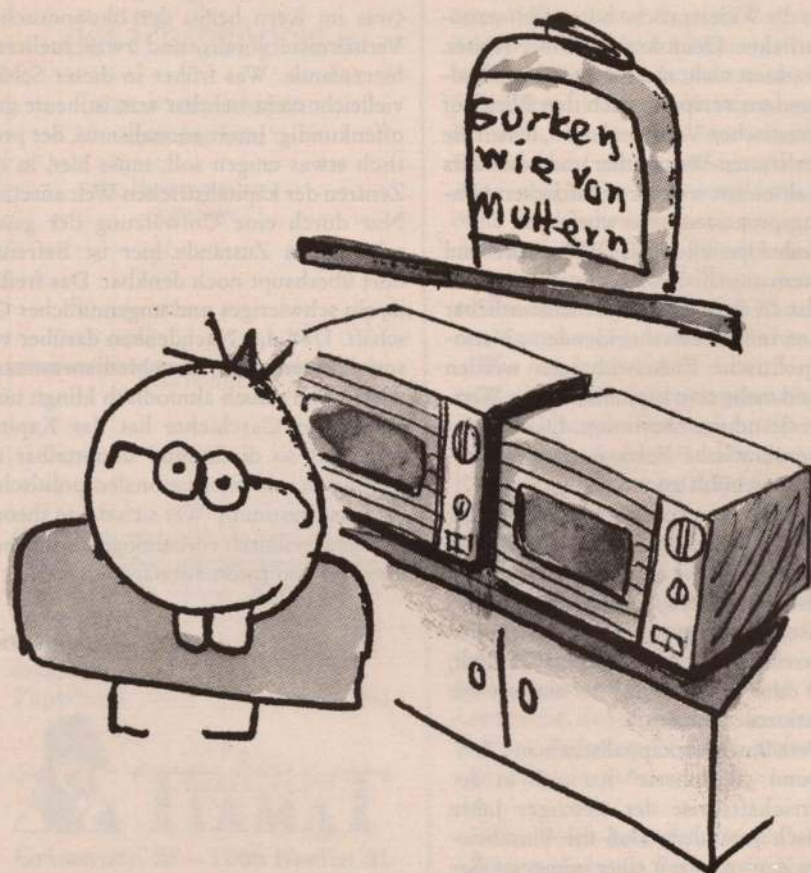
eigenen Größenwahn ein bißchen vorsichtiger zu sein, die eigene Gier ein wenig zu drosseln.

In den letzten 20 Jahren ist der Terrorismus in Deutschland vorzugsweise aus einem moralischen Rigorismus heraus begründet worden und entsprechend auf den Hund gekommen. Viel war zu hören von den „schweinischen Schweinereien des verschweinten Schweinesystems“, und die RAF nannte schon in den 80er Jahren ihr Mitglied Peter Jürgen Boock einen „moralisch leeren Menschen“. Das ist ein großer Unfug - ein moralisch leerer Mensch wäre ja einer, der sich von christlich-abendländischen Zwangsvorstellungen gelöst hat, der frei entscheidet und handelt, ein - kurz und populär gesagt - Erleuchteter. P.J. Boock ist nun alles andere als das, sondern - wie viele Terroristen seiner Generation - jemand, der das Pubertätsproblem, die Konfirmandenfrage, ob er nun Jesus sein solle oder Judas, noch immer nicht geklärt hat, der deshalb in den Begriffen von Schuld, Sühne und Erlösung feststeckt und zwischen Schießen auf Schleyer und Schleimen bei Weizsäcker hin- und herschwankt.

Der Terrorist dieser älteren Bauart hätte fast ebensogut Abgeordneter der Grünen werden können; die Motive sind ähnlich gelagert. Im Kopf eines solchen Menschen türmen sich die Zumutungen des Alltags zu einem nicht mehr überschaubaren Klumpen Überdruß: Not, Elend und Tod, Apartheid und verhungerte Kinder, Kriege und Unterdrückung der Frau, die ganze Scheiße, volles Rohr, in den letzten Jahren kamen noch Ozonloch und sterbende Delfinbabies verschärfend hinzu. Allen besseren, weil empfindsameren Kräften geht das nicht nur auf die Nerven und den Sack, sondern tief an die Nieren. Der Gerechtigkeitssinn rebelliert und die Frage bohrt sich in den Kopf: Wer ist das in Schuld? Wer ist verantwortlich? Den oder die will ich strafen! Und dann entscheidet sich der moralgesteuerte Langweiler für das Mandat bei den Grünen, und der temperamentvolle Hitzkopf wird Terrorist (bzw. natürlich Terroristin; die sonst unvermeidliche, blöde Quotenfrage stellt sich hier einmal nicht: Frauen und Männer können gleich viel und gleich gut Terror machen).

Terrorist kann demnach nur werden, wer es fertigbringt, alles, was im Universum schief läuft, als persönlich gemeinte Beleidigung aufzufassen, jede schlechte Nachricht auf sich zu beziehen. Das ist nicht besonders intelligent, gibt aber den Impuls zum Losschlagen, macht handlungsfähig.

Die RAF beging den unverzeihlichen Fehler, sich auf eine sog. „militärische Kon-



frontation" mit dem deutschen Staat einzulassen, statt zu erkennen, daß sie nichts sein konnte als ein radikales Mittel sozialer Hygiene. Die Auseinandersetzung RAF versus Staat prägte von Beginn an den schlechten Stil, und so nimmt es nicht wunder, daß sich Kommandoerklärungen der RAF ähnlich verquast lesen wie Reden Richard von Weizsäckers: Sie bedürfen dringend einer Übersetzung ins Deutsche, und das Prinzip der „Pflichtethik“ (Weizsäcker) ist auch der RAF nicht fremd, Motto: Wir tun's ja nicht gerne, aber im Namen des Internationalismus, na gut, in Gottes Namen also: Feuer!

Mit dieser prinzipienreiterischen Herangehensweise hat die RAF dem Terrorismus viel Schaden zugefügt; er ist im Lande nicht mehr gut angesehen, und das nicht nur bei Leuten, die von Berufs wegen nicht viel für ihn übrig haben können (Kinkel, Rodenstock, Schäuble u.ä.). Nein, der Terrorismus hat, wie es Werbemann Michael Schirner - das ist der mit der schrecklichen *taz*-Werbung - sagen würde, ein schlechtes *Standing* und benötigt dringend ein neues *Image*, ein neues *Konzept*, ja vielleicht sogar ein neues *Imagekonzept*. Klar - wer sich an Schleyer, Ponto, Herrhausen usw. erinnert, weiß: Das Umbringen von Menschen, und seien sie noch so unsympathisch, wirkt irgendwie humorlos, wenn nicht sogar unsouverän und kleinlich. Der Wunsch nach angemessener Bestrafung großwahnsinnig gewordener Kleingeister mag von einem Gutteil der Bevölkerung geteilt werden, rohe Methoden aber will ein Mensch von Geist, Güte und Geschmack nur im Ausnahmefall sehen. So hat die RAF zwar die Funktion des Terrorismus, das nachhaltige und erfolgreiche Bedrohen von Leuten, denen man drohen muß, dem Buchstaben nach erfüllt, hat aber in der Wahl der ästhetischen Mittel versagt. (Daß Angehörige der RAF das z.T. noch immer nicht begreifen und unter dem Druck partiell vampiristischer Unterstützerguppen in Heldenpose verharren, ist eins von vielen Indizien dafür, daß der Brutalvöllzug, dem sie ausgesetzt sind, ihre eben auch kopfmäßige Vernichtung zum Ziel hat.)

Ein zeitgemäßer Terrorismus, ein Terrorismus auf Ballhöhe quasi, muß, will er Aussicht auf Erfolg haben, die Kardinalfehler der RAF vermeiden und zum Prinzip der Spaßguerilla zurückkehren. Das staatliche Gewaltmonopol ist in einem Staat wie diesem durchaus als zivilisatorische Er rungenschaft zu begreifen; es steht allerdings in Notwehrsituationen, z.B. nach einstweiligen Erschießungen durch Vertre-

ter der Staatsgewalt, neu zur Disposition. Seine Handlungsfähigkeit gewinnt der moderne Terrorist wie schon sein Vorgänger durch die Auffassung, der Lauf der Welt sei nichts als eine Ansammlung von Maßnahmen mit dem einzigen Ziel, ihn ganz persönlich in den Wahn zu treiben. Seine Schmerzgrenze wird allerdings nicht mehr wie beim Terroristen alten Typs durch Verstöße gegen moralisch-christliche, globalpolitische Vorstellungen verletzt, sondern vielmehr durch Zumutungen eher privater und ästhetischer Natur: schlechte Musik, Männer, die freiwillig im Polizistenlook (Schnäuzer, Goldkettchen, GTI-Gesicht), in Jogginganzügen oder in Radlerhosen herumlaufen, aktivieren den jungen Terroristen ebenso wie Wohnungsnot, Frauenhauen, Phil Collins, das dritte Tor von Wembley, Klaus Lage, unerfreuliche Entwicklungen im Bierpreiswesen, Makler, Deutsche, die nicht auf Deutsche schießen, sondern Ausländer überfallen und Asylbewerber umbringen, ohne dafür lebenslang bei Dauerprügeln, Knödel und Schweinsbraten nach Schwaben verklappt zu werden, das Geschwätz von der „nationalen Identität“, sich „Hausverwalter“ nennende Blockwarte, Denunzianten, kurzum: Widerwärtigkeiten jeder Art werden geahndet, Stehengebliebenheit, zivilisatorischer Stillstand, ja Regression nicht widerspruchslos erduldet. „Gewalt ist beschleunigter Dialog“ (Michael Stein) lautet die Devise. Die Nachricht z.B., daß das Trio banale André Heller, Bernhard Paul und Peter Schwenkow in Berlin das *Quartier* übernommen hat, um dort schlechtes Variété für blasier te Halbalphabeten zu veranstalten, initiiert die besseren Kräfte der Stadt, die sich mit einem simplen „Kübel, übernehmen Sie!“ nicht zufriedengeben müssen; eine katastrophal und komplett versagende Technik zur Premiere im September 1992 ist - Nichts ist unmöglich - Toyota - auch ein schönes Ziel.

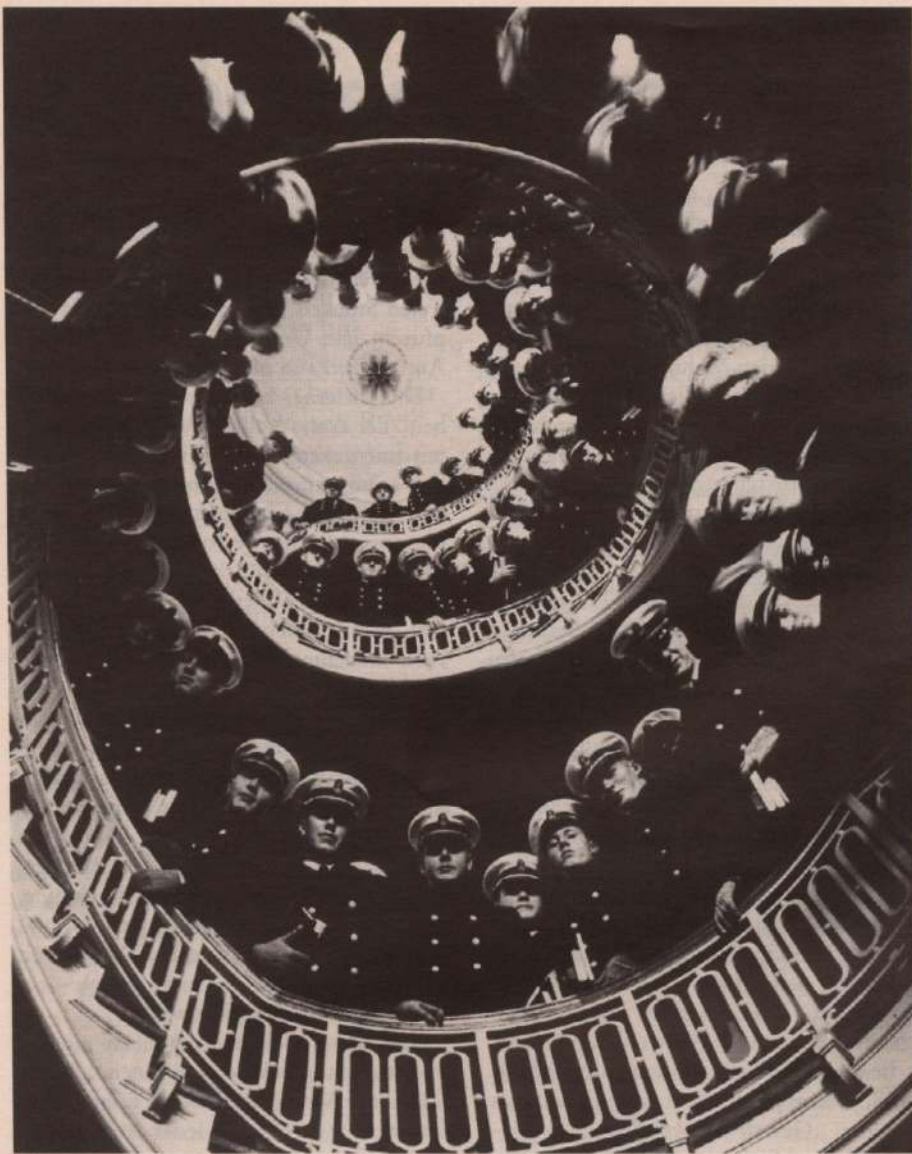
Gegen die zunehmende Verheulsusung aller Lebensbereiche hilft allein die gezielte Tötlichkeit. Das Jammern darüber, daß die Welt schlecht sei und der Mensch nichts taue, soll den Greisen aller Altersklassen überlassen bleiben. Sogar eine Förderung terroristischer Maßnahmen durch die AOK erscheint möglich, denn - so steht's im Gesundheitsblatt -: Wer allen Ärger in sich hineinfrißt, kriegt Magengeschwüre oder Schlimmeres (Krebs!). Zudem gibt der Terrorismus auch den Existenzen, gegen die er sich wendet, einen Teil ihrer verlorenen Würde zurück: Indem er als Person, als Ego, als Subjekt abgestraft wird - Rohes Ei und Sahnetorte/ sagen mehr als tausend

Worte! -, begreift evtl. auch ein Vermieter, ein Manager oder ein Politiker, daß er sich nicht auf ein diffuses „Gesellschaftssystem“ herausreden kann, sondern sein Leben aus freien Stücken und in voller Absicht verpfuscht hat. Und dann geht es Auto um Auto, Jägerzaun um Jägerzaun.

Die bleierne, breitarschige „Betroffenheit“ der Antje Vollmers dieser Welt kann mit nur geringem Energieaufwand durch eine aufmunternde Empörung ersetzt werden. Stilistisch aber läßt sich der heutige Humorsoldat, der Terrorist der 90er Jahre, allein von einem 100 %ig sicheren, gründlich geschulten ästhetischen Empfinden leiten: Wenn Baseballschläger und Pistole auch manchmal mehr *Gerechtigkeit* versprechen, so darf man nicht vergessen, daß ihr Einsatz den Täter fast immer um die verdienten Sympathien des Publikums bringt. So verständlich der Wunsch auch ist, Richard von Weizsäcker beim Aufsetzen des Heiligenscheins einfach *ratatatatat* in die ewigen Schwatzgründe zu schicken, um soviel größer ist die Herausforderung, ihn zu zwingen, eine seiner Schön- und Schongeistreden vor laufender Kamera mit heruntergelassenen Hosen zu halten - ein solches Bild hat Ewigkeitswert.

Und dieses Bekennerschreiben möchte ich bitte schon bald lesen können: „Heute haben wir Wolfgang Thierse gefangenengenommen, rasiert und wieder freigelassen. Er sieht jetzt viel besser aus. Gez. Kommando 24.12. (Weihnachtsmann)“ - die entsprechenden Vorher-Nachher-Fotos natürlich anbei. Und dann stimmt wieder, was *Die Drei Tornados* 1988 sagten: „Was ist der Unterschied zwischen Touristen und Terroristen? - Terroristen haben Sympathisanten.“

Wiglaf Droste



Auf zum Blitzkrieg!

In der vorherigen Ausgabe des *diskus* (2/1992) berichteten wir im Editorial über die kriegesischen Gedanken einiger Leute aus der alten Linken Liste. Ihr Sprecher hatte öffentlich gefordert, NATO-Truppen ins ehemalige Jugoslawien zu schicken, um so für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Im Nachhinein versuchten einzelne zu beschwichtigen, man habe nur ein „linkes Tabu brechen“ wollen, es habe auch nur einer geredet, die anderen aber geschwiegen, und überhaupt, ein Denkverbot ließe man sich auch nicht vom *diskus* erteilen. Nun, so dachten wir, gegen Denkverbote sind wir doch alle, und forderten die Bellizi-

stInnen auf, die *diskus*-LeserInnen mit ihren allerneuesten Überlegungen zu konfrontieren. Etwa warum gegen Serbien ein Embargo verhängt wurde, aber gegen Kroatien nicht. Oder welches die „Selbstverteidigungskomitees“ in Sarajevo sind, und für welche Politik eine militärische Unterstützung angemessen sei. Oder wie es kommt, daß bundesdeutsche Kriegsdienstverweigerer nun die Vorzüge der heimischen Armee entdecken...

Leider erteilte uns kein Beitrag der Interventionistas. Anscheinend geht es ihnen ähnlich, wie den beiden HerausgeberInnen ihres Leib- und Magenblättchens

‘Perspektiven’. Die ringen derzeit auch „um eine einigermaßen konsistente Position, die jenseits der fragwürdigen Allerweltsparole von den ‘für alle offenen Grenzen’“ zu liegen hätte (Ausgabe Juni ‘92, S 38).

Grenzen zu, Truppen raus - die kommende Saison verspricht einige abwechslungsreiche Begegnungen mit überraschenden Ergebnissen.

-red-

Es wird niemanden überraschen, daß der amerikanische Außenminister bereit ist, Verantwortung in dieser unwirtlichen Welt zu übernehmen. Auch die deutsche Regierung ist neuerdings bereit, den seinem großen Gewicht in dieser Welt entsprechenden Anteil an der schweren Last der Verantwortung zu tragen, damit das vereinte Deutschland nun nicht mehr länger zurücksteht. Dem stimmen natürlich auch grüne Publizistinnen wie Cora Stephan und Welt-polizisten wie Udo Knapp zu. Als Verantwortungsträger nehmen sie für sich auch in Anspruch zu definieren, was sie unter Verantwortung verstehen. Sie meinen nicht die Verantwortung der reichen Länder für die Armen, die Verantwortung für das Wettrüsten und die Aufrüstung von Satrapen, die dann als Demokratien bezeichnet - oder, wenn sie, wie im Fall Irak, mißliebig werden, um Jahrzehnte zurückgebombt werden. Ebenso wenig meinen sie die Verantwortung für die jahrhundertelange Ausbeutung der Länder der „dritten Welt“, für die hungernden, obdachlosen Menschen, für die Migration von Millionen, die die kapitalistische Weltmarktkonkurrenz verursacht, und für das ökologische Desaster, das der Zwang zur Kapitalakkumulation anrichtet.

Es ist nicht immer ganz ersichtlich, warum und wann sie sich verantwortlich fühlen. Doch gegenwärtig wird ihr Verantwortungsgefühl vom Krieg auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien wachgerufen. Er soll nicht weiter geführt werden dürfen. Ihr Verantwortungsgefühl läßt sie davon sprechen, daß eine militärische Intervention nötig sei. Zumindest in der Bundesrepublik entspricht dieses Verantwortungsgefühl einem politischen Muster, das auch während des Golfkriegs zu beobachten war. Schon seit einigen Jahren verfolgt das Bundesverteidigungsministerium die Strategie, den Einsatzbereich der Bundeswehr auf Gebiete außerhalb der NATO auszudehnen. Mit dem Einsatz einer Einheit von Sanitätern in Kambodscha wurde ein erster Schritt zu diesem Ziel bereits verwirklicht. Volker Rühle war jedoch rea-

listisch genug, seine Generalität zur Geduld zu mahnen. Es sei noch nicht soweit, Bundeswehrsoldaten im Rahmen internationaler Truppenmissionen einsetzen zu können. Damit meint er wohl, daß es den innergesellschaftlichen Konsens dafür noch nicht gibt. Die SPD will sich für die nächsten zehn Jahre noch gegen bewaffnete, friedensschaffende Einsätze der Bundeswehr stellen; doch stimmt sie, was als vertrauensbildende Entscheidung gemeint ist, friedenserhaltenden Blauhelmeinsätzen im Rahmen der UNO schon mal zu. Auch das Ausland würde gegenüber einem deutschen Wehrbeitrag noch mißtrauisch sein. Der undurchsichtige Konflikt in Jugoslawien ist denkbar geeignet, der Bevölkerung der Bundesrepublik und den europäischen Regierungen plausibel zu machen, daß die Bundeswehr eines Tages marschieren müsse. Verantwortung wird allein ordnungspolitisch, militärisch definiert. Es soll Sicherheit, es soll Ruhe herrschen. Es kann überall krachen und Tote geben, aber ein 'irrationaler' Krieg in Europa, vor den Toren Deutschlands darf nicht sein.

In die Reihe verantwortungsbewußter Weltordnungshüter sind auch einige VertreterInnen der universitären Frankfurter Linken Liste aufgerückt. Nach einem Vortrag des hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel in der Frankfurter Universität forderte ein Sprecher der Linken Liste, „wir müßten etwas tun“, die NATO müsse eingreifen. Zu Recht wies Eichel dieses Ansinnen zurück und argumentierte, daß er es für eine Verengung der politischen Phantasie halte, wenn ausschließlich und vor jeder weiteren Diskussion nur das Mittel des militärischen Eingriffs empfohlen werde.

Genau letzteres - nämlich die Rückkehr zum Standardrepertoire bürgerlicher Politik - scheinen einige VertreterInnen der Linken Liste jedoch für einen phantastischen Einfall zu halten. Es sei provozierend gemeint, um zum Nachdenken anzuregen und die ignoranten Linken aus ihrer Gleichgültigkeit aufzuschrecken. Offenkundig ist es eine eigenartige und verdrehte Weise, zum Denken anzuregen. Es mag ja einen harmlosen Pazifisten und ein paar Linke aufregen, aber den gerade dominant werdenden gesellschaftlichen Konsens und die neue Politik des Verteidigungsministeriums wird dies wohl nicht provozieren. Wenn man gerade noch - wie die Studentenzeitung *Perspektiven* - das autoritäre Regime Fidel Castros unterstützt und vehement den Einmarsch der USA in Panama verurteilt hat, mag man es vielleicht wirklich für ein radikal neues und phantasievolles Denken halten, wenn man dann das Pentagon und die Hardthöhe zum Handeln auffordert. Wer weiß schließlich rückblickend noch, ob nicht auch frühere sogenannte linksradikale Positionen bloß Vorschläge zu phantasievoller Provokation

waren, einfach Lust am Widerspruch - ohne Sinn und Verstand?! Es sind also Zweifel angebracht, ob hier zum Denken angeregt und mit Tabus gebrochen oder nicht vielmehr in den herrschenden Konsens eingeübt wird.

Offensichtlich war es mehr als nur ein Gedankenspiel, in das sich diejenigen, die provozieren wollten, selbst verhedderten. Einen ganzen Abend lang wurde im Frankfurter StudentInnenhaus am 20.5. die Forderung nach einer Intervention der NATO 'ernsthaft' diskutiert. Die (ehemaligen?) 'Linksradikalen' drängt es, wie seit je, zur militanten Aktion, doch der Inhalt hat sich völlig verändert. Wenn schon Eingreifen - so die Devise der Befürworter - dann richtig. Erstaunlich, welche Pläne zur „Bekämpfung der Kämpfe“ ausgetüftelt wurden: Die Bandbreite umfasste Abschreckungsmaßnahmen im Vorfeld durch Patrouillen US-amerikanischer Flugzeugträger vor der Küste, Warnflüge über den Stellungen serbischer Einheiten, bessere öffentliche Darstellung der kroatischen Forderungen und schließlich auch die direkte militärische Intervention der NATO zum Schutz der Selbstverteidigungskomitees von Sarajevo.

Der Ruf nach der NATO vermittelt den Eindruck, es werde etwas getan. Es wird moralische Entschlossenheit demonstriert; man kann ein bißchen herumschwadronieren. Seitdem im Golfkrieg die ‚Gewissensnot‘ manche zu der Forderung nach Atombomben auf Bagdad geführt hat, scheint das Verantwortungsgefühl deutscher Linker keine Grenzen mehr zu kennen. Der Appell linker Oppositioneller an die Militärführung des eigenen Landes, in einem anderen Land einzugreifen, ist gemessen daran geradezu harmlos. Doch die Folgen für eine emanzipatorische Politik und für die Betroffenen werden nicht durchdacht. Mit Blick auf die innenpolitische Situation werden sich diese Linken künftig kaum glaubwürdig dagegen wenden können, daß die Bundeswehr eines Tages tatsächlich marschiert, da sie genau dies jetzt lauthals fordern. Und wer schließlich definiert heute und in Zukunft, wann und welche Parteien um der Ruhe und des Friedens willen durch internationale Interventionskräfte voneinander getrennt werden? Mit solchen Formeln läßt sich auch eine Intervention gegen einen Befreiungsversuch von einer Diktatur rechtfertigen.

Aber problematischer noch an diesem Vorschlag ist, daß auch die Situation in Jugoslawien kaum ernsthaft erwogen wird. Nationalistisch war und ist die Politik aller Konfliktparteien. Mit der Auflösung Jugoslawiens setzte sich - und dies gegen den Protest demokratischer Oppositioneller aus den früheren Teilrepubliken - das Prinzip der völkischen Herkunft vor dem der Staatsbürgerschaft durch. Ist das Ziel vieler serbischer Politiker die Wiederherstel-

lung Großserbiens, und geben sie vor, die kroatischen Faschisten zu bekämpfen, so sind auch die kroatischen Nationalisten keineswegs unschuldig. Sie glauben, daß sie Europa, die europäische Kultur und den christlichen, katholischen Glauben gegen die Serben verteidigen, die von den Türken in Jahrhunderten zu Räubern und Banditen gemacht worden seien: Barbaren auf dem europäischen Kontinent! Es gibt starke politische, auch faschistische Kräfte in Kroatien, die an die Wiederherstellung der Grenzen des Königreichs Kroatien glauben - Grenzen, wie sie vor etwa tausend Jahren bestanden haben! -, Kräfte, die Herzegowien annektieren und Bosnien mit der serbischen Regierung aufteilen wollen. Der Nationalismus ist ein Mittel der alten jugoslawischen Parteibürokraten, der Nomenklatura, ihre Macht zu erhalten und sie in eine neue, nämlich marktwirtschaftliche und einzelstaatliche umzuwandeln. Um Demokratie geht es weder Tudjman noch Milosević.

Die Art der Kriegsführung ist bestimmt vom Ziel, das ehemalige Jugoslawien neu aufzuteilen. Systematisch wird die Bevölkerung terrorisiert, die lange Zeit gegen den Krieg war; systematisch wird durch kleine militärische Einheiten (die oft genug Freischärler mit einer Rambo-Mentalität sind und sich offensichtlich am Kriegsspiel freuen), die in Dörfer und kleine Städte einfallen, dort Kroaten, da Serben oder Muslime abschlachten, der nationalistische Haß auf ehemalige Nachbarn, Freunde und Verwandte geschürt. Sie sind nun plötzlich zu Angehörigen einer feindlichen Nation geworden. So wird das ganze Land in den Krieg hineingezogen. - Viele erinnern sich wieder an die Verbrechen und Kämpfe während des letzten Krieges, in denen ganze Familien ausgelöscht, Häuser und Land angeeignet wurden. Solche offenen Rechnungen gehen in den gegenwärtigen Konflikt mit ein.

Wenn nun ausländisches Militär eingreift, dann stellen sich Fragen danach, wer diese Intervention tragen soll, wie lange sie dauern wird und ob überhaupt eine „neutrale“ Macht gefunden werden kann. Vor allem aber stellen sich Fragen nach dem Ziel und der Art der Intervention. Ist der Gegner die ehemalige jugoslawische Armee, sollen ihre Verbände entwaffnet werden? Sollen serbische Stellungen angegriffen und serbische Milizen entwaffnet werden? Sollen Bomben auf Belgrad geworfen werden? Wie wird mit den ihrer Ideologie nach wirklich faschistischen kroatischen Freikorps umgegangen? An welcher Front sollen die Interventionskräfte aktiv werden? Wie läßt sich vorstellen, daß die mittlerweile bestehenden Konflikte, die Feindschaften und der Haß in den Dörfern eingedämmt werden können? Selbst wenn oberflächlich die Waffen schweigen, der alltägliche Haß, die Feindschaft, der Ter-

ror ginge weiter. Soll die Eingreiftruppe die verschiedenen nationalen Gruppen voneinander trennen und sich zwischen sie stellen? Dann hätte die Politik der völkischen Segregation ihr Ziel schließlich doch erreicht. Es ist beunruhigend, aber es kann wohl eine Lösung des Konflikts und eine Perspektive für die weitere Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien nur im Innern der neuen Republiken gefunden werden.

Doch es gibt gegenwärtig genug, was von außen getan werden kann, ohne konfliktverschärfend die Partei einer der drei nationalistischen Kräfte zu ergreifen. Grundlage für eine Beendigung des Kon-

flikts und eine Verständigung der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawiens sind Oppositionsbewegungen im Innern der verschiedenen neuen Staaten; dies gilt insbesondere für Serbien. Deren Möglichkeiten und Entfaltung müßte durch internationalen Druck gesichert werden: Informationen über die Verbrechen aller Seiten; Informationen über die nationalistische Gesetzgebung und Segregationspolitik in den neuen Staaten; direkte materielle und politische Unterstützung der kleinen oppositionellen, demokratischen und Friedensgruppen, die zunehmend unter Druck der Polizeiapparate und nationalistischer Frei-

schärler geraten, so daß ihre Mitglieder um ihr Leben fürchten müssen und ihre Meinung nicht mehr frei äußern können; Unterstützung der Deserteure und öffentliche Aufforderung zu humanitärer Hilfe für die Flüchtlinge. Schließlich wäre auch zu überlegen, wie zur Verständigung zwischen den Angehörigen der neuen Staaten des früheren Jugoslawiens beigetragen werden kann, die hier in Deutschland leben und gleichfalls in das nationalistische Trauma hineingezwungen werden.

Vera Andrić / Alex Demirović

„Tut uns leid für die uns“

Rot-Grüne Sicherheitsvisionen

Nach dem eindrucksvollen Erfolg der Aktion „BAVIS“ (Bahnhof als Visitenkarte) will die Stadt jetzt nachlegen: Drei Tage Polizeieinsatz reichten aus, um die B-Ebene des Frankfurter Hauptbahnhofs von Junkies, Alkies, Bettlern und Obdachlosen zu säubern. Bei der Eröffnung des „Finkenhofs“¹ hat Oberbürgermeister Andreas von Schoeler zum ersten Mal öffentlich angekündigt, daß auch der „Schandfleck“ der offenen Drogenszene in der Taunusanlage geräumt werden soll.

Neun Monate vor der Kommunalwahl läßt sich damit rot-grüne Drogenpolitik in Frankfurt einigermaßen überblicken, wenngleich sie - und das gilt auch für die Räumung der Taunusanlage - bislang kaum über Ankündigungen hinausgekommen ist.

Von blumigen Visionen ...

Dabei hatte es nicht einmal so schlecht angefangen. Volker Hauffs blumige „Visionen“ von der modernen „Metropole“ Frankfurt, in der die wirtschaftliche Potenz der Stadt mittels modernisierter sozialdemokratischer Strategien eine offene Gesellschaft, die Räume für verschiedene soziale Gruppen bietet, ermöglichen sollte, paßten gut zu den gerade in Mode gekommenen Theorien von der „Zivilgesellschaft“. Die segmentierten Reste der ehe-

maligen „Linken“ und Alternativen waren entweder ein Teil dieses doch eher dürftigen Projektes oder sie standen ihm ablehnend, aber mehr oder weniger ideenlos gegenüber.

Die Drogenpolitik fiel im Koalitionspoker an die Grünen, welche im Gesundheitsdezernat ein personell nicht schlecht ausgestattetes Drogenreferat installierten. Von Insidern wurde die Besetzung des Drogenreferats zwar von Anfang an vehement kritisiert, aber noch durfte man gespannt sein auf rot-grüne Drogenpolitik.

Das Drogenreferat legte sich mit der traditionellen, eingefahrenen Frankfurter Drogenhilfe an und forderte eine Umorientierung hin zu szenenahen, niedrigschwelligen und akzeptierenden Hilfsangeboten. Die Frankfurter Aids-Hilfe wurde als Drogenhilfeträger anerkannt und eröffnete mit kommunalen Mitteln das Café Ruhdolt mitsamt einer Notschlafstelle. In vollmundigen Ankündigungen wurde immer wieder die Erweiterung des Frankfurter Polamidon-Programmes verkündet. Sogar die Dezernentin, Margarethe Nimsch, nahm die Parole des Berliner akzept-Kongresses in den Mund: „Leben mit Drogen“ - und mit DrogenkonsumentInnen - sei möglich, verkündete sie.

Mehrere internationale Städtekonferenzen und groß plakatierte „Drogenforen“ dienten nicht nur der Zurschaustellung grüner Diskurs- und PR-Fähigkeiten, sondern warben für eine liberalere Drogenpolitik. Wenngleich die konkreten Arbeitsergebnisse des Drogenreferats von Anfang an äußerst mager blieben, schien es doch die Absicht rot-grüner Drogenpolitik, den Konsumenten bedürfnisgerechte Hilfen anzubieten, Drogenkonsum als „Lebensstil“

zumindest ansatzweise zu akzeptieren und auf Repression weitgehend zu verzichten.

Das traf sich mit der Einschätzung der Frankfurter Drogenszene in den höheren Polizeietagen, wo man sich seitdem in der „Montagsrunde“ mit der grünen Dezernentin abstimmt. Die Frankfurter Polizei verzichtete zwar keineswegs auf Repression, verfolgte aber das Konzept, die Szene durch „Stören“ zu begrenzen und damit kontrollierbar zu halten, statt sie aufzulösen.

Während es für Mitarbeiter der Drogenhilfe noch vor wenigen Jahren fast ein Kündigungsgrund war, Substitution zu fordern, wurden jetzt Themen wie Fixerräume und Legalisierung salonfähig.

Immer häufiger war in der *Frankfurter Rundschau* die Forderung nach kontrollierter Heroingabe an sogenannte „Schwerstabhängige“ zu lesen. Auf dem Hearing der grünen Landtagsfraktion zu diesem Thema am 19.3.92 sprach sich auch der Frankfurter Polizeivizepräsident Freichs für solche Überlegungen aus.

Das war allerdings schon nach BAVIS und ziemlich exakt zum selben Zeitpunkt, als in der Taunusanlage eine der bislang größten Razzien durchgeführt wurde - der Anfang einer Kette repressiver Aktionen, die seither nicht abgebrochen ist und demnächst in der völligen Zerschlagung der Szene ihren Höhepunkt finden soll.

... zum Primat der „Sicherheitspolitik“

Nachdem die Metropolendebatte verebbt war und die Hauffschen Visionen sich als Worthülsen entpuppt hatten, blieb rot-grünes Krisenmanagement. Aus dem Drogenreferat ist zu hören, daß die geplante Sze-



Foto: coe - In der Taunusanlage

ne-Räumung nicht mehr zu verhindern sei und es jetzt nur noch um die soziale Flankierung gehe: Geplant sind niedrigschwellige Polamidon-Programme in den drei Kontaktläden und in einer weiteren Ambulanz - wobei noch unklar ist, wie niedrigschwellig diese Programme sein sollen und wer an ihnen teilnehmen darf. Eines steht fest: Nur noch Frankfurter Drogenkonsumenten soll überhaupt geholfen werden. Polizei und Drogenreferat argumentieren immer wieder damit, daß zwei Drittel der Junkies auf der Frankfurter Szene von außerhalb kommen - und nach dort sollen sie dann bitte schön auch wieder verschwinden.

Die ursprüngliche Idee, drei Zelte für obdachlose DrogenkonsumentInnen aufzustellen, wurde inzwischen wieder fallen gelassen - wegen Geldmangel und nicht etwa, weil sich irgendwer daran gestört hätte, daß in einer der reichsten Städte Europas Obdachlose in Zelten wohnen müssen.

Polamidonvergabe zu akzeptablen Bedingungen (wovon im Moment keine Rede sein kann) an jeden, der dies will, ist eine alte Forderung aus den Reihen der akzeptierenden Drogenhilfe. Daß sie jetzt zu einem Deckmantel für eine primär repressiv ausgerichtete Politik werden soll, ist kennzeichnend für den Stand rot-grüner Drogenpolitik.

Auswärtige Junkies sollen in ihre Heimatgemeinden abgeschoben werden,

Frankfurter Junkies in die Kontaktläden - und die Bänker endlich einen cleanen Park für ihre Mittagspause, die Opernbesucher endlich einen freien Blick vom Dachcafé der neuerrichteten Oper zur Alten Oper haben.

Ob dieses Modell funktionieren wird, ist schwer abzuschätzen. Von der Drogenhilfe aus gesehen spricht vieles dagegen: Bei weitem nicht jeder Drogenkonsument will Polamidon, und szenenaher Hilfen sind kaum mehr möglich, wenn die, denen geholfen werden soll, von der Polizei quer durch die Stadt getrieben werden. Relativ erfolgreiche Programme wie etwa der Spritzenaustausch werden damit stark eingeschränkt.

Die Lebenssituation der Konsumenten und Konsumentinnen wird sich ein weiteres Mal verschlechtern: „Safer use“, weniger riskanter Drogengebrauch, wird umso schwieriger, je mehr die Repression zunimmt. Wer ständig auf der Flucht vor der Polizei ist, hat kaum noch Zeit, beim Aufkochen auf die erforderliche Hygiene zu achten. Ganz zu schweigen von den Auswirkungen auf das Selbstverständnis der DrogenkonsumentInnen, denen wieder einmal deutlich gezeigt wird, wo ihr Platz ist: Entweder in den Armen der Drogenhilfe oder hinter den Mauern der Justiz.

Ob die Szenezerschlagung aus polizeitaktischer Sicht funktioniert, ist ebenfalls offen: Natürlich weiß auch Frankfurts Po-

lizei, daß die Szene nicht einfach so verschwindet. Die Erfahrung der letzten Zwanzig Jahre hat gerade in Frankfurt gezeigt, daß immer neue Szenen an anderen Orten neu entstanden sind. Aber mit den zusätzlichen Polizisten, die am Flughafen überflüssig geworden sind,² könnte es dem OB gelingen, bis zu den Kommunalwahlen Ansätze zu Szene-Neubildungen in den Stadtteilen zu unterbinden.

Zum Verhältnis von Sozial- und Sicherheitspolitik

Mangels eigener Erfolge auf nahezu allen anfangs lautstark reklamierten Politikfeldern scheint die Koalition im Römer jetzt Aktionen zu brauchen, mit denen sie ihre Handlungsfähigkeit demonstrieren kann, die darüber hinaus nichts kosten und eine Gruppe treffen, die sich kaum wehren kann und über keine Lobby verfügt. Sozusagen das übliche, was Politiker gerne vor Wahlen machen.

Aber möglicherweise deuten sich in der überstürzten Neuorientierung der Frankfurter Drogenpolitik tieferliegende Tendenzen an. Walter Wallmann, anscheinend unerreichtes Vorbild aller Frankfurter Oberbürgermeister nach ihm, hätte zu seiner Zeit in einer solchen Situation der Stadt vielleicht ein neues Museum oder ein neues Champagner-Fest spendiert.

Aber erstens ist kein Geld mehr da und

zweitens lassen sich die „Modernisierungs-verlierer“ mit solchen Geschenken nicht bei Laune (besser gesagt: bei der Wahlurne) halten.

Die SPD, nicht sonderlich erfolgreich bei ihren Versuchen, die neuen, aufstrebenden großstädtischen Mittelschichten für sich zu gewinnen, sieht bedeutende Teile ihrer Wähler zu den Republikanern und anderen rechtsradikalen Parteien abwandern; mit den anderen Parteien, denen es ähnlich ergeht, liefert sie sich deshalb einen Wettkampf um immer absurdere „sicherheitspolitische“ Ideen. Bundespolitisch beschert dies eine Asyl- und Ausländerrechtsdebatte nach der anderen, wobei Stück für Stück liberale Positionen auf der Strecke bleiben.

Auch in Frankfurt ist „Sicherheitspolitik“ derzeit Thema Nummer eins. Eine der ersten Aktionen von Schoelers nach seiner Wahl zum OB war die Bewachung der U-Bahnen durch einen privaten Sicherheitsdienst: Privatpolizisten in Phantasieuniform mit gefährlich aussehenden Hunden, die jedem FVV-Kunden verdeutlichten: Frankfurt ist ein heißes Pflaster, aber der Magistrat versucht, euch zu beschützen.

Damit wird die diffuse Angst vor steigender Kriminalität, die vielschichtige, aber kaum reelle Ursachen hat, kräftig geschürt.

Neueste Variante: Die Frankfurter Feldschützen, eine Außendiensttruppe des Ordnungsamtes, sollen komplett mit Waffen ausgestattet werden und im Bereich Hauptbahnhof-Hauptwache die Obdachlosen-

szenen und Ausländer überwachen (FR vom 13.6.92). An der stetig steigenden Polizeipräsenz in der Innenstadt kann auch noch der letzte Kleinbürger die Botschaft ablesen: An Deinem Unbehagen in der modernen Großstadt sind Obdachlose, Ausländer und Drogenabhängige schuld - und gegen die gehen wir jetzt vor.

Vollkommen verschwiegen wird dabei, daß insbesondere Drogenkriminalität - Handels- wie Beschaffungsdelikte - durch die Prohibition erst künstlich erzeugt wird.

Parallel dazu (und nicht unabhängig voneinander) ist das Verschwinden der Sozialpolitik zu konstatieren: Zwei Sozialdezernenten hat die Frankfurter Sozialdemokratie in dieser Wahlperiode schon verbraucht, der dritte schließlich gilt als Notlösung, mit dem man sich über die Runden (sprich: die Wahlen) retten will. Die Wohlstandsinsel BRD ist spätestens seit ihrem Versuch, zur Wohlstandsinsel Deutschland zu mutieren, ins Schlingern geraten, und sich verschlechternde wirtschaftliche Rahmenbedingungen selbst in der Finanzmetropole Frankfurt bringen den Stadtkämmerer in Schwierigkeiten.

Durch das Erstarken neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle in den letzten 10 Jahren ohnehin unattraktiv geworden, läuft ein früher nicht nur, aber besonders gern von Sozialdemokraten bemühtes Politikmodell aus, welches versucht hat, durch Sozialpolitik zur Vergesellschaftung beizutragen.

Es läßt schon aufhorchen, daß auf dem sozialpolitischen Parteitag der SPD Polizeipräsident Gemmer das Hauptreferat hielt und OB Andreas von Schoeler zur Verteidigung der geplanten Szenezerschlagung betonte, daß Sicherheitspolitik „ein fester Bestandteil der Sozialpolitik“ sei.

Zugegeben, die Junkies in der Taunusanlage sollten in diesem Zusammenhang nicht überinterpretiert werden. Aber es ist zu befürchten, daß die sicherheitspolitische Umorientierung in der städtischen Drogenpolitik Ausdruck allgemeiner Tendenzen rot-grüner (Kommunal-)Politik ist: auf die unbestreitbar vorhandenen sozialen Verwerfungen in der Stadt aus ideologischen Gründen und mangels Geld verstärkt polizeilich-repressiv zu reagieren und zur vorgelieblichen Abwehr rechtsradikaler Strömungen genau die Stimmungen zu erzeugen, die diese erst ermöglichen.

Widerstand ?

Die meisten Junkies in der Taunusanlage werden solange mit Filtersammeln beschäftigt sein, bis sie merken, daß es keinen Raum mehr gibt, wo sie nach Filtern suchen können. Kleine Grüppchen wie etwa JES - Junkies, Ex-User und Substituierte - sind zahlenmäßig zu schwach, um sich erfolgreich gegen ihre Vertreibung zu wehren.

Die institutionalisierte Drogenhilfe will von Politik nichts wissen, außer wenn es um Verteilungskämpfe im Sozialetat geht - und akzeptiert gerne zusätzliche finanzielle Mittel, um die soziale Flankierung - die in der jetzt geplanten Form diesen Namen nicht verdient - der Szeneräumung zu organisieren. „Wendehäule“ nicht nur in der ehemaligen DDR: Vereine, in denen noch vor wenigen Jahren Substitution einhellig abgelehnt wurde, erklären sich jetzt als erste bereit, Polamidon an die aus der Taunusanlage Vertriebenen zu verteilen.

Auf dem Parteitag der SPD gab es zumindest einige Gegenstimmen, die den geplanten Kurswechsel kritisierten: „Damit man den Spießern im Bankenviertel gefällt, zerschlägt man ein bißchen die Drogenszene.“ (Sonntags-FAZ vom 14.6.92)

Bei den Grünen muß man nach solchen Kritikern schon suchen. Kündigten Cohn-Bendit und Fischer nach ersten Beratungen noch einen „diffizilen Konflikt“ an, so gelang es bis zum Kreisparteitag Drogenreferent Schneider, die Partei auf Kurs zu bringen: die *Frankfurter Rundschau* meldete „Zustimmung“.

Nur der drogenpolitische Sprecher Popp scherte aus dieser Linie aus. Margarethe Nimsch wollte laut *Frankfurter Rundschau* vom 19.6.92 nicht von Zerschlagung oder Auflösung sprechen, vielmehr solle die offene Szene durch Hilfsangebote „abgelöst“ werden - womit die Frage, ob sie nicht als Gesundheitsdezernentin eine klassische Fehlbesetzung darstellt, ihre endgültige Antwort gefunden hat.

Für die Protagonisten der „Zivilgesellschaft“ sind die Junkies in der Taunusanlage viel zu uninteressant, als daß sie an deren Vertreibung erkennen könnten, daß die zivile Gesellschaft mit sehr unzivilen Mitteln gepanzert ist.

Begünstigt wird das erneute Drehen an der Repressionsschraube dadurch, daß es keine nennenswerten Kräfte - weder innerhalb noch außerhalb der sich neuerdings selbst so bezeichnenden „Politischen Klasse“ - mehr gibt, die theoretisch wie praktisch in der Lage wären, einer Politik, die gesellschaftlichen Konsens verstärkt „sicherheitspolitisch“ zu erzeugen versucht, Alternativen und Widerstand entgegenzusetzen.

Eines wird die neue Variante rot-grüner Drogenpolitik dennoch sicher nicht erreichen: daß sich die Heroin- und KokainkonsumentInnen endlich vorschreiben lassen, welche Drogen sie gefälltigst zu konsumieren haben.

Martin Schmid

¹ Am Ende der Taunusanlage gelegener Nobelbau, keine 100 Meter Luftlinie von der offenen Szene entfernt.

² Dort wurden Polizeieinheiten durch an der innerdeutschen Grenze eingesparte Bundesgrenzschützer ersetzt.

DIE AKTION

Politik, Literatur, Kunst No.89/92
Roter Keil gegen weiße Ordnung. Vom
Klassenkrieg wider die Festung Europa.

Christian Geissler (K)
WINTERDEUTSCH



»hier ist die rede
von unserer stunde.
- gegen das arme
sauen der toten.«
Zweite Flugschrift. Analyse, Strategie,
Dichtung, Diskussion. Ein Vorschlag zur
Debatte um die Erneuerung der kommunistischen Perspektiven. 8.- DM

Edition Nautilus

Am Brink 10 / W-2050 Hamburg 80

LOS ANGELES

Die Revolte in South Central L.A. erledigte Anfang Mai die Suche der Zeitungsredaktionen nach brauchbaren Schlagzeilen. Das Foto von Reuter, auf dem zu sehen ist, wie Schwarze einem am Boden kriechenden weißen Yuppie in den Arsch treten, ging wie ein Lied um die Welt. Für die Kommentatoren war, trotz eingestreuter Hinweise auf die spezifische Situation in Los Angeles und die Rezession in den USA der ursächliche Hintergrund die seit

Jahrzehnten ungelöste „Rassenfrage“. In den Monatsmagazinen mußten dann die Stadtsoziologen und Musikjournalisten den „gewaltsamen Ausbruch“ erklären – allein mit sich und Baudrillard, einer Schallplatte von Public Enemy, einem Buch von Angela Davis und der Satellitenschüssel auf dem Dach. Die fundierteren Artikel bezogen sich fast ausnahmslos auf „City of Quartz“ von Mike Davis, einem gut recherchierten Buch über die neuere

Sozialgeschichte Los Angeles'. Wir tun dies im folgenden ebenfalls, wenn wir mangels Kontakten vor Ort eine Pressesichtung vornehmen; damit ist wenigstens ein gewisser kritischer Informationsstand erreicht. Zum gleichen Thema folgen dann noch ein kleiner Erlebnisbericht, ein Interview mit Mike Davis, ein Text über die politische Bedeutung „schwarzer Musik“ in den USA und ein Interview mit zwei Rappern.

DER TROPFEN, DER FUNKE, DAS FASS UND DER HEISSE STEIN

Infolge der seit einem Jahrhundert andauernden Suburbanisierung der amerikanischen Städte ist auch Los Angeles von festungsartig angelegten Vorstädten umgeben, in die sich die weiße Mittelklasse mit Hilfe ihrer einflußreichen Haus- und Grundbesitzervereine zurückgezogen hat. Allgemeine Rezession, strukturelle Eingriffe von Seiten der Bundesregierung, des Staates Kalifornien und der Stadt im Zuge der Deindustrialisierung sowie die Belagerungsmentalität des Los Angeles Police Department (LAPD), immer durchsetzt mit dem herrschenden Eurozentrismus, bestimmen den Alltag der Marginalisierten, die gezwungen sind, entweder in den ärmeren Vororten oder in den City-Ghettos South Central und Watts zu leben.

Nach dem Niedergang der fordistischen Industrie (Rohöl-, Automobil- Flugzeug-, Rüstungsindustrie) führt die ethnifizierte Konkurrenz um Arbeitsplätze zu Spannungen zwischen schwarzen sowie neu eingewanderten lateinamerikanischen und asiatischen Arbeitern. Viele Jobs und wenige gewerkschaftliche Errungenschaften gingen mit den Fabriken verloren. Die entstehenden Niedriglohnindustrien leben von der „besseren Arbeitsmoral“ vor allem der illegalen Einwanderer, die jeden Dumpinglohn annehmen müssen.

Die Regierungspolitik von Nixon bis Bush war und ist bemüht, die in den sechziger Jahren als „Große Gesellschaft“ programmatisch eingeführten Sozialprogramme wieder abzuschaffen. So gut wie alle Arbeitsbeschaffungsprogramme für Jugendliche sind gestrichen, während sich das Schulsystem im Niedergang befindet, was durch eine „dropout“-Rate von bis zu fünfzig Prozent deutlich wird. Dabei wird kräf-

tig die rassistische Trommel gerührt. Reagan machte Wahlkampf mit seiner „Welfare Queen“-Schreckensgeschichte über eine Frau, die mit Hilfe von falschen Namen und Adressen unglaubliche Fürsorgegelder eingesackt haben soll. Allen Zuhörern war sofort klar, welche Hautfarbe sie haben mußte, ebenso wie bei Bushs Geschichte vom Mörder, der während des Hafturlaubs eine weiße Frau vergewaltigte.

Die Stadtplanung ist darauf ausgerichtet, Unerwünschten, das heißt Obdachlosen, Armen und anderen aus den „gefährlichen Klassen“ zu zeigen, daß sie in der City – außerhalb der Ghettos – nichts zu suchen haben und geht damit auf das Bedürfnis der Mittelklasse nach Sicherheit in Form von zunehmender räumlicher und sozialer Abgrenzung ein. Beispielsweise regt die Stadt die Parkverwaltungen an, sich als Unternehmen zu organisieren und auf Eintrittsgeldbasis zu arbeiten. Dies führt zu einer „Rekreatiionsapartheid“ mit vollkommen heruntergekommenen, unbeaufsichtigten öffentlichen Anlagen in den armen Wohngebieten und unzugänglichen, weil unbezahlbar, eingezäunt und bewacht gehaltenen Anlagen in der City und den reichen weißen Wohnvierteln.

In diesem Sinne wird konsequent jeglicher öffentliche Raum zerstört. Mit den Stränden verhält es sich ähnlich wie mit den Parks: nachts geschlossen und mit Polizeihelikoptern, -booten und -buggies kontrolliert. Die „Olmstedian vision“ des Central Park-Planers, die fordistische Sozialplanung, öffentliche Räume, in denen sich die verschiedenen Gesellschaftsschichten mischen, als soziale Sicherheitsventile zu betrachten, ist vergessen. Büchereien und Spielplätze schließen, öffentliche Toiletten oder sonstige Gelegenheiten, etwas zu trin-

ken oder sich zu waschen, sind abgeschafft, dafür werden Parks mit Sprinkleranlagen versehen, die unvorsichtige Schläfer begießen. In Deutschland werden Sitzschalen oder um Säulen laufende, unterteilte Bänke aufgestellt, in L.A. gibt es die ultimative tonnenförmige „bum-proof bus bench“, auf der es sich kaum sitzen, geschweige denn liegen läßt. Sogar der Restaurantmüll ist geschützt: edel und einsam stinkt der alte Fisch in lanzenspitzenbespickten Designerstahlkäfigen. Entsprechend festungsartig gerät auch die Prestigearchitektur: grafitischer, unzugänglich und bewacht.

Ihre Sicherheitswahnvisionen lebt die weiße Mittel- und Oberklasse allerdings erst so richtig zuhause in ihren Festungstadtteilen und -vororten aus. Die Parks in San Marino schließen am Wochenende, damit keine Latinos und Asiaten aus den angrenzenden Vierteln kommen. Einzäunung und private Wachmannschaften sind oft schon selbstverständlich und werden auch als Statussymbol angestrebt. Die ganz Reichen haben es schon vor einiger Zeit vorgemacht und sind jetzt damit beschäftigt, ihre Häuser zu High-tech-Schlössern umbauen zu lassen (mit versteckten „terrorist proof security rooms“ etc.). Abgezäunt von den „Anderen“ also, gut eingestimmt durch die Schreckensnachrichten aus dem Fernsehen, bestätigt sich jegliche Angst von selbst. So hat die soziale Wahrnehmung von Bedrohung wenig mit den tatsächlichen Kriminalitätsraten und viel mit der Bereitschaft zur Mobilisierung von Sicherheit zu tun, was die boomende Sicherheitsindustrie, Medien und Polizei natürlich für ihre eigenen Interessen ausnutzen.

Das Los Angeles Police Department (LAPD) spielt eine Hauptrolle in der Produktion von Angst vor den kriminellen



Foto: Jan Erik Posth - San Francisco 1987

Massen und zeichnet mit Polizeitaktiken im Vietnamstil für den systematischen Terror gegen die Bewohner des Ghettos verantwortlich.

Im Ghetto gehören im Zuge der „gang“- und „crack“-Bekämpfung Ausgangssperre (curfew), Abriegelung von ganzen Stadtteilen als kameraüberwachte „Narcotics Enforcement Zones“, eine durchschnittlich neunzehnstündige Luftüberwachung sogenannter „High Crime Areas“ und Superrazzien zum Alltag. Bis 1990 wurden in Großangriffen wie der „Operation Hammer“ 50.000 Verdächtige festgenommen. Meistens mußten mehr als neunzig Prozent wieder freigelassen werden, einige kamen jedoch vorher ums Leben. Eine Häufung von Polizeiwürgegriffmorden erklärte der jetzige Chief Gates mit der „rassischen“ Anatomie der Opfer, die so angelegt sei, daß sich die durch den Griff abgeklemmten Adern nicht so schnell wieder öffnen wie die von „normalen“ Leuten. Eine der ungefährlicheren rassistischen Vorlieben der Polizei ist, Festgenommene das musikalische Thema einer Fernsehshow aus den sechziger Jahren - anscheinend das „Horst Wessel-Lied“ des LAPD - pfeifen zu lassen, während sie ein klassisches Spießrutenlaufen absolvieren.

Für einen Ghettojugendlichen kann unter den Bedingungen des Belagerungszustandes und der Arbeitslosigkeit von räumlicher und sozialer Mobilität keine Rede

sein. Was bleibt also, als die soziale Sicherheit in der einzigen Form zu suchen, die zudem auch noch ein Einkommen garantiert? Der Weg in die Gang und in die Gegenökonomie des Crack.

Die heutigen Gangs sowie deren Gegner unterscheiden sich erheblich von denen Ende der sechziger Jahre, was nicht zuletzt durch das Schicksal der schwarzen Emanzipationsbewegung zu erklären ist. Was die Gangs anbetrifft, so organisierten die beiden Führer einer tonangebenden Los Angeles Gang 1968 auch die örtliche Black Panther Party und nicht umsonst wurden revolutionäre Gangs von Theoretikern des Black Power als die strategische Hoffnung der schwarzen Befreiung angesehen. Mit der Ermordung der beiden Führer durch eine rivalisierende Nationalistenvereinigung (vielleicht aber auch polizeigesteuert, wie einige Black Panther-Veteranen behaupten) und der Zerschlagung der Partei durch das LAPD setzte eine Entpolitisierung und Verrohung der Gangs in den frühen Siebziger ein. Zu dieser Liquidation kommt noch die Integration der Bürgerrechtler: Mit der Erkämpfung der formalen Gleichstellung durch die schwarze Bürgerrechtsbewegung war die Hoffnung auf eine Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen verbunden; was einsetzte, war eine soziale Polarisierung, die zwar schwarze Mittelstandsviertel und Bürgermeister wie den seit 1973 in Los Angeles regierenden

Bradley möglich machte, den im Ghetto Zurückgebliebenen jedoch kaum etwas brachte.

Heute fehlen der Community die radikalen Intellektuellen. In der allgemeinen Orientierungslosigkeit halten allein die Rapper noch die Fahne der Militanz hoch. Auch wenn der Wind aus den verschiedensten nationalistischen und selbst rassistischen Richtungen in sie hineinbläst, so wäre der gegenwärtige Aufstand ohne den Hip Hop kaum vorstellbar: „Fuck the Police“ und auch das rassistische „Black Korea“ wurden lange vorher in South Central gehört.

Was die Gangs heute für Vorstellungen haben, läßt sich an dem „Plan“ ablesen, Ergebnis des Waffenstillstands zwischen den beiden größten Gangs, den „Bloods“ und den „Crips“. Hier zeigen Reaganomics und Bushism ihre Wirkung: „Welfare“ ist tabu. „Wir verlangen, daß das Wohlfahrtsystem gänzlich aus unserer Community verschwindet und daß ... Staatsgelder nur an Invalide und Alte vergeben werden“. Neben der Ansiedlung von Industrie wollen sie „aggressive Lehrmethoden und einen Lehrplan wie auch in ökonomisch nicht benachteiligten Gebieten.“ Außerdem sollen IBM, Apple, Microsoft und Xerox Ausbilder stellen, „damit die entsprechenden Fertigkeiten in die Community gebracht werden“. Angestrebt ist also nichts mehr als ein Überleben in der ganz normalen

amerikanischen Härte.

Auf der Gegenseite stehen heute nicht nur das LAPD in Vertretung der weißen Herrschaft, sondern auch Leute wie Harry Edwards, der als ehemaliger Black Panther-Propagandaminister dafür eintritt, diesen Müll von den Straßen in die Gefängnisse zu kehren. Der schwarze Literat Ishmael Reed spricht von schwarzen Terroristen und Crackfaschisten. In ihrer Wahrnehmung bedroht die Jugendkriminalität die Integrität der „black culture“. Ähnlich wie die Angst vor dem Tramp im neunzehnten und die Kommunistenangst in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts schafft anscheinend die Gang/Crack-Angst heute eine Klassenübereinkunft, die viel Platz für gemeinsame Projektionen läßt. So werden nicht nur die Terrorismusmetapher, sondern auch Gesetze ermöglicht, die an den hiesigen § 129a (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) erinnern: Der „Street Terrorism Enforcement and Prevention Act of 1988“ (STEP) macht

zum Beispiel die Mitgliedschaft in einer „criminal gang“ strafbar, wobei dem Kleingedruckten zufolge die Eltern gleich mit verknackt werden können, sofern sie ihre „Sorgfaltspflicht“ in Bezug auf die Verhinderung der kriminellen Aktivitäten ihrer Nachkommen nicht erfüllt haben.

Rezession, Deindustrialisierung, rassistische Politik und Polizeimethoden sind die (Hinter-)Gründe für die „riots“ im Mai. Der Aufruhr war selbst wieder nur Anlaß für die Installierung noch effektiverer Aufklärungs- und Sicherungsmethoden, für die weitere Modernisierung des Repressionsapparates. Sozialpolitische Maßnahmen bleiben verschwindend gering, eine Wende in der Strukturpolitik wird nicht vollzogen, hier wird weiter auf Ghettoisierung gesetzt. Dies alles macht es wahrscheinlich, daß noch einmal geschieht, was die bürgerliche Presse mit ihrem scharfen analytischen Vokabular durchgängig so oder so ähnlich beschrieben hat: „In all das schlägt dann der Tropfen, bringt das Pulver-

faß zum überlaufen und ist doch nur ein Funke auf den heißen Stein.“

Raymund Burghardt

Quellen:

Davis, Mike: City of Quartz, London 1990
Jacob, Günther: South Central im Mai, Konkret 6,92
Ders.: Burn, Hollywood, Burn!, Spex 6,1992
Keil, Roger; Ruddick, Sue: Let it Bleed, Kommune 6,92
Rademacher, Horst: Ewig blauer Himmel und schwarzes Elend, FAZ, 16.5.92
Sprengel, Martina: Die Verzweifelten in den Ghettos folgen eigenen Gesetzen, taz, 2.5.92
Dies.: Ratlos nach den Riots, taz, 18.5.92
Walker, Martin: LA gangs give peace a chance, Guardian, 30.5.92
Werneburg, Brigitte: Eingesperrt im Holiday Inn, taz, 13.5.92
Dies.: Bis nach Hollywood durchsickern, taz, 20.5.92

‘I took the beds because we sleep on the floor.’

Ein Erlebnisbericht aus Los Angeles

On Wednesday, my friends and I went cruising around. On Thursday, that's when I went to a furniture store. Two friends were with me. We went to Hi Brite Furniture Store, right near here on the corner. I saw everybody getting things, so I said, "It seemed like fun" so I started doing it. We walked home, with three beds - cars even stopped for us as we went across the street. The guys I was with didn't want anything but they helped me carry the beds. Walking down the sidewalk, everybody in the neighborhood was looking at us. They were looking at us mean, like they knew we were doing wrong.

When we got home, my mom and dad said we shouldn't be doing that because the cops were going to come after us. I got bunk beds for my little brother and sister, and a bed for myself because I sleep on the floor. My brothers were happy because we had the beds. I felt I was doing something good for my family.

I have to say I did it because everybody was doing it - and it was full of police around here and they weren't doing anything - so I said, "Well, if I have a chance now to get my bed, I'm going to take it."

I don't know the people who own that business, but I didn't think I would be hurting their business because they have insurance, which will pay for everything.

I didn't feel like I was stealing or breaking the law because the police were right there and they weren't saying anything about it. They were seeing us and everything and they weren't doing anything to stop me or come after me or asked me "Why are you taking these beds?" If the cops had said, "Put that down," I would have put it down. By not stopping us, they allowed us to break the law.

It didn't bother me that my own people, Latinos, were taking things. We're accustomed to being a low minority here. So I thought, "Let us have fun while we can." We're considered low class. Everybody treats us like we're low. That's part of the reason why the looting happened. That's why it made it easier for me to take the beds. Blacks and Latinos right here, they are considered low-class persons. So when the blacks were rioting und looting,

the Latinos started doing the same thing. I guess because we're in the lower class.

Two nights later, when my mom was saying she didn't want to have any problems, that was when I started thinking. "In case the cops do come, that will bring some problems at home." I was pretty sure we weren't going to keep the beds that long because my mom started talking to me about it.

I could see that my mother was disappointed in me. In everything. I would see the way she would look at me. She never asked me why I did this. So I told my mom. "Let's take the beds to the nearest Catholic Church."

If I had kept the beds, there probably would have been arguments because my mom didn't want the beds and I did. We would always have been arguing about it. Since the beds are gone, we haven't talked about it all. They're gone.

I think the neighbors are probably disappointed in me. In a way

Foto: Sibylle Truckenmüller



it makes me feel bad, but in another way, I really don't care. Why care about the neighbors. I don't care about the neighbors. I care about myself and my family. I took the beds because I care about my family and I returned them for the same reason: I care about my family.

How did this change me? I don't know. I'm a troublemaker. I've always been a troublemaker. Since the riots, I do feel much safer now that I'm more at home than in the streets. I feel I don't need to be in the streets as much.

I've never stolen stuff before. I'm not sure if I would do it again. I'm not sure. I probably won't. If people found out I'm taking stuff, they probably would call the cops and it would just bring the family trouble and problems. I want to have an honorable family.

If looters have a chance to take the things back, I would say for them to do it now that they have a chance and before the cops get

to them because they might go to jail. It's not a good thing to be in jail.

When I took the beds, I wasn't working. But two days after I took the beds, I started working at Taco Bell. This week, I've been working there from 8 p.m. to 3 a.m.

Working is a solution. If working can give you the money to buy whatever you want, why steal? Now that I have a job I won't have to worry about stealing anything. I'm going to have some money in my pocket on May 21 with my first paycheck. I'm going to give some to my mom and some for myself. I'll probably open my own bank account and the first thing I want to save for are beds.

aus: Los Angeles Times, 13.5.1992

Octavio Sandoval, 17, ist Schüler der Manual Arts High School in South Los Angeles. Er wohnt mit seinen vier Brüdern und zwei Schwestern zusammen.

Der 18. Brumaire Amerikas?

Interview mit Mike Davis

Wie schätzen Sie heute, zwei Monate nach den Unruhen in Los Angeles, die Situation in der Stadt ein?

Mike Davis: Die nächsten sechs Monate werden für South Central Los Angeles, wo die Aufstände begannen, noch mehr an Zerstörung bringen als die Unruhen selbst. Der kalifornische Staat hat ein Milliardenfazit und Gouverneur Pete Wilson will vor allem bei den Schulen und sozialen Diensten einsparen. Da ist die Rede davon, daß allein 400 Millionen Dollar bei den Schulen in Los Angeles gestrichen werden sollen. Alleinerziehenden Müttern soll die Sozialhilfe um 20 % gekürzt werden. Man muß sich das vorstellen: Die Hälfte der Schulen besteht aus rein spanisch sprechenden Klassen! Die geplanten Entlassungen werden gerade die Förderlehrer für Englisch und die Schulberater treffen, der ganze soziale Dienstbereich wird hauptsächlich von Schwarzen beansprucht, in ihm sind aber auch sehr viele Schwarze beschäftigt. Da kann man sich den Ketteneffekt bei solchen Einsparungen vorstellen.

Es war doch allortorten viel von Geld die Rede, das jetzt hierher fließen soll, von Bush, vom Kongreß ...

Was die von Bush versprochenen 19 Millionen Dollar anbelangt, so will er sie für sein sogenanntes „Weed and Seed“-Programm (Jäten und Säen - Drogendealer weg, Jobs her) ausgeben. Wie das funktioniert, kann man in anderen großen Städten, etwa in Seattle, sehen: Das Geld wird für sogenannte „reverse buying“ ausgegeben: Verdeckt ermittelnde Beamte kaufen nicht Drogen, um etwa Dealer zu überführen, sondern verkaufen sie, um dann ihre Kunden durch Erpressung zu Informanten zu machen.

Aber hatten die Aufstände nicht doch die kathartische Wirkung eines reinigenden Gewitters? Ist das nicht der vielbeschworene Heilungsprozeß, steht Los Angeles nicht doch vor einem Neuanfang?

Das eigentlich Neue an der Situation danach ist der Umfang und das neue Niveau der Repression. L.A. soll ein Laboratorium für Aufstandsbekämpfung in den Städten werden, Versuchsgelände für das städtepolitische Programm der Republikaner. Von Anfang an verstand es die Bush-Regierung, die Niederschlagung des Aufstandes zu föderalisieren, will sagen, unter Bundeskontrolle zu bringen. Bush hat nicht nur die Nationalgarde unter Bundesbefehl und Bundesstruppen nach L.A. geschickt, sondern auch das FBI, die Bundesdrogenbehörde und die Einwanderungsbehörde mobilisiert. Grenzpatrouillen wurden aus so entfernten Regionen wie Texas herangeschafft, und sie haben in den Straßen Jagd auf illegale

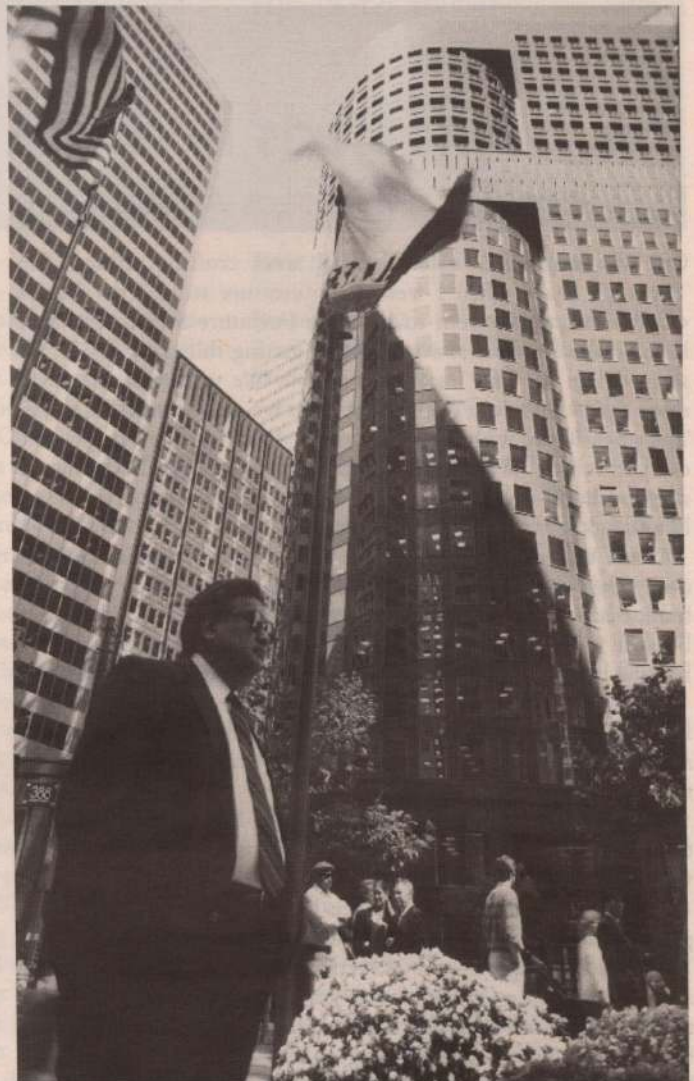


Foto: Jan Erik Posth - San Francisco 1987

le Einwanderer gemacht.

7.000 Menschen wurden aufgegriffen und über die Grenze nach Mexiko geschafft. Los Angeles hat jetzt seine „desparecidos“, seine Verschwundenen. Was Bush hier probt, ist die „Domestic Rapid Deployment Force“, eine nationale Eingreiftruppe.

Das klingt alles nach Untergangsszenario. Aber nochmals die Frage: entstand aus den Unruhen nicht vielleicht auch Positives?

Das Gute ist der Friedensschluß zwischen den Banden. Der Bandenfrieden, der jetzt zwischen den ‚Crips‘ und den ‚Bloods‘ geschlossen wurde, wird dauerhaft sein. Irgendjemand wird mit diesen Leuten reden müssen, sonst entsteht in Amerikas Städten eine schwarze Intifada, und es gibt nicht nur alle 20 Jahre eine Explosion. Es wird auch nicht damit getan sein, eine immer größere Zahl dieser Leute in die Gefängnisse zu sperren, auch dort nimmt das Bündnis der Banden Gestalt an. Positiv an den Aufständen ist zudem, daß sie zwei bisher unartikulierte Minderheiten eine Stimme gegeben und sie politisiert haben: den Schwarzen und der Masse der hispanischen Einwanderer aus Mittelamerika. In gewisser Weise haben sich die Krisen Mittelamerikas nach Los Angeles verlagert.

Einer der Inglewood ‚Bloods‘ hat es mir gegenüber so ausgedrückt: „Der alte Idiot Bush denkt, er könne die Marines hierher schicken und sich so seine Wiederwahl sichern. Aber das hier ist nicht der Irak, das ist Vietnam.“ Die Polizei fürchtet sich nun davor, daß sich die neu vereinigten ‚Bloods‘ und ‚Crips‘ gegen die Polizei zusammenschließen. Das haben die Banden bisher stets bestritten. Wovor die Polizei wirklich Angst hat, ist, daß sich wiederholt, was nach den Watts-Aufständen Mitte der Sechziger geschah: Damals ging aus einem Friedensschluß der Gangs die „Black Panther Partei“ hervor.

Was muß denn geschehen, damit Los Angeles so reformiert wird, daß nicht die alten Strukturen, die zum Aufstand führten, einfach neu entstehen?

Zunächst muß man sich nochmals die drei Gründe für die Revolte klar vor Augen führen. Das war zunächst eine demokratische Empörung gegen Unrecht. Ein Zornesausbruch über die vielen Mißhandlungen, Ungerechtigkeiten, die vielen Toten, die es durch Polizeieinfälle gegeben hatte. Dann war es ein innerethnischer Konflikt zwischen Koreanern und Schwarzen, und letztlich war es eine Hungerrevolte, ein Aufstand der Habenichtse.

Die Aufstände von Los Angeles und möglicherweise nachfolgende Rebellionen müssen auch als Auflehnung gegen eine unerträgliche Wirtschaftsordnung verstanden werden. Die Globalisierung der Wirtschaft von Los Angeles hat Armut und Arbeitslosigkeit über die weniger gut ausgebildeten Angelenos gebracht. Hier bricht ein System zusammen. Das ist die erste Strukturkrise des Pacific Rim, des Pazifischen Beckens, der kalifornisch-japanischen Prosperität. Hier geht die Sonnenschein-Ära Südkaliforniens zu Ende. Wenn Marx heute leben würde, er schriebe seinen 18. *Brumaire* ... über die Ereignisse in Los Angeles.

In den letzten drei Jahren hat Los Angeles 100.000 Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie verloren. Die Luft- und Raumfahrtindustrie spielt nicht mehr die gleiche Rolle wie zu Zeiten des Kalten Krieges und ist dabei, neue Standorte zu suchen. Der größte Konzern und Arbeitgeber diesseits des Mississippi, Mc Donald-Douglas, wird wahrscheinlich im nächsten Jahr den Betrieb einstellen. Auch die Leicht- und Kleinindustrie, die wegen



Foto: Jan Erik Posth - New York 1987

des Überangebots billiger Immigrantenarbeitskraft Standorte in Los Angeles hatte, verliert an Bedeutung. Das einzige, was hier noch profitabel ist, ist die Unterhaltungsindustrie.

Wer aber soll im großen Stil in Los Angeles investieren?

Wir haben es hier mit einer präkeynesianischen Situation zu tun, in welcher der öffentliche Sektor Motor für den privaten sein muß. Wichtigste Investitionsbereiche wären Schulwesen und Kindergärten sowie der Wiederaufbau und Umbau der innerstädtischen Umwelt. Wir brauchen Kooperativen, zum Beispiel ein genossenschaftliches Wohnungswesen, genossenschaftliche soziale Dienstleistungen.

Aber der amerikanische Staat ist überschuldet, Kalifornien steht vor dem Bankrott, die Stadt ist pleite ...

Nein, Amerika verfügt über die Ressourcen, sie werden nur nicht verwandt. Allein der Stadtteil Beverly Hills hat über 24 Millionen Dollar, die in einem Parkfonds liegen. Das sind Gelder, die für Falschparken eingenommen wurden. Eigentlich sollen damit Parkplätze gebaut werden. Jetzt will Beverly Hills dieses Geld für mehr Sicherheit ausgeben. Aber überall geht Sicherheit vor sozialer Reform. Man will sich abschotten, spricht davon, den „Fluß der Einwanderer“ zu stoppen, als wenn die an den Problemen schuld wären. Die Wirtschaft von Los Angeles hat die längste Zeit von dieser billigen Arbeitskraft gelebt. Jeder denkende Mensch weiß, daß man die Immigration nur durch eine vollständige Militarisierung der Grenze stoppen könnte. Das aber wäre das Ende jeglichen Rechtsstaates.

Das Interview führte Reed Stillwater
aus: taz vom 22.6.92

Mike Davis publizierte in den USA u.a. „In L.A. standen die Illusionen in Flammen“; „Die Gefangenen des amerikanischen Traums“; „Die Stadt aus Quarz. Archäologie der Zukunft in Los Angeles“ (1990). Davis ist Professor am „Southern California Institute of Architecture“ in Los Angeles.



Foto: Jan Erik Posth - New York 1987

Schwarze Musik und weiße Hörer

Blues

Greil Marcus behauptete neulich, anlässlich eines Vortrags in Graz¹, über den mythischen Blues-Gitarristen Robert Johnson, dessen künstlerische Aussage sei, daß diese Welt kein Platz für Menschen sei, for no man and no woman. Bei den kleineren Blues-Größen sei diese Wahrheit noch immer in einer nachvollziehbaren Weise, von sekundären, historischen und sozialen Bedingungen bestimmt, bei Johnson hingegen in einem überzeitlichen, existentiellen Sinne. Nicht unbedingt meine Meinung, aber es ist interessant, wie er dazu kommt. Er ist nicht der erste, der darauf hinweist, daß die Entwicklung von Blues als der Musik Einzelner - im Gegensatz zur Community des Gospel - in jedem Sinne eine Musik der Freiheit war. Nicht nur ist ihre Entstehungszeit die der nominellen Emanzipation der Schwarzen, die, wie jeder weiß, keine war, es ist damit auch die Zeit des Aufbruchs Einzelner in den Norden. Freiheit heißt also in der Blues-Genese nicht nur Abwerfen eines Jochs, Abwesenheit des Jochs und sich nun mal umtun, was die Welt zu bieten hat, sondern Eintauschen des Jochs gegen eine unbestimmte, sozial ungesicherte, gefährliche,

bedrohliche Freiheit. Daß Blues daher immer wieder davon handelt als migration worker kein home in this world zu haben, ist für Marcus kein Grund, seine Analyse darin aufgehen zu lassen, daß die existentialistische Seite Johnsons mit den sozialen und historischen Bedingungen des Lebens der Blues-Sänger restlos zu erklären sei. Er hört aus Johnson eine überzeitliche, überhistorische Stimme der Geworfenheit, die er aus den sekundären Bedingungen herauslöst und zum Allgemein-Menschlichen rechnet.

Marcus möchte Johnson ersparen, von einer soziologischen Konstruktion entpersonalisiert zu werden, ihm statt dessen eine Würdigung angedeihen lassen, die für jeden weißen Künstler selbstverständlich ist. Das kann ich gut verstehen. Es ist das alte Problem der Rockscheiber, daß sie sich in Forschung und Feuilleton mit einer Übermacht von entmündigenden Soziologismen konfrontiert sehen, das gilt doppelt, wenn es sich um schwarze Musik handelt und dreifach, wenn es um Musik geht, die sich in irgendeiner Weise dem ästhetischen Transport dissidenter Konterbande zu widmen meint. Dabei vergißt Marcus, daß durch die Eingliederung ins Mythische all die Eigen-

schaften, die eine Individualität ausmachen, sich nach der gleichen Logik verflüchtigen, mit der die Soziologie von je die Revolten mit vorher schon gewußten Begriffen weg-erklärte.

LeRoi Jones, der heute Amiri Baraka heißt, erklärt die mythische Entstehung des Blues zu einem durchaus „historischen“ Datum, von wo an der Schwarze in Amerika nämlich ein schwarzer Amerikaner geworden sei. Im Blues löse sich der primäre Bezug auf das Verschlepptsein des Sklaven und der Blick richte sich auf den Ort, wohin er verschleppt worden ist: „Und spätestens dann, als jemand zum Himmel aufschaute und die Worte ausstieß: ‚Oh Lord ahm tired a dis mess‘ können wir ganz sicher sein, daß dieser Mensch Amerikaner geworden ist.“² Ins „Black Self“ (Gates) wird also zunächst mal die prinzipielle Fremdheit gegenüber seiner Umgebung (mess) eingeschrieben. Das geht aber nur, wenn er Amerika etwas entgegenzusetzen hat, das eine solche Fremdheit begründet, also selber, statt sich zu unterwerfen, seine Differenz denkt und ausfüllt. „The single most pervasive and consistent assumption of all black writing since the eighteenth century has been that there exists an unassailable, integral, black

self, as compelling and as whole in Africa as in the New World, within slavery as without slavery. What's more, this self was knowable, retrievable, recuperable, if only enough attention to detail were displayed."³ Er wird also Amerikaner, indem er Nichtamerikaner wird. Seine Differenz findet sich im Detail: er spricht eine andere Sprache. Von dieser anderen Sprache handelt die Mythologie des Signifyin(g) Monkey, dem nachäffenden Affen, der durch Wiederholungen, Verdrehungen, Wortspiele nicht die Bedeutung, die sein Gegenüber ausdrücken will, beachtet, sondern die Signifikanten. Seine Vorfahren finden sich bei einer Gottheit der Yoruba. Sein Spott ist besagtes, aus unzähligen Songs, Gedichten und Texten schwarzer Kultur bekanntes „Signifyin“. Der Blues, hierzulande Master-Fetisch des Authentizismus der Rock-Kultur, beruht also in Wahrheit auf einer Rede der Fremdheit, Gespaltenheit und Zerrissenheit, deren Subjekte gerade nicht „genau das meinen, was sie sagen“. Im Nichtmeinen aber, durch den Schutz der Community, „authentisch“ sein können.

In seinem Grazer Vortrag legte Marcus gleichzeitig Rechenschaft ab, wie er überhaupt dazu kam, sich für Johnson zu interessieren. Als Aktivist der Studentenbewegung von Berkeley und faszinierter Beobachter der allgemeinen Jugendkulturrevolution der späten 60er von tiefer Trauer über ihr Scheitern ergriffen, besann er sich, gerade im Begriff zum professionellen Rockkritiker zu werden, deren einer der wichtigsten er noch heute ist, auf die Wurzeln der Musik, die er liebte: wovon handelte sie eigentlich wirklich? Wovon sprachen die Bluessänger, deren Songs Cream und Rolling Stones gecouvert hatten? Eine Woche, nachdem er in Altamont erlebt hatte, wie der Authentizismus der Hippie-Kultur sich komplementär zum echten Regen und echten Sex von Woodstock sich mit authentischem Blut getauft hatte, ging er in einen Plattenladen und kaufte sich „Robert Johnson - The King Of The Delta Blues“. Dies erzählte er uns wiederum als Antwort auf die Frage „Was ist Social History?“, die ihm die Veranstalter des Grazer Symposions gestellt hatten. Dazu hatten sie ihn gebeten, zwei Texte zu lesen, deren einer T.J. Clarkes „On Social History“ war. Dieser Text, der im Laufe der Zeit zur Grundlegung einer kunstgeschichtlichen Richtung geworden ist, war das erste Kapitel des Buches „Image of the People“⁴. Geschrieben hat Clarke sein Buch über Gustave Courbet, von tiefer Trauer ergriffen, unmittelbar nachdem er sein Scheitern, bzw. das Scheitern der in seiner Umgebung aktiven Studenten- und Jugendbewegungen von 68 erlebt hatte, dem King Mob und der Situationistischen Internationale in London, deren Mitglied er gewesen war. Auch er fragte sich, auf seinen Fall bezogen: was meint das eigentlich, daß wir uns als wildgewordene Bohèmes für

eine politische Kraft halten, worin hat dieses Modell eines revolutionären Künstlers seine Wurzeln, was bedeutet es eigentlich? Und schreibt die Geschichte Courbets und der Pariser Bohème rund um die 48er Revolution. Dabei entdeckt er, daß das Modell der Bohème in erster Linie eine gelebte, soziale Karikatur war, in ihm fanden sich wie und warum auch immer von der Dynamik des Paris des 19. Jahrhunderts entwurzelte oder beflügelte Gesellen, die ihre Fremdheit als Parodie oder nur Imitation neuer sozialer Rollen der wirklichen Welt codierten. Jeder neue soziale Typus habe in Bohemia sein Pendant gehabt, seine Verzerrung, Übertreibung, sein Spiegelbild. Seinen Signifying Monkey.

HipHop

Das Scheitern des Versuchs, die Welt zu verändern, beflügelte offenbar die Lust Greil Marcus' und T.J. Clarkes, sich der Geschichte zuzuwenden (also anderer Leute Scheitern zu beobachten). Und etwas verdächtigender: die historische Analyse der Wurzeln dessen, das die weiße Jugend/Mittelklasse-Rebellion sich als fremde Träger, Codes ihrer eigenen, unanalysierten Unzufriedenheit ausgesucht hatte, relativiert diese entweder zur Episode von Sozialgeschichte oder sucht eine Beziehung über überzeitliche, existentielle Wahrheiten herzustellen (in den Fällen Clarkes und Marcus' jeweils mit den schönsten Ergebnissen, die uns enormen Gewinn bringen, aber das sei erstmal egal). Das wäre sozusagen der Zugang zweiter Ordnung, nachdem das affektive Besetzen in der Jugendrevolte durch deren Zerschlagung (oder vielleicht auch durch das Eintreten in ein Alter, das das Mitmachen bei nur durch Jugendlichkeit letztbegründeten Revolten nicht mehr zuläßt) gestört wurde, setzt eine historische Reflexion ein, die die primäre Besetzung einer „fremden“ Musik/Ästhetik/Lebensform entweder in eine historische und sozial bedingte Kontinuität integriert (und durch das Erkennen dieser Bedingtheit entschärft) oder sie als sympathisierendes Einverständnis mit einer ewigen menschlichen Wahrheit kennzeichnet. Solches Vorgehen gibt die Hoffnung auf, den jeweils nächsten Schritt verstehen zu können, den der soeben noch affektiv besetzte Gegenstand macht. So versäumt man den affektiven Zugang zu den Nachfolgern des Situationismus (Punk) oder zur nächsten Stufe der schwarzen Musik (HipHop)⁵. Die neue Militanz ist dann immer gerade nicht die richtige Militanz. Es gab noch nie die richtige Militanz aus der Perspektive des Historikers, aber in jedem neuen produktiven Mißverständnis ist das alte enthalten. Die Verweigerung der (wie die Spiegelung in den) letzten weißen Zuschreibungen gehen - positiv, negativ - ein ins Signifyin(g). Einerseits erkennbar in der Präferenz der Hip-

Hop-Militanz für staatengründende Modelle von Dissidenz (Black Nation, Nation Of Islam, „Let's build a nation!“, „How we gonna make the Black Nation rise?“), gegen die die linksradikale, „revolutionäre“ Rhetorik eines HipHop-Radikalen wie KRS One die Ausnahme bildet: „Wie got to stop the violence and start the revolution. By any means necessary. Some people wanna stop the violence with a flower. We're not living like that. Some people wanna stop the violence with a banner. We're not living like that either. If negativity comes with a 22, positivity comes with a 45.“⁶ Beiden gemeinsam ist, daß die schwarzen militanten Sixties - im Gegensatz zu den weißen Sixties - weder für ein Revival noch als Kontinuität zur Verfügung stehen. Die Liquidierung der Black Panther durch das FBI war vollständig. Der später durch den Einfluß und Kontakt mit afrikanischen Befreiungsbewegungen vom Muslim-Separatisten zum linken Revolutionär gewandelte Malcolm X wird viel zitiert, aber die Orientierung an dem konservativen und zumindest der Anstiftung des Mordes an Malcolm X verdächtigen Elijah Muhammad sowie seines Nachfolgers als Führer der schwarzen Nation Of Islam überwiegt. Deren Eliteorganisation, die Fruit Of Islam, darf ihre an Admiralsuniformen erinnernde Tracht auf Covern von Public Enemy vorführen.

Einen Sonderfall stellen die 5'er dar. Von Clarence 13 X im selben Tempel der N.O.I., in dem Malcolm X tätig war, in den mittleren 60ern begründet und bis zu dessen Ermordung im Jahre 1969 geführt, waren sie eine Abspaltung der Nation, die aber anders als der späte Malcolm nicht die unmittelbare Konfrontation mit Elijah Muhammad und seinem Nachfolger Farrakhan suchte. Später immer geheimbündlerischer organisiert, sollen sie in den 70ern mit dem organisierten Verbrechen zu tun gehabt haben. Zu ihrem Vokabular gehört - wie bei der Nation - der „Devil“, in der Regel der Weiße, darüber hinaus die „Gods“ (männliche 5'er) und die „Earths“ (weibliche 5'er). Im Zuge der sogenannten „Awareness“ und „Afrocentricity“, die HipHop seit den späten 80ern bestimmt, gewannen die 5'er mit ihren, im Gegensatz zur straff organisierten, Nikotin, Drogen und Alkohol verbotenden Nation, lockeren Vorschriften immer mehr Anhänger in der HipHop-Bewegung. Zu Zeiten, wo die HipHop-Nation sich einerseits durch den kommerziellen Erfolg weißer Rapper bedroht sieht, andererseits im Zuge ihrer musikalischen Differenzierung in zu viele Spezialisierungen zu zerfallen droht, sind die deutlichen Worte der 5'er auch denen willkommen, die bislang nicht prinzipiell jede Zusammenarbeit mit Weißen abgelehnt haben. Andererseits ist die Organisationsform so locker, die Anhängerschaft so jung, daß man hier eher als bei anderen HipHop-Formen tatsächlich von einer Jugendkultur

und die 5%er-Ideologie eher als die typische, eben tribalistisch leistungsfähigste Abgrenzungsstrategie erkennen kann. Darin durchaus auch das nostalgische Zitieren von den schillernden schwarzen Radikalen der Free-Jazz-Ära oder der Tradition von Figuren wie „Ras der Mahner“ aus Ralph Ellisons „Invisible Man“. In den inspiriert geführten Debatten der HipHop-Zeitschrift *Source* stehen sich eine Fülle von Standpunkten gegenüber: mit Malcolm zu orthodoxen, linken Moslems gewordene Black Muslims, die mit dem Koran ablehnen, Weiße pauschal zu Teufeln zu erklären; 5%er, die alles nicht so verbissen sehen, 5%-Mystiker, denen die geheimlehrenhafte, numerologische, ägyptologische Seite näher steht als eine praktisch politische; 5%-Sympathisanten, die weiße HipHopper nach ihrer musikalischen Qualität beurteilen: 3rd Bass, die lange genug in der HipHop-Community aktiv waren, sind okay, der Rest sind „Devils“. Alle Beteiligten aber haben ein Lieblingswort neben „Education“: „History“. Denen, die die Geschichte der Dissidenz schreiben (Marcus, Clarke), stehen die gegenüber, die die Geschichte der Black Nation - man muß schon sagen: erfinden.⁷

Black differences

Unter Adornos zahlreichen Ausfällen gegen Jazz fällt immer wieder auf, daß er sinngemäß der schwarzen Musik vorhält⁸, in ihrer Monotonie, die nichts anderes als ein Ausdruck von Entfremdung etc. sein könne, sei sie auch noch fröhlich, genieße ihre eigene Entfremdung. Diese Rede setzt sich fort bis in die Spalten der *Frankfurter Rundschau* des Jahres 1991: „Wer bei Befreiung auf Monotonie setzt statt auf Phantasie, wer die Muster der Gesellschaft, von der man sich unterdrückt fühlt, steigert, anstatt sie zu verändern, wird entweder überhaupt nichts erreichen oder auf neue Formen der Unterdrückung hinarbeiten“, schreibt ein Michael Rieth⁹ über einen HipHop-Abend. Man lasse sich nur das „anstatt sie zu verändern“ oder auch „neue Formen der Unterdrückung“ auf der Zunge zergehen. Wir finden lustigerweise hier genau die Beschreibung dessen, was Clarke als die zentralen Elemente der sozialen Organisation ästhetischer Dissidenz beschreibt: „Steigerung der Muster der Gesellschaft.“ Wir alle wissen hingegen aus eigener Anschauung, was passiert, wenn Leute sich auf die Phantasie und ihre gesellschaftsverändernde Macht berufen, vom Festival of Fools bis zu Heller und Syberberg. Umso interessanter, daß „die Steigerung der Muster der Gesellschaft“, die natürlich keine Steigerung ist, sondern eben jene Imitation, Parodie, „dance of the intellect among words“, vertikale „signification“ über die Muster der Gesellschaft, mit denen man sein eigenes Gespaltensein auszumachen hat, eine Kontinuität kennt, die Courbets Kreis mit

„signification“ als „the niggers occupation“ verbindet. Jazz hat europäische Musiken bearbeitet oder verarbeitet wie heute HipHop neue Technologien, als eine schon fertige Maschine, mit der man etwas macht, was nicht vorgesehen ist.¹⁰ Das eigene Eigene, das man aus dem Nichts phantasievoll gesellschaftsverändernd der falschen Sklavenhalterwelt gegenüberstellt, ist ebenso eine bürgerliche Illusion von FR-Schreibern, wie es machtlos wäre, Folklore. Das „black self“ findet seine Differenz erst im Umgang mit dem schon Fertigen der weißen Kultur. Das Besondere an der Musik der schwarzen Amerikaner war schon immer gerade, daß sie Bestehendes aufgriffen, formal ziemlich intakt ließen und über kontextuelle Verschiebungen und Verzerrungen verwandelten. Oder über andere Mittel, die sich weniger „inhaltlich“ oder „formal“ beschreiben lassen als über Begriffe aus dem Spektrum der „attitudes“ (wie z.B. „cool“); sie gewannen Form im Groove, im Beat, im Gospel-Ritual und seinen säkularisierten Verwandten und in deren Gemeinsamen: Signifyin(g). Gegenüber emotional codierten Aspekten der Melodie wird die von europäischen Ohren als Gleichgültigkeit, Gedudel empfundene Coolness bewahrt, in winzige rhythmische Verschiebungen wird der ganze Einsatz investiert. Von der Polka- oder Blaskapelle bis zum wohltemperierten Klavier, von Hindemith bis zum Sampling-Computer sind die Erzeugnisse europäischer „Phantasie“ für die schwarze Musik große gesellschafts- oder staatsanaloge Maschinen, mit denen man am besten umgeht, wenn man ihre Wichtigkeitsindikatoren und ihre hierarchische Bauweise oder Bedienungsanleitung unbeachtet, aber (und also) ganz läßt, und statt dessen eine Steckdose findet, mit der man sie an den Groove anknoppeln kann. Wie das Verhältnis von Jazz zu europäischer Musik, der des Signifyin(g) zum Signifikaten der weißen Gesellschaft entspricht, hat Gates anhand von Coltranes „My Favorite Things“ gezeigt.¹¹ An diesem Beispiel, Coltranes Improvisation über einen, im Original von Julie Andrews gesungenen Musical-Song¹², läßt sich auch zeigen, wie der Aspekt der Relativierung, des schmunzelnden Einverständnisses, ja des Humorigen überhaupt, das für uns zu Nachäffen, Parodie und Ironie gehört, mit Signifyin(g) nichts zu tun haben muß, eher mit der der Jazz-Improvisation besonders in ihrer modalen Phase, unmittelbar vor Free Jazz, eigenen „propensity to talk around a subject, never coming to the point“, wie Gates Robert D. Abrahams, Signifyin(g) definierend, zitiert.¹³ Gerade bei Coltrane, der häufig besonders abgeschmackte Schlager aufgriff, liegt es den meisten Zuhörern fern, belustigt zu sein oder Humor zu entdecken. Noch verwirrender sind für viele die Kinderlied- und Zirkusmelodien, die ein radikalerer und brutalerer Saxophonist, Albert Ayler, um die-

selbe Zeit aufgriff, ohne jede denunziatorische Absicht. „Improvisation is the play of black differences“, zitiert wiederum Gates Kimberley W. Bentson¹⁴. Black differences unterscheiden sich von den weißen darin, daß sie sich nicht auflösen wollen, nicht in etwas neuem aufgehoben, sie finden sich eben in der Differenz zum schon Vorhandenen, im Dehnen und Zusammenschnurren lassen dieser Differenzen. Daher kann ein Ergebnis der Parodie, Imitation oder Coverversion, wie bei uns, gegen oder für die Vorlage, nie das letzte Wort haben.

Signifyin(g) Noise

Es liegt eine neue Situation vor, wenn heute 1) Signifyin(g) nicht mehr sozusagen zwischen den Zeilen des Textes stattfindet oder nur im musikalischen Umgang (Improvisation z.B.) mit vorgegebenen Formen, sondern im Mittelpunkt der aktuellen schwarzen Kultur steht, nämlich beim HipHop; 2) der Sampling Computer nicht nur erlaubt, die gesamte vorhandene Musik kalt abzurufen und umzubauen, was ein zu sich selbst Kommen der schwarzen Musik und ihrer Methoden in einer neuen Maschine entspräche; und 3) die aus dem Signifyin(g) hervorgegangenen rhetorischen Figuren in der Rede zeitgenössischer Militanz den Status von Argumenten erhalten. Wenn also die Oral Culture¹⁵, die sich Orality im Bündnis mit post-schriftlicher Technologie (elektrischen Gitarren, Sampling Computer) erhalten konnte, auf der HipHop, wenn nicht, wie Sidran meint¹⁶, die gesamte schwarze Musik aufbaut, ihre Tropen dahin transferiert, wo in Amerika und Europa normalerweise Argumente zuhause sind, auf ein Blatt Papier, in die Schrift. Louis B. Farrakhan pflegte seine Zuhörer, nachdem er sie mit dem Muslim-Gruß „As Salaam-Alaikum“ begrüßte, darüber aufzuklären, warum die geläufigen Grüße in den USA für African Americans nichts taugen können.¹⁷ „Hello?“, nun die Hölle (Hell) sei immer schon low gewesen, „Hi?“, African Americans seien lange genug auf die falsche Weise „high“ gewesen etc. Jalal Nuriddin, Dichter und mit den Last Poets Vorläufer der heutigen Rap-Künstler, interpretiert die Inschriften der amerikanischen Geldscheine, indem er aus den lateinischen Wörtern neue Bedeutungen herauslöst¹⁸, beurteilt die Kraft der Kunst, indem er herausfindet, daß „art is the rootword of heart. He Art.“ Und: „Wenn ich sage: Costa Rica - bedeutet das: Küste der Reichen. Wenn ich sage: Puerto Rico - bedeutet das: Hafen der Reichen. Wenn ich sage: Ame Rica - bedeutet das: Die Herrschenden Reichen.“¹⁹ Professor Griff, gefeuerter Public Enemy-Informationsminister, spricht von der *library* als dem Platz, *where they bury the lies* und fand es klar, daß die „Juden den Juwelenhandel kontrollieren“, schließlich komme jewelry von jew.²⁰

So hört es sich an, wenn Signifyin(g) aus seiner Funktion in Alltags-talk, Poetry, Musik herausgenommen wird, wenn es statt eine Differenz zu konstituieren, vereinigen, zusammenschließen soll (wenn auch im Namen eines Separatismus), wenn es in die US-Medien-Demokratie fällt, seine „kritische“ oder distanzierende Funktion aufgibt und plötzlich sich mit einem argumentativen schriftlichen Diskurs mischt: wenn auf Signifyin(g) Staaten gegründet und Gesetze geschrieben werden sollen. Von Jalal Naruddin gibt es mittlerweile Manifeste, die komplizierte Argumentationsketten auf der Logik von Signifyin(g)-Witzen aufbauen. Er nennt seine Methode Spoke-o-Graphics (und spricht damit auch einen anderen gerne betonten Aspekt des signs aus dem Signifyin(g) an, der diesem im verschriftlichten Signifyin(g) zustößt: den visuellen. Die Schwärze des Buchstabens auf dem weißen Papier, seine Positivität). Farrakhan benutzte vor allem noch als schmückendes Beiwerk, Rhetorik eben, was bei militanten oder Consciousness-Rappern wie Professor X oder Pure Righteous Teachers²¹, erst recht bei ihrem Publikum die Argumentation regelt. Gleichzeitig benutzen HipHop-Musiker, die die begleitende Musik zu solchen Argumenten herstellen, eine Maschine, die nicht nur über alle Töne so gebietet wie die Sprache über ihre Zeichen: Seit Sampling wird Musik nicht mehr gespielt, sondern abgerufen. Doch HipHop-Sampling legt, im Gegensatz zum sauberen Drum-Sampling in immer mehr Mainstream-Rock-Produktionen, besonderen Wert auf Nebengeräusche, auf Noise, sowohl im fast futuristischen/avantgardistischen Sinne von Public Enemy („Bring the Noise!“), vor allem aber auch als Zeichen von Geschichte: das Rauschen gesampelter, alter Platten, Reden schwarzer Führer, Filmdialoge aus Blackploitation-Filmen, natürlich Scratches und Tape-Rewinds oder einfach als klassische Grooves: Geschichte schwarzer Musik. Aus der schwarzen Musikgeschichte wählt das Sampling – auch technisch bedingt – allerdings mit Vorliebe die Breaks und Intros, nie die Teile, die Melodien, Themen und Motive konstituiert haben (die Speicherkapazität bei den geläufigen Modellen ist dafür auch noch nicht groß genug). Statt also sich zu beziehen auf die schwarze Verfahrensweise, mit Genres als fertigen Modellen und Maschinen umzugehen, bezieht sich der Sampler auf die dabei abgefallenen Nebengeräusche als das sozusagen endlich entdeckte, ansteuerbare immer schon Eigene am Signifyin(g), das parallel dazu den Status erhält, selbständig Argumente zu tragen.²²

Weißer HipHop-Fans sind vielleicht die erste Jugendkultur, die sich *nicht identifizieren*, sondern sich damit identifizieren, daß sie sich nicht identifizieren.²³ Bleiben Fragen: Inwieweit ist ein solches Denken der Differenz ein Denken auch der Segre-

gation? Und inwieweit reicht es hier darauf hinzuweisen, daß das genau das ist, was weiße Jugendkultur und Bohème von schwarzer Kultur immer wieder lernen konnte und gelernt hat, Strategien der Separation? Wie weit das noch gilt, wenn der Separatismus²⁴ das Gesicht einer rigiden, frauenfeindlichen, teilweise faschistoiden, teilweise antisemitischen Organisation wie der Nation Of Islam erhält? Wie weit das und andererseits auch der adaptierte Separatismus weißer Jugendkultur zuweilen wie eine Parodie sich anfühlt, aber keine coole, kontrollierte, wie die des Signifyin(g), Parodie auf das, was die Kräfte, die die Weltwirtschaftsordnung tragen, ohnehin global durchsetzen: Segregation, Entsolidarisierung und Unübersichtlichkeit von Zusammenhängen, die nicht mehr als verbrecherisch erkennbar sein sollen? Und wie insofern nicht die andere Tendenz, die Pakete des Mißverständnis, möglicherweise wertvoller sind?

Diedrich Diederichsen

Der vorliegende Artikel ist eine von der Redaktion gekürzte und vom Verfasser überarbeitete und autorisierte Fassung eines Aufsatzes, der in der Zeitschrift SYMPTOME (Nr. 7 und 8/1991) erschien.

- Greil Marcus: Social History als Schatten, in: Texte zur Kunst, Nr. 2, Köln 1991, S. 55-63 (deutsche Fassung des Grazer Vortrags).
- Ebd., S. 62
- Henry Louis Gates jr.: Figures in Black Words, Signs and the „Racial“ Self, New York 1987, S. 115.
- Timothy J. Clarke: Images of the People - Gustave Courbet and the 1848 Revolution, London 1973, S. 9-20; sowie ders.: „On The Social History of Art“ wiedergelesen, in: Texte zur Kunst, Nr. 2, Köln 1991. Darin auch die deutsche Fassung des ersten Kapitels von „Images ...“: Zur Sozialgeschichte der Kunst.
- Clarke hatte dennoch beträchtlichen Anteil an einer wichtigen Facette der britischen Punk-Bewegung. Als er in Leeds lehrte, war er Professor u.a. von Green Garthside (Scritti Politti), sowie der späteren Mitglieder der Mekons, Gang Of Four und Three Johns.
- Boogie Down Productions, Kenny Parker Intro, auf Live Hardcore Worldwide, 1991.
- Vgl. dazu: Malcolm X: The Last Speeches, New York 1990 (hrsg. Betty Shabazz). Aber auch: Greil Marcus: Lipstick Traces on a Cigarette - A Secret History of the 20th Century, Cambridge 1989. Marcus hat die Problematik, von der ich rede, durchaus erkannt und in diesem Buch berücksichtigt, indem er vermieden hat, eine Geschichte des Scheiterns (von Dissidenzbewegungen) zu schreiben, sondern die Perspektive des Wiederauftauchens bestimmter Motive in den Vordergrund stellt, mit der Gefahr der Mythologisierung. Die Orientierung vieler HipHop-Musiker an der N.O.I. und den 5%ers hat unterschiedliche Ausmaße: von Glaube bis Orientierung („I'm interested in the situation, that's why I'm down with the Nation“, Gang Starr). Lakim Shabazz z.B., noch vor zwei Jahren dogmatisch-strenger 5%er, hat nach diversen Reisen eine ähnliche Wandlung durchgemacht wie Malcolm X: ob einer ein „Devil“ sei, habe nichts mit der Hautfarbe zu tun, heißt es auf seiner neuen LP „The Lost Tribe Of Shabazz“. Die Differenzen werden aber nicht ausgetragen, sondern interessanterweise als Differenzen bejaht und respektiert (vgl. „Respect“). - Die Bezeichnung 5%er verdankt sich der Einschätzung, 85% wissen nichts, 10% wissen, aber nutzen ihr Wissen um zu herrschen, 5% wissen und handeln im richtigen Sinne, sie sind die Poor Righteous Teachers, eine Formel, die sich eine der wichtigsten neuen 5%-Bands als Bandnamen ausgesucht hat.
- Anregend kommentiert in Robert Schurz: Ethik nach Adorno, Frankfurt/M. 1985 oder in Jacques

Attali: Noise, New York 1987 (frz. Fassung: Paris 1976).

- Michael Rieth: „Ambitious Lovers“ und sehr viel Unambitioniertes, *Frankfurter Rundschau*, 16.3.1991.
- Vgl. Diedrich Diederichsen: Jazz - Die instinktiven Reisen der Leute und der Pfad des Rhythmus, in: *SPEX* 1/91.
- Gates, a.a.O., S. 243
- John Coltrane: My Favorite Things, u.a. auf der gleichnamigen LP 1960, auf Live At The Village Vanguard Again, 1965, auf Coltrane & Dolphy (auch unter anderen Namen erschienen), 1962.
- Gates, a.a.O., S. 239
- Henry Louis Gates jr.: The Signifying Monkey - A Theory of African-American Literary Criticism, New York 1988.
- Walter Ong ahnte Hardcore Rap und seine anfängliche Ablehnung durch die Rock-Kultur (Frank Z. 1988 in *SPEX* über Public Enemy: Ich mag keine Schwarzen, die wie Goebbels reden) schon 1982, als er schrieb: „Viele, wenn nicht alle oralen oder restbeständige oralen Kulturen erscheinen literarisiert als außerordentlich kämpferisch in ihren verbalen Äußerungen und in ihrem Lebensstil. Die Schrift befördert eine Art von Abstraktion, welche das Wissen über den alltäglichen Lebenskampf von den Menschen loslöst, den Wissenden vom Wissen trennt. Oralität dagegen fügt das Wissen, indem sie es in die menschliche Lebenswelt einbettet, in einen Kontext des Kampfes.“
- Ben Sidran: Black Talk - Schwarze Musik - die andere Kultur im weißen Amerika, Hofheim 1985
- Speeches by Minister Louis Farrakhan, national representative of The Honourable Elijah Muhammad, *Newport News*, Va., o.J., S. 109ff.
- Jalal Nuriddin: E Pluribus Unum, in: *The Last Poets. Vibes From The Scribes*, London 1985
- Dirk Scheuring: Interview mit Jalal/Last Poets, *SPEX*, 7/89
- Zur Public Enemy-Antisemitismus-Professor-Griff-Problematik: Günther Jacob: Der Marsch der Millionen auf die Metropolen, *SPEX*, 6/90
- Professor X: Years Of The 9, 1991; X-Clan: To The East Blackwards, 1990; Pure Righteous Teachers, Holy Intellect, 1990.
- Interessanterweise korrespondiert Sampling mittels neuerdings auch höheren Speicherkapazitäten mit der pro-familiären Haltung des HipHop. In Zeiten der vor allem in schwarzen Unterschichtsfamilien schon fast zur Regel gewordenen Unvollständigkeit der Familien, wird von Spike Lee bis zu John Singleton vor allem auch unter den neuen schwarzen Filmemachern der traditionellen Familie, insbesondere ihrer patriarchalen Struktur das Wort geredet (heftig angegriffen von Michele Wallace in ihrer sehr lesenswerten schwarz feministischen Essay-Sammlung *Invisibility Blues*, London und New York 1990). Größere Speicherkapazitäten eröffneten aber die seitdem auch häufig genutzte Möglichkeit Jazz zu sammeln. Was plötzlich das schwarze Archiv in den Mittelpunkt von HipHop-Interviews beförderte: Vaters Plattensammlung (Wer keinen Vater hat, hat keinen Jazz, keine Roots, kein Archiv).
- Das hat die andere Seite, die Nam June Paik schon früh ansprach, wenn er bemerkte, daß die USA die Welt nicht mittels ihrer Raketen, sondern über imperialistische Exporte der Rhythmen ihrer daheim nicht zur Macht zugelassenen Schwarzen beherrschten. Und die sich heute zeigt, wenn ein kompletter Kino-Werbeblock, von Langnese über Nike bis Wertkauf, sich ausschließlich schwarzer Grooves, schwarzer Mode und schwarzen Lebensstils, bis hin zu romantisierten Ghetto- und Gangster-Szenen bedient. Solch Zynismus hat natürlich auch zur Voraussetzung, daß man das Andere nicht einmal mißverstehet.
- Zum Konflikt zwischen Separatismus und Integrationismus, Marcus Garvey versus NAACP, Malcolm X/Black Muslims versus Martin Luther King, Farrakhan versus Jesse Jackson, vgl. Nelson Georges Darstellung des Ur-Konflikts zwischen Booker T. Washington und W.E.B. duBois und seiner Auswirkung auf Schwarze Musik und Entertainment-Branche, in: Nelson George: *The Death of Rhythm n' Blues*, New York 1988, S. 3-11.

The Disposable Heroes of HipHoprisy



1988 waren die BeatNigs so etwas wie der Traum des politischen Musikjournalismus. Crossover, von Punk, Rap, Hardcore bis zu Industrial, politisch, 'engagierte' Texte, eine im weitesten Sinne collagierte Musik, theatralisch mit gelegentlichem Pathos. Nicht von ungefähr wurden sie von Diedrich Diederichsen mit Laibach verglichen; sinnfällig dabei die Parallelen bei der Wahl der Bandnamen. Wenn man aus dem slowenischen Ljubljana kommend sich Laibach nennt - so hieß die Stadt unter faschistischer Besatzung - bedeutet dies eine ähnlich drastische Provokation, wie sich als multi-ethnische Band BeatNigs (Beat the Nigger) zu nennen. Mit ihrem Gespür für Symbole und einsetzbare Mittel rollten die BeatNigs den kulturellen Mainstream von den Rändern her auf, verstanden es „mit der komplizierten Mehrschichtigkeit

diskus: Eine Frage zu den BeatNigs - was war der Grund für ihre Auflösung?

Michael: Na ja, wir wissen eigentlich nicht, was der Grund war (lacht). Wir waren's nicht, die gebrochen haben, wir wollten, daß es weitergeht mit der Band. Wir waren gerade dabei, einen Plattendeal mit EFA vorzubereiten und die anderen zwei Jungs in der Gruppe wollten eben Geld sehen, bevor sie ins Studio gehen. Du kennst das ja: Cash auf die Hand, bevor wir einen Ton aufnehmen. Und es gab eben kaum jemand, der soviel Geld geboten hätte für eine african-industrial-improvisational-Jazz-Gruppe. Na ja, und dann stand eben in der Zeitung, daß es da diese Gruppe namens UAF gebe, die aus Ex-Mitgliedern der BeatNigs bestehe, und das war das erste Mal, daß wir hörten, daß die Band auseinander sei. Wir bedauern das, aber es gab immer einen Bruch in der Band, weil Rono und ich immer HipHop machen wollten, weil das eben die Musik ist, die wir auch hören und die anderen wollten was anderes ...

diskus: Wir fragen deshalb, weil wir den Eindruck haben, daß sich das musikalische Konzept ziemlich verändert hat. Es gibt z.B., anders als bei den BeatNigs, kaum Einflüsse aus dem Industrial- oder Hardcore-Bereich ...

Michael: Die BeatNigs haben als Theatergruppe angefangen - das war keine Band. Ich habe Stücke geschrieben, Kurzgeschichten, Gedichte, und bei der ersten BeatNigs-Show waren wir nur zu zweit, ich und Kevin, der Drummer - nur Schlagzeug und Stim-

keit des ‚Race & Class-Zusammenhangs‘ umzugehen“ (Günther Jacob). Ihr bekanntester Song war „Television, the Drug of the Nation“, textlich nicht umwerfend, doch die Art des Vortrags von Zeilen wie „One Nation under God has turned into One Nation under the influence of one drug. Television ...“ (in ziemlich veränderter Fassung auch auf der neuen Platte von The Disposable Heroes of HipHoprisy), verdichtete in einem sowohl ein Phänomen als auch ritualisierte Kritik an ihm und gestattete dennoch unmittelbare Evidenz.

Nach dem Split der BeatNigs dauerte es eine Weile, bis man von einer Nachfolgeband etwas hörte. BeatNigs Gründungsmitglied Michael Franti bildet nun zusammen mit Rono Tse (von der Flex bis zum Sampler alles bedienend, was Krach macht) The Disposable Heroes of HipHoprisy. Mit ihrer neuen Band vollzogen sie den Wechsel von Jello Biafras Alternative Tentacles Label zum Major Island/Ariola. Live mit dabei der Drummer Simon White und der Gitarrist und Bassist Charlie Hunter (mit seiner 7-saitigen Gitarre, dem Jazz-Schönklang verpflichtet). Für den Sound und die Produktion der Platte ist im wesentlichen Mark Pistel verantwortlich.

Ausgangspunkt für uns war zunächst die Frage, was aus der einstigen Identifikationsmaschine BeatNigs geworden ist, deren Qualität ja nicht im Aufsaugen differenter Einflüsse, sondern in der seltsamsten Zusammenarbeit vielsprachiger Mitglieder sich ergab. Konzentration oder weiter Dissemination? Majorisierung oder Konsolidierung unabhängiger Strukturen?

me, und ich habe noch getanzt. Dann fingen wir an zu kombinieren ... andere Leute kamen dazu ... Rono war dabei, Andrew, ein Keyboarder, aber keiner von uns konnte die Instrumente am Anfang bedienen. Wir mußten erstmal lernen, wie man spielt. Keiner von uns war je bei einem Punkkonzert, bevor wir unsere erste Show aufführten - unsere erste Punkshow. Wir waren gerade mal in einigen Undergroundclubs, weil Kevin und Andrew da gearbeitet haben. Bei den BeatNigs hatten wir nichtmal Geld, um uns Instrumente kaufen zu können, und, verstehst Du, seit wir das neue Equipment haben, den Sampler und all das, das verändert die Art, wie Du Musik machst.

diskus: Eine Frage zu den neuen Songs. Wenn man sich die Texte der neuen Platte ansieht, gewinnt man den Eindruck, daß die Texte zuerst entstehen und darauf aufbauend der ganze Song ...

Michael: Es geschieht gleichzeitig, wir arbeiten auch immer an der Musik. Verstehst Du, wir machen das den ganzen Tag ... wir haben unser Studio bei Ron zuhause, und da fangen wir um 10 Uhr morgens an und arbeiten bis ... also den ganzen Tag, immer. Ich schreibe immer Texte (lyrics) ... ich schreibe Texte in der Band ... ich schreibe Texte, wenn ich mit dem Auto fahre. Ich schreibe Texte, wenn ich hier sitze ... zu jeder Zeit ... das ist es, worüber ich nachdenke, ich schreibe Texte.

diskus: Aber Ihr improvisiert nicht, Ihr schreibt die Texte vorher auf ...

Michael: nee, beides ... Ich meine, Rono und ich geh'n die Straße runter und wir rappen die ganze Zeit ... you know:

He over there, sittin' in the chair
look at him with his light brown hair
and he got nice teeth with a great big smile,
after a while we'll go outside - to the sun
and look at the window over there,
jump on the street 'n up over there
go inside, out to a party -
it doesn't matter, we like to live harder.

(Applaus) Ich meine, das bin ich auf der Straße, das ist practising (nicht das dt. Üben). Aber, um die Frage zu beantworten, wenn ich eine Idee im Kopf habe und das, was ich sagen will, dann schreibe ich einen Song zu dieser Idee, ungefähr so: hier ist der Punkt, wo ich hinwill, und hier sind die Sachen, um ihn aufzubauen. Aber für einen Free-Style-Fluß, das ist was anderes, das ist cool zum improvisieren.

Rono: ... es hält dich am Laufen ...

Michael: ... ja es läuft einfach besser, es ist practise.

Im Konzert hörte sich das anders an. Selbst das Antriggern der Samples verlief im starren Timing des DAT-Recorders, der die Studiotracks von der Platte zuspilte. Bisweilen wurden die Songs sogar von Diaeinblendungen begleitet, die die zentralen Textpassagen verdoppelten. Für Improvisationen war relativ wenig Platz. Dafür gab es zwischen den Stücken nochmals ausführliche Erklärungen, worum es nun geht, das statement stand eindeutig im Vordergrund. Eine kleine Kontroverse ergab sich, als Michael darauf hinwies, daß die meisten Todesopfer der Riots in Kalifornien auf das Konto der Polizei und der Nationalgarde gehen, was einen Zwischenruf provozierte: „That's no true“, darauf Michael: „No, that's true brother.“

diskus: Übernimmt Rap z.T. die Funktion einer Zeitung, es gab hier Berichte über Radiostationen, die so funktionieren ...

Michael: Verstehst Du, eine Menge Leute rappen über das, was auf der Straße passiert, sie sprechen über die Realität ihrer Umgebung, das ist es, was die tun. Was ich versuche, ist eine Perspektive aufzubauen, warum die Dinge sind, wie sie sind, anstatt sowas zu sagen wie: Jemand rennt die Straße runter und schießt auf irgendwen' und dieses ganze Zeug. Ich versuche, so etwas zu sagen wie: Warum erschießen Leute sich gegenseitig? Warum sind die Leute so? Und dann versuche ich eine Perspektive aufzubauen. Vielleicht hat es damit zu tun, daß es soviel Gewalt im Fernsehen gibt. Vielleicht hat es mit der ökonomischen Situation zu tun, die die Leute dazu bringt, verzweifelte Dinge zu tun, nur um zu überleben.

Dazu muß man wissen, daß Michael Franti, von weißen Eltern adoptiert, in einem typischen Mittelklasseviertel (Berkeley, wo er heute noch mit Familie wohnt) mit bürgerlichem

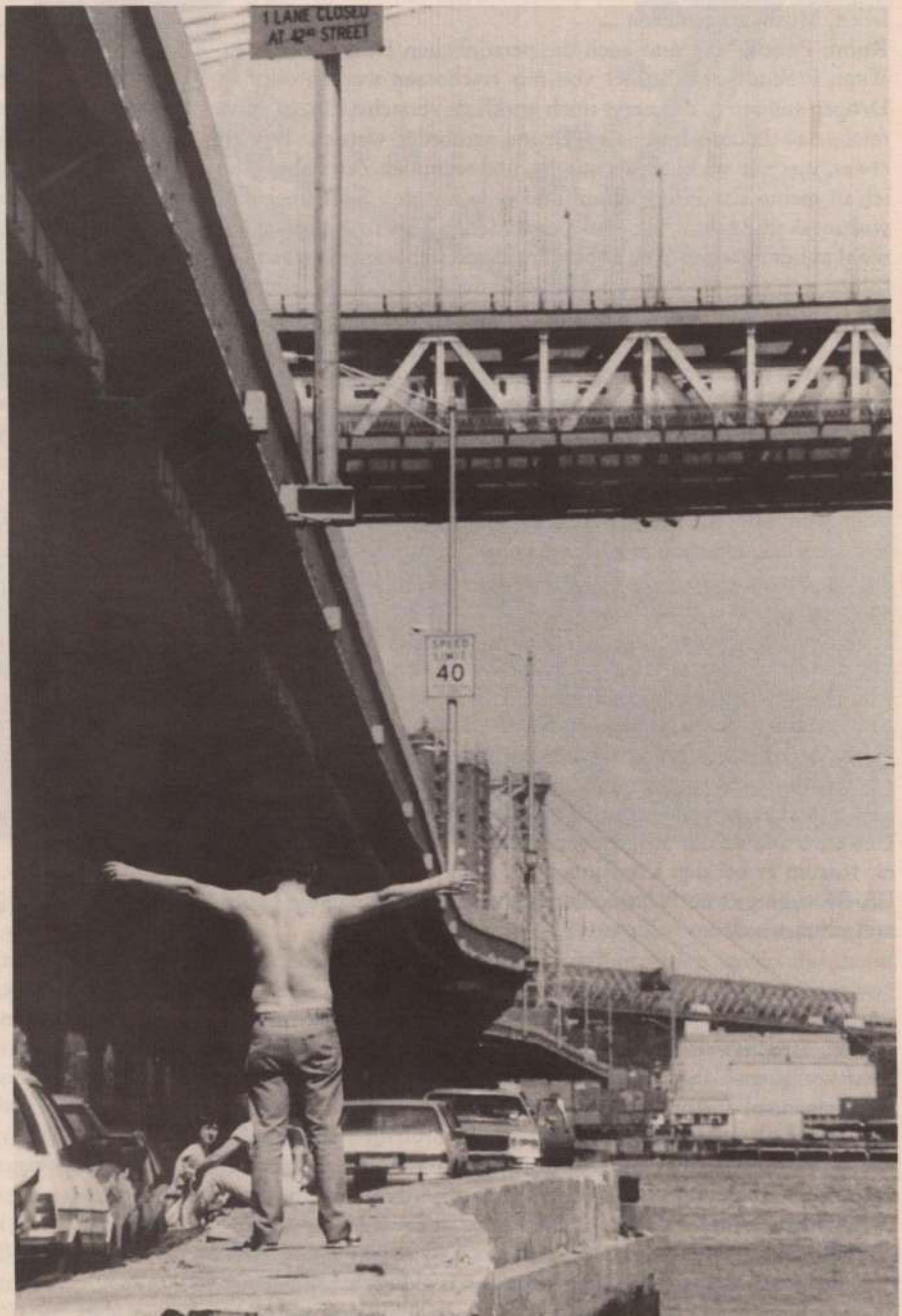
Bildungshintergrund aufgewachsen ist. Für uns klingt er bisweilen mehr wie ein typischer Protestsänger, manchmal gar wie Lou Reed oder Zappa, als wie ein Rapper. Rono Tse bezeichnet sich dagegen als typisches Ghetto-Kid, der in einer Gang war und allen möglichen Scheiß angestellt hat.

diskus: Inwieweit wart Ihr in die jüngsten Auseinandersetzungen involviert, wie steht Ihr dazu?

Rono: Wir haben nichts zerschlagen. Was LA angeht, so haben wir gerade zu der Zeit angefangen zu touren. Wir hatten die Gelegenheit, bei einem March durch San José mitzumachen ... es gab diesen March, der gerade vorbeikam, als wir unseren Soundcheck machten. Wir rannten also raus und schrien YEEAH ...

Michael: Wir spielten zu dieser großen Rally in Washington, D.C., wo 150.000 Leute protestierten ... es gab viele Redner, Jesse Jackson sprach u.a. Und das ganze nannte sich „Save our city, save our children!“. Es war ein Appell, Geld vom Militär in städtische Programme umzuleiten: Arbeitsplätze, Schulen, Gesundheitswesen, Wohnungsbau. Wir sind in einer Menge politischer Organisationen involviert, die Druck auf Behörden ausüben, außerdem

Foto: Jan Erik Posth - New York 1987



arbeiten wir in dieser Gruppe namens 'Rock the vote', die junge Leute dazu ermutigt, zum Wählen zu gehen. Die Hauptgruppen, die in San Francisco den Protest, Demos und sowas organisieren, könnte man 'roots against the war' nennen. Während des Golfkrieges sind Charlie, der Gitarrist, und ich als Duo bei den ganzen Rallies aufgetreten, und wir sind mitmarschiert usw. Die Situation heute ist eine ganz andere, weil ... das letzte Mal, als wir in San Francisco aufgetreten sind, war gerade Ausgangssperre, die Leute durften die Häuser nicht verlassen. Trotzdem haben wir gespielt. Es waren aber nicht sehr viele Leute da, vielleicht halb voll, normalerweise ist es ausverkauft. Aber die, die da waren, waren alles Leute, die auch in die Kämpfe in San Francisco immer verwickelt sind, es war eine große Szene.

diskus: Wie würdet Ihr euer eigenes politisches Konzept beschreiben, gibt es eines?

Michael: Ich bin in keiner politischen Partei. Das richtet sich nicht gegen politische Parteien, aber in Amerika gibt es einfach keine politische Partei, die zu dem paßt, was ich als den richtigen Weg empfinde, den Amerika einschlagen sollte. Politik ist etwas, das man benutzt, um die Ausdrucksfreiheit zu sichern, und Teil deiner Ausdrucksfreiheit ist es, zu lieben, für deine Familie zu sorgen, in der Gesellschaft für Krankenversicherung und Bildung ... einfach leben, Musik zu genießen ...

Rono: Politik, das sind auch die persönlichen Dinge im Leben. Wenn Freunde und Brüder von mir erschossen werden oder an Drogen sterben ... das nervt mich wirklich, verstehst Du, es nervt mich, daß Leute ohne jeden Grund ermordet werden. Das ist etwas, was mir wirklich wichtig ist, und wenn ich Zeit habe, gehe ich in meine alte High-School und rede mit den Kids über das, worum es mir geht ... ich denke eine Menge Kids in Amerika und wohl auf der ganzen Welt haben Probleme sich auszudrücken, sie fühlen sich abgeschoben, an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Als ich klein war, war ich ein ziemliches bad Kid, ich war in einer Gang, und heute versuche ich zu verstehen, warum ich gerade diesen Weg genommen habe ... ich meine, die Erziehung war nicht gut, es gab keinen Ort sich auszudrücken ... also gingen wir raus und zogen den Pizza-Mann auf, nahmen Drogen, waren high.

Michael: Ich bin jemand, der an massive Sozialausgaben glaubt ... daran glaube ich, und ich denke, die Leute würden sich nicht bei jeder Wahl über die Höhe der Steuern aufregen, wenn sie irgendwas zurückbekämen, es würde sie nicht kümmern, wieviel Steuern sie bezahlen. Also: ich bin jemand, der an massive Sozialausgaben glaubt - für die Gemeinschaft ... und ich glaube nicht an Ausgaben fürs Militär, weil das Letztziel jeden Militärs der Tod ist und Letztziel von Sozialausgaben ist das Leben. Eine Sache, die jetzt passiert, ist, daß das Ende des Kalten Krieges, den wir alle für einen Haufen Bullshit hielten, für die Leute in Amerika zum ersten Mal Platz schafft, überhaupt zu diskutieren, daß wir die Leute in unserem eigenen Land mißachtet haben, um die Reichen an der Macht zu halten, indem wir unser Geld für Bomben und Gewehre und all das ausgegeben haben. Und ich denke, das war es, worum es bei den LA-Riots ging. Nicht direkt, aber bei den LA-Riots ging es um Verzweiflung an der Tatsache, daß die Leute mißachtet wurden.

ein erheblicher Rückschritt.) Dennoch sollte man hier nicht vorschnell urteilen, denn diese Äußerungen lassen sich wohl auch als wenig tröstliches Indiz dafür lesen, wie wenig Radikalität das politische System in den USA zur Zeit noch zuläßt. HipHop ist dabei, wie es Günther Jacob jüngst anläßlich der Riots in der *SPEX* dargestellt hat, in Ermangelung einer wirksamen schwarzen Opposition in die Rolle des Vorreiters und -denkers gerückt. Der Radical Chic von Public Enemys 'Fight the Power' schlug in den Händen von „Verschwörungstheoretikern, religiösen und nationalen Eiferern, Rassisten, Drogendealern, Zuhältern“ um in eine Art „Gameshowattitüde“ beim Plündern koreanischer Läden. Für den Mangel an politischer und intellektueller Organisation kann man allerdings die HipHop-Bewegung zuallerletzt verantwortlich machen. Hier muß man den Disposable Heroes of HipHoprisy ihre besonderen Stärken attestieren. Im Titelstück der LP „Hypocrisy is the greatest Luxury“ oder im Stück „Famous and Dandy (like Amos 'n Andy)“ (Amos und Andy waren in den 60er Jahren die Titelhelden einer rassistischen Radioshow, die zur Ergötzung des Publikums immer wieder die Prototypen des bauernschlau und des dumm dreisten Schwarzen vorführten. Die Sendung wurde auf Grund von Bürgerrechtsprotesten abgesetzt.) kritisieren sie das Posing der HipHop-Acts wie Ice-T oder Public Enemy, deren Gangster- oder Terroristenattitüden so erfolgreich sind, weil sie weiße Klischees über Schwarze bedienen.

Wir befragten die HipHoprisys zum Schluß des Gesprächs nach ihrer Einschätzung von multikulturellen Konzepten.

Michael: Ich denke, wenn Du darüber sprichst, wie es in Amerika aussieht, was Multikulturalismus dort bedeutet, mußt Du verstehen, daß die Situation in Amerika so aussieht, daß Du eine Regierung hast, die hauptsächlich eine weiße Regierung ist ... im Weißen Haus ... und das Land in dem wir leben, besteht mehr und mehr aus Minderheiten. Bis 2050, sagen sie, machen die Weißen in Amerika nicht mal mehr 30 Prozent der Bevölkerung aus, und wenn Du eine multikulturelle Gesellschaft willst, dann mußt Du auch eine multikulturelle Demokratie haben, die die individuellen Recht, und die Rechte kultureller Gruppen mit einbezieht, unabhängig zu existieren und die so auch die Interdependenz zwischen den Gruppen gewährleistet.

Wir erkennen sehr wohl die Bedeutung jenes Nationalismus, der sagt: um schwarz zu sei, mußt du an diese ganz bestimmten Sachen glauben und in einer ganz bestimmten Weise handeln usw. Daher kommt es, daß Jugendliche versuchen, nach dem 'national way' zu leben, daß sie versuchen, als Schwarze zu leben und an dieses ganze Zeug zu glauben, anstatt zu sagen, ich bin wer ich bin, und ich glaube dies und jenes, und das bringe ich in die Kultur ein. Dann hast Du nämlich eine starke Kultur, denn eine Kultur, die sich von Individuen herleitet, muß nicht mit dem Finger auf andere Gruppen zeigen, um zu sagen, daß sie ok ist.

Das Interview führten Cornelius Tauber und Stefan Abt

Interessant ist vor allem, daß beim Stichwort Politik von der eigenen Arbeitsweise überhaupt nicht die Rede ist. Und die besteht vor allem darin, ihre Texte mit den neuesten vermischten Meldungen vollzustopfen, von der Umweltverschmutzung bis zur Ölpreispolitik der OPEC, alles abgefedert durch die richtige subjektive Perspektive (in den USA nennt man das political correct), unterlegt mit mehr oder weniger standardisiertem HipHop, dazwischen auch mal eine Nummer im Stil Gil Scott Herons, gelegentlich auch mal eine Spur Jazz (Miles Davis Trompete), aber alles eher konventionell. (In der Reduktion und Beschränkung auf die erprobte und tanzbare Form zeigt sich gegenüber den BeatNigs

Befreiung zur Weiblichkeit?

Der Begriff der „Differenz“ spielt derzeit sowohl in der Diskussion um Rassismus als auch in der feministischen Theorie und Politik eine Schlüsselrolle. Die VerfechterInnen der Differenz gehen von der Annahme aus, daß Rassismus wie Sexismus von einem „Haß auf Differenz“ motiviert seien, der zur Verleugnung, Ausschließung und letztlich zur Vernichtung des/der „Anderen“ führe. Demgegenüber gelte es, die „sexuellen und kulturellen Differenzen“ in ihrer sozialen Faktizität anzuerkennen, um den Raum für eine veränderte Gesellschaft zu eröffnen, „in der man ohne Angst verschieden sein kann“ (Adorno). Das Problem mit der multikulturalistischen bzw. feministischen „Ethik der Differenz“ ist allerdings, daß sie an der Konstruktion und Fixierung von Kollektividentitäten mitarbeitet: Da sie die Differenz zwischen der „eigenen“ und den „fremden Kulturen“ sowie zwischen der „weiblichen“ und der „männlichen Identität“ ständig neu herausstellt, läuft sie Gefahr, den sexistischen und rassistischen Partikularismus abzustützen. Sie verschleiert, daß es sich bei diesen Differenzen um Verhältnisse von Dominanz und Unterordnung handelt, um Herrschaftsverhältnisse, die auf den Ebenen des Ökonomischen, Politischen und Ideologischen unterschiedliche Formen annehmen. Wenn Feministinnen die gesellschaftliche „Anerkennung der sexuellen Differenz“ einfordern, welche Differenz meinen sie? Inwiefern hat die altbekannte konservative Warnung vor der „Vermännlichung“ der Frau ihre Entsprechung auf seiten des Feminismus in der offensiven Aufwertung „weiblichen Andersseins“?



Gleichheit oder Differenz?

Antifeministen haben schon immer vorzugsweise das feministische Gleichheitspostulat angegriffen und es war ihnen meist ein Leichtes, den Anspruch auf Gleichheit der Geschlechter zurückzuweisen, hatten und haben sie doch die sensualistische Evidenz der Unterschiede auf ihrer Seite, gegen die die universalistische Logik argumentiert. Und immer zielte die konservative Reaktion gegen den Feminismus auf eine „Bewahrung der Unterschiede“, oder besser: des „Großen Unterschieds“, den die „Natur“ so augenfällig vorgebe. So wird in

bürgerlichen Gesellschaftstheorien die historische Trennung von Reproduktions- und Produktionssphäre sowie die damit einhergehende politische Trennung von „Öffentlichkeit“ und „Privatsphäre“ zu einer „ursprünglichen“, in der „Natur“ der „Geschlechtscharaktere“ begründeten erklärt und die Familie als „natürliche“ Lebensform propagiert. Auch die Neuen Rechten greifen auf soziobiologische, anthropologische und ethologische Argumentationsmuster zurück, um die „Geschlechtscharaktere“ als biologisch determiniert herauszustellen. Dabei treten sie selbst mit „frauenfreundlichem“ Gestus als Kritiker

der „egalitären Ideologie“ (Benoist) auf, die alle Menschen nur „gleichmachen“ wollte und die „qualitativen Unterschiede“ mißachte. Alain de Benoist, einer der intellektuellen Köpfe der französischen *nouvelle droite*, bringt das folgendermaßen auf den Punkt: Der „moderne Egalitarismus“ vermittele „stillschweigend eine bestimmte Vorstellung vom Menschen, einen bestimmten ‚genormten‘ Typ, der stets männliche Züge hat (...) Alles trägt sich so zu, als ob die Frau zu ihrer ‚Befreiung‘ auf ihr sexuelles Ich verzichten müßte, d.h. aufhören müßte, Frau zu sein, versuchen müßte, ein ‚Mann weiblichen Geschlechts‘ zu werden...“ (Benoist, 1984: 285f).

Solche Formulierungen, bis in den Wortlaut identisch, kann frau auch in feministischen Texten wiederfinden. Die Kritik am universalistischen Paradigma der Gleichheit bestimmt seit geraumer Zeit die feministische Diskussion. Unter den Schlagworten „Gleichheit“ und/oder „Differenz“ werden hierbei unterschiedliche Emanzipationskonzepte verhandelt. Der Streit wird geführt als einer um Reform oder Revolution, wobei die Verfechterinnen der Differenz die radikalere Position für sich reklamieren. Aus ihrer Sicht erscheint die Gleichheitspolitik als Politik der „Angleichung“ bzw. „Assimilation“ der Frauen an „männliche“ Normen. Sie kritisieren den „totalitären Zug“ der Gleichheitsforderung, die das Besondere (das „weibliche Geschlecht“) dem Allgemeinen (dem „männlichen Geschlecht“) subsumiere.

Dabei verstehen beide Seiten Gleichheit vor allem juristisch als Gleichheit vor dem Gesetz, als Gleichberechtigung bzw. Gleichstellung - die einen als Verteidigerinnen des Universalismus, die anderen als dessen Kritikerinnen. In diesem Sinne wird die Position der Gleichheit identifiziert mit einem liberalen „Gleichstellungsfeminismus“, dem es lediglich darum geht, Frauen auf die Position von Männern zu heben, der aber keine weitergehende Gesellschaftskritik mehr verfolgt. Gegenüber diesem Verständnis von Gleichheit als „Angleichung“ insistieren die Differenztheoretikerinnen auf der Betonung „weiblicher Differenz“. Streng genommen ist der Unterschied zwischen beiden Positionen gar nicht so groß, da die Vertreterinnen der Gleichheit das Geschlechterverhältnis als Verhältnis der Arbeitsteilung und als ideologisches Verhältnis zumeist ausklammern und in dieser Hinsicht durchaus für „Differenz“ plädieren, indem sie etwa die Zuständigkeit der Frauen für die Kindererziehung nicht grundsätzlich in Frage stellen, sondern lediglich sozialpolitische Hilfsmaßnahmen fordern (z.B. die Anrechnung der „Erziehungsarbeit“ auf die Rente) - das nennt sich dann programmatisch „Gleichheit ohne Angleichung“ oder „Gleichheit in der Differenz“.

Die Polarisierung, die die feministische Diskussion dominiert, ist demnach am ehesten zu umschreiben mit den Begriffen „Gleichstellung“ einerseits und „Befreiung zur Weiblichkeit“ andererseits. Dieser Polarisierung folgend ist der Feminismus derzeit in zwei Lager gespalten: Auf der einen Seite stehen die Vertreterinnen eines liberalen Feminismus, die - nach dem Motto „Menschenrechte haben kein Geschlecht“ - eine universalistische Strategie verfolgen, im Vertrauen darauf, daß die gesellschaftliche Modernisierung auch den sexistischen Partikularismus schließlich auflösen und die Frauen zu „freien Staatsbürgerinnen“ konstituieren wird; auf der anderen Seite die Vertreterinnen eines „radikalen“ Feminismus, die, ausgehend von der Kritik des patriarchalischen Universalismus, diesem „Versprechen der Moderne“ eine Absage erteilen - mit der Tendenz zum Separatismus und zur Beschwörung einer „weiblichen Natur“ oder „Kultur“, die allein die patriarchalische Zivilisation zu retten imstande sei. Verfolgt der liberale Feminismus keine grundsätzliche Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse mehr, so tritt im „radikalen“ Feminismus an die Stelle kapitalismuskritischer Ansätze zumeist eine pauschale Zivilisationskritik, die das Geschlechterverhältnis als primäres Unterdrückungsverhältnis bestimmt und sich vorrangig als moralische Kritik „männlicher Werte“ artikuliert. Iris M. Young, die diese unterschiedliche Ausrichtung für die US-amerikanische Diskussion mit den Begriffen „humanistischer“ vs „gynozentrischer“ Feminismus kennzeichnet, spitzt die Polarisierung in einer katastrophischen Alternative zu: „Entweder zielt der Feminismus darauf ab, daß Frauen die gleichen Möglichkeiten und Privilegien haben, welche die Gesellschaft Männern einräumt, oder der Feminismus versucht, der patriarchalischen Herabsetzung der Frau durch Betonung des besonderen Wertes des Frau-seins zu begegnen...“, kurz: „entweder wollen wir wie Männer sein oder nicht.“ (Young, 1989: 56) Es ist genau diese Zuspitzung, die den Blick auf die soziale Konstruktion von „Geschlecht“ verstellt und das eigentliche Dilemma, nämlich mit unausweichlicher Notwendigkeit entweder „Mann“ oder „Frau“ sein zu müssen, unangetastet läßt. Dieses Dilemma dominiert die Auseinandersetzung um Gleichheit oder Differenz - sie findet in einem Rahmen statt, der die Kategorie des „Geschlechts“ als evidente voraussetzt und die herrschende Geschlechterpolarisierung nicht in Frage stellt. Statt dessen verbindet sich mit dem Begriff der „Differenz“ ein feministischer Essentialismus, der die „Frau“ als Kategorie mit notwendigen Eigenschaften konstruiert und „Weiblichkeit“ unter Rückgriff auf traditionelle Zuschreibungen wiederum festlegt.

„Für Frauen, die sich trau'n, ganz Frau zu sein...“

Die Theorien der „sexuellen Differenz“ (oder auch „Geschlechterdifferenz“), die seit einiger Zeit nicht nur den akademischen Feminismus, sondern auch die feministische Politik - von autonomen Frauenprojekten bis hin zu den Grünen - mit bestimmen, gehen größtenteils zurück auf die Schriften der französischen Psychoanalytikerin und Philosophin Luce Irigaray. Ihre Popularisierung in der hiesigen feministischen Szene erfolgte jedoch in erster Linie über die Rezeption italienischer Feministinnen, die sich auf Irigaray bezogen.

Epistemologischer Ausgangspunkt dieser Theorien ist die Annahme einer „sexuellen Differenz“, die durch den herrschenden „männlichen“ Diskurs verdrängt, geleugnet bzw. minderbewertet werde. Mit der Einsetzung einer geschlechtsspezifischen („eingeschlechtlichen“) „symbolischen Ordnung“, die sprachliche und andere Repräsentationssysteme umfaßt, habe sich, so Irigaray, eine der beiden menschlichen „Gattungen“ selbst absolut gesetzt, indem sie der anderen die „Gattungskonstitution“ verweigerte. Weil das „weibliche Begehren“ die Geschlossenheit des „phallogozentrischen Systems“ bedrohe, sei es zu etwas Defizitärem erklärt und unterdrückt worden. In diesem Sinne sei der „Ausschluß der Frauen“ Funktionsbedingung und Grundlage der „von Männern entworfenen symbolisch-sozialen Ordnung“ (Libreria, 1988: 153).

Irigaray und ihre Mitstreiterinnen versuchen, dieser herrschenden „Logik des Einen“ eine „Ethik der sexuellen Differenz“ entgegenzusetzen, deren Ziel die „Sexualisierung“ aller gesellschaftlichen Bereiche ist. Nach ihrer Überzeugung sollten die Frauen nicht „Gleichheit“ einfordern, da sie sich auf diese Weise nur den männlichen Maßstäben unterwerfen würden. Ausgangspunkt und Ziel der Befreiung müsse vielmehr die „weibliche Differenz“, ihre „Identität“ als Frauen sein. Diese gelte es gesellschaftlich sichtbar zu machen durch eine „Revolution der symbolischen Ordnung“, d.h. durch die Ausbildung eines „weiblichen Symbolischen“ in Gestalt „eigener“ Repräsentationssysteme (Sprache, Gesetze, Riten etc.). In diesem Zusammenhang fordert Irigaray etwa „bürgerliche Rechte und Pflichten für beide Geschlechter“ und die Schaffung einer „weiblichen Genealogie“.

Eigentlich handelt es sich bei der Theorie der sexuellen Differenz weniger um eine feministische Theorie, als vielmehr um eine neue „Theorie der Weiblichkeit“, genauer: um eine neue Geschlechterphilosophie. Eine feministische Theorie analysiert das Geschlechterverhältnis als gesellschaftlich konstituiertes Herrschaftsverhältnis in der Per-

spektive seiner Überwindung und faßt „Geschlecht“ als durch und durch historische Kategorie. Die Tradition der Geschlechterphilosophie dagegen bestimmt „Geschlecht“ als unveränderbare, überhistorische Konstante menschlicher Existenz und sieht gerade von der sozialen Konstitution des Geschlechterverhältnisses ab. Auch die Theorie der sexuellen Differenz stellt die Kategorie des Geschlechts in den Horizont einer imaginären „Natur“ und definiert sie als „ursprüngliche Differenz im Menschsein“ (Libreria, 1988: 150). Sie setzt ein jeder Gesellschaft vorgängiges, der patriarchalischen Entfremdung unterliegendes „weibliches Wesen“ voraus, das gewissermaßen nur auf seinen Ausdruck wartet. Sie verlegt damit zugleich die Ursache des Sexismus in sein Objekt – so daß etwa die Gebärfähigkeit der Frauen als „natürliche“ Ursache ihrer Unterdrückung erscheint.

Die biologistische Konstruktion der „Geschlechterdifferenz“ nimmt bei Irigaray Züge an, die man – in Analogie zur rassistischen Angst vor der „Vermischung“ der „Kulturen“ – als feministische „Mixophobie“ bezeichnen könnte. Ihrer Überzeugung nach ist es die Anzahl der X- oder Y-Chromosome, die uns den Weg zu uns weist: „Das darf nicht als irgendeine Bisexualität interpretiert werden: Jedes Geschlecht hat eine nicht zu reduzierende Identität in seinem Gen-, Chromosomen-, Hormonerbe“ (Irigaray, 1989: 248). Ausgehend von der unterschiedlichen Anatomie der Körper und unter Rückgriff auf anthropologische und soziobiologische Argumentationsmuster entwirft Irigaray eine feministische Version des Ewig-Weiblichen, derzufolge die „weiblichen“ Denk- und Gefühlsweisen sich radikal von den „männlichen“ unterscheiden. Ich will hier nur auf einige Konsequenzen hinweisen, die ein solcher Essentialismus nach sich zieht:

- Zum einen thematisiert sie Sexualität nicht als soziale Praxis, sondern unterstellt triebtheoretisch eine „weibliche“ bzw. „männliche“ Libido. Die Annahme eines „weiblichen Begehrens“ fundiert die Annahme einer grundlegenden Andersartigkeit der „weiblichen Sprache“. Diese sei wie die „weibliche Sexualität“ fließend, nonlinear und inkohärent, unverständlich für die „männliche Sprache“ mit ihrer Ausrichtung auf die Logik des Verstandes. Irigarays metaphorische Ausgestaltung des „Weiblichen“ läßt sich auf den längst bekannten Nenner des Natürlich-Sinnlichen bringen. Wieder einmal wird die Frau auf die Darstellung ihrer Sexualität reduziert und verharret auf dem ihr traditionell reservierten Posten des „Ver-rückten“, Infantilen, Irrationalen etc.

- Zum anderen verbindet sich mit dem Postulat einer „weiblichen Natur“ eine Zivilisationskritik, die dem feministischen Subjekt erlaubt, sich als „Hoffnungsträ-

gerin“ (Irigaray), als Retterin der zum Untergang verurteilten patriarchalischen Zivilisation zu imaginieren: dem naturzerstörenden, körperfeindlichen und gewaltverherrlichenden „männlichen Geschlecht“ (dessen Eigenschaften natürlich ebenfalls im „männlichen Begehren“ wurzeln) steht das naturverbundene, lebensspendende und friedliebende „weibliche Geschlecht“ gegenüber, dem nun qua Gnade der weiblichen Geburt eine geschichtsrettende Rolle zuwächst.

- Schließlich betreibt Irigaray eine Apologie der Familie und der reproduktiven Heterosexualität. In ihren letzten Schriften dienen die „Mutter“ und die „männerliebe Frau“ als bevorzugte Denkfiguren für ihre Konstruktion der „Weiblichkeit“. Die von ihr geforderte „Ethik der sexuellen Differenz“ ist gedacht als eine „Ethik des Paares“. Diese soll „den Geist des Volkes von seiner grundlegenden Produktions- und Reproduktionszelle aus (...) verändern: von der Familie aus, dem Paar als dem Ort der regenerierenden und erzeugenden Vereinigung der Geschlechter“ (Irigaray, 1989: 217). Es ist das aus konservativen Theorien bekannte organistische Gesellschaftsbild, das hier seine feministische Ausgestaltung erfährt. „Familie“ und „Volk“ werden zu natürlichen Entitäten und das heterosexuelle Paar erscheint als grundlegende Einheit aller Gesellschaft. Irigarays Geschlechterphilosophie legitimiert nicht nur die ohnehin gesellschaftlich anerkannte Vorstellung, daß die Bestimmung der Frau die „Mutterschaft“ sei und sichert ideologisch die Hegemonie der reproduktiven Heterosexualität, sie definiert diese auch noch als Dienst am „Volk“: „Die ethische Verantwortung der Frauen, ihre Teilhabe an der Ordnung der Familie und des Volkes, müssen in ihrer geschlechtlich bestimmten Besonderheit gesellschaftlich sichtbar werden, *damit sich der soziale Körper nicht von dem natürlichen Körper abtrennt...*“ (Ebenda, 222).

Es ist dies ein Aspekt der Irigarayschen Schriften, der in der feministischen Diskussion geflissentlich übersehen wird – nach dem Motto: das meint sie doch gar nicht so ernst. Ich bin jedoch der Ansicht, daß ihr Essentialismus, daß jeder Essentialismus zwangsläufig dazu führt, soziale Verhältnisse als unveränderbare und ursprüngliche festzuschreiben. Doch nicht nur Irigarays Geschlechterphilosophie, sondern die feministische Theorie insgesamt ist dominiert von einem biologistischen Materialismus, der die Kategorie des Geschlechts als evidente und ahistorische voraussetzt. Dieser Materialismus, der dem Modell des „Geschlechts-als-Materie“ (Butler) verpflichtet ist und auf die sensualistische Evidenz der verschiedenen Körper verweist, verliert gerade die Frage der sozialen Konstruktion von „Geschlecht“ aus dem Blick. Statt die

spezifische Materialität von „Geschlecht“ in der sozialen Praxis zu begründen, reißt der biologistische Materialismus die Kategorie der „Frau“ aus ihrem sozialen Zusammenhang, beraubt sie ihrer Geschichte und stellt sie in den Horizont einer imaginären „Natur“. Doch weder Natur noch Gesellschaft besitzen intrinsische Bedeutungen, die mittels der Sprache zutage gefördert werden. Vielmehr bewegt man sich in der Rede über „Geschlecht“ immer schon innerhalb eines Bezugssystems von Bedeutungen, das gesellschaftlich produziert ist, und das Trennungen entlang bestimmter Linien – Natur/Zivilisation, sex/gender, Körper/Geist, weiblich/männlich – bereits vollzogen hat. Innerhalb dieses Systems verschieben sich die Artikulationen von „Geschlecht“ permanent zwischen biologistischen und kulturalistischen Aspekten, d.h. sowohl sex als auch gender sind als historisch entstandene Kategorien zu begreifen.

In diesem Sinne muß die erneute Festlegung von „Weiblichkeit“ durch den feministischen Diskurs nicht unbedingt biologistisch über die Konstruktion einer imaginären „weiblichen Natur“ erfolgen. Der feministische Essentialismus kann die beschworene „Essenz“ auch kulturell und geschichtlich definieren. Ein Beispiel hierfür ist die Debatte um eine „weibliche Moral“, wie sie sich im Anschluß an Carol Gilligans Thesen zur „Moral der Frau“ entwickelt hat (Gilligan 1988). Gilligan behauptet, daß die sozial bedingte Herausbildung der Geschlechtsidentität (gender) bei Frauen eine beziehungsorientierte Einstellung zu anderen bewirke, während sie bei Männern eine stärker von Opposition und Konkurrenz geprägte Form des Umgangs hervorrufe, und daß dies sich in unterschiedlichen Formen des moralischen Urteils niederschläge. Sie faßt diese Differenz im Sinne zweier unterschiedlicher Moralauffassungen – einer „männlichen“ Ethik der Rechte und Gerechtigkeit und einer „weiblichen“ Ethik der Verantwortung und Fürsorge (care). Auch wenn sie selbst dies nicht „ontologisch“ verstanden wissen will – indem sie einräumt, daß die verschiedenen Moralkonzeptionen ebenso unabhängig vom biologischen Geschlecht (sex) vorstellbar wären – tendiert doch die Rezeption ihrer Thesen dahin, Frauen explizit eine „andere Moral“ zuzusprechen. Weitgehend ausgeblendet wird dabei, daß die empirisch sicherlich nachweisbare beziehungsorientierte und fürsorgliche Einstellung von Frauen nicht abzulösen ist von ihrer Zuständigkeit für die Kindererziehung, ihrem hohen Anteil an „pflegenden“ Berufen etc. und auch ein Effekt ihrer Unterdrückung, ihrer ökonomischen und emotionalen Ausbeutung ist. Statt die Geschlechterpolarisierung zu unterlaufen, wird auch hier meist wieder die weibliche Andersartigkeit be-

schworen und zur Instanz der Rettung stilisiert: „Unsere weibliche Sozialisation und unser traditionelles Rollenverständnis als Mütter vermitteln uns eine Fähigkeit zur Fürsorge und einen Sinn für soziale Kooperation, die vielleicht die einzige Rettung für diesen Planeten sein könnten“ (Young, 1989: 47). Warum müssen es gerade wieder die Frauen sein, die den Dreck wegräumen? Und ist dies nicht das aus der Geschlechterphilosophie der Aufklärung nur allzu bekannte Bild der Frau als den Mann zivilisierendes „moralisches Geschlecht“?

„Zeit der Differenz“ in der Frauenpolitik

Die Faszination, die diese Theorien der Weiblichkeit auf Frauen ausüben, ist verständlich: Die Vision einer positiven „weiblichen Identität“ ist verlockend und die neue Geschlechterphilosophie bietet sie an, sie verleiht dem „weiblichen Lebenszusammenhang“ einen neuen Glanz. Nur sind es eben die alten patriarchalischen Weiblichkeitsbilder, die nun feministisch geadelt werden, wird „Weiblichkeit“ gleichgesetzt mit den Ergebnissen patriarchalischer Arbeitszuweisung an Frauen. Insofern können diese Theorien auch als Legitimationsbasis dienen für ein Arrangement mit den bestehenden Geschlechterverhältnissen, für ein Arrangement mit dieser Gesellschaft.

Wenn die „weibliche“ Fürsorglichkeit, Beziehungsfähigkeit etc. erst einmal als „Essenz“ fixiert ist, gerät die Kritik der kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse, die Analyse des Zusammenhangs von Patriarchalismus und Kapitalismus, aus dem Blick. Dem Idealismus des „weiblichen Wesens“ entspricht ein Empirismus des Subjekts: Frau muß nur schauen, wie Frauen „sind“ und vehement die gesellschaftliche und kulturelle Anerkennung der „weiblichen“ Eigenschaften einfordern. Die Frage nach ideologischer Herrschaft, nach der Mitwirkung von Frauen an ihrer eigenen Unterdrückung läßt sich aus dieser Perspektive gar nicht mehr stellen. Vielmehr erscheint die Authentizität der „weiblichen Erfahrung“ als unproblematischer und verlässlicher Wegweiser zu Theorie und Politik. Dementsprechend geht es nicht mehr darum, die sozialen „Differenzen“, auf denen die gegenwärtige Situation der Frauen beruht, in

Frage zu stellen, sondern um die „Anerkennung der Differenz“, etwa im Sinne der Forderung nach gesellschaftlicher Anerkennung der „Mutterschaft“, wie sie das „Müttermanifest“ im Frühjahr 1987 vom Staat einklagte.

Damit ist auch die Richtung angedeutet, in der die Differenztheorien in der hiesigen Frauenpolitik auf Resonanz stoßen. Einen Eindruck davon vermittelte ein kleiner Zwischenfall im Sommer 1991, als Heide Pfarr sich in einem Interview gegen eine Existenzsicherung für Hausfrauen aussprach und kundgab: „Ja, also Hausarbeit, für sich selbst oder für einen Kerl - nix, ja nix wird da bezahlt, hoffentlich niemals, und schon gar nicht vom Staat. (...) Diesen weiblichen Lebensentwurf unterstütze ich nicht, sondern bekämpfe ihn, wo ich ihn treffe.“ Das *Frankfurter Frauenblatt*, selbst seit geraumer Zeit der „Politik der Differenz“ verpflichtet, hatte der Ministerin vorgeworfen, sie orientiere ihre Frauenpolitik zu sehr am „männlichen Modell“ der Erwerbsarbeit und vernachlässige die „Lebensentwürfe“ von Frauen, die sich diesem Modell nicht „angleichen“ wollten. Pfarrs „Polemiken gegen die ‚Frau an seiner Seite‘“ (FR, 23.8.91) riefen nicht nur bei der hessischen CDU heftige Empörung hervor (sie habe „gut und gern die Hälfte aller Frauen in diesem Land herabgewürdigt...“), auch Grüne und autonome Frauen reagierten mit Ablehnung. Kurzum, was sich an diesem kleinen Zwischenfall und seinen Folgen beobachten ließ, war die in feministischen Kreisen mittlerweile weit verbreitete Tendenz, den „weiblichen Lebenszusammenhang“ selbst zum Ort der Befreiung zu stilisieren und die Arbeitsteilung, die Frauen die Reproduktionsarbeit und die Zuständigkeit für die Kindererziehung zuweist, nicht mehr in Frage zu stellen. Im Gegenteil, kurz nach dem Vorfall wurde die rot-grüne Landesregierung in einem Offenen Brief von 23 hessischen Frauenprojekten, allen voran die *Frankfurter Frauenschule*, aufgefordert, kundzugeben, mit welchen Maßnahmen sie erreichen wolle, „daß die radikal unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Berufsbiographien von Frauen und Männern nicht nur gesellschaftlich mehr akzeptiert, sondern zur Grundlage des Denkens von Gesellschaft und der Beziehungen der Geschlechter gemacht werden“ (FR, 5.11.91). Die Verfasserinnen beriefen sich auf ihre „Erkennt-

nisse über die Differenz zwischen den Geschlechtern“ (ebenda). Aus der Perspektive der Differenz erscheinen ihnen die „unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Berufsbiographien“ nicht mehr bestimmt durch die doppelte Ausbeutung der Frauen durch Patriarchalismus und Kapitalismus, sie werden vielmehr umdefiniert zu genuin „weiblichen Lebensentwürfen“, die sich der „männlichen Normalerwerbsbiographie“ nicht „angleichen“ wollten. Eine solche Argumentation geht nicht nur von der dämlichen Annahme aus, daß Lohnarbeit nur für Frauen unangenehm ist, sie erklärt auch die Tatsache, daß die unbezahlten Hausarbeits-, Erziehungs- und Pflegetätigkeiten in dieser Gesellschaft zu 90% von Frauen verrichtet werden, zum Naturgesetz. Aus dieser Perspektive erscheint dann die fast ausschließlich von Frauen ausgeführte Teilzeitarbeit als utopischer Vorschein einer anderen Gesellschaft: „Sie leben es vor, die Teilzeitfrauen, daß es außer Existenzsicherung und der Selbstdisziplinierung in der lebenslänglichen Ganztagsarbeit noch vieles andere gibt: Hausarbeit, Kinder, Männer und Frauen, Liebe, Lust, Sorgen. Denn Kinder sind ja in der Regel ein Produkt der Lust.“ So die Leiterin des Frauenreferats der Stadt Frankfurt über den „Weg zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Vereinbarkeit heißt aber immer auch, daß es mit der hier unter dem Motto „Lust und Liebe“ propagierten Reproduktionsarbeit von Frauen schon seine Richtigkeit. Die Politikerinnen der Differenz haben die geforderte Revolution des Denkens bereits an sich vollzogen: „...die Revolution des weiblichen Denkens braucht nichts zu zerstören, denn das Neue, das zu entwerfen ist, ist eine Differenz und all das, was diese Differenz möglich macht - neue Entwürfe, um die Welt zu erkennen und aktiv an ihr teilzuhaben. Die Subversion liegt in der Art, wie die Dinge kombiniert werden, d.h. in ihrem Sinn“ (Libreria, 1988: 141). Frau muß die Welt nicht verändern, sie muß sie nur anders interpretieren. Erscheint doch die Hausarbeit in einem viel freundlicheren Licht, interpretiert man sie als Widerstandshandlung gegen die männlich-kalte Herrschaft des Tauschprinzips, als Festhalten an „nicht unmittelbar der Kapitallogik subsumierter Arbeit“ (Eckart, 1989: 46).

Doch diese „Revolution des weiblichen Denkens“ bleibt leider nicht folgenlos. Die Theorie und Politik der Differenz schreibt die herrschende Geschlechterpolarisierung - sei es unter Aufwertung „femininer“ und Abwertung „maskuliner“ Eigenschaften, sei es im Sinne einer Ergänzungstheorie (Irigarays Ethik des Paares) - fort und entdeckt die „weibliche Differenz“ zumeist genau dort, wo sie schon immer geortet wurde: in der „Mutterschaft“ und den damit verbundenen

UNI-BUCH
der linke
Buchladen

Jügelstraße 1
Neben dem KÖZ
6000 Frankfurt
Tel.: 069/77 60 82



„weiblichen“ Tugenden. Mittlerweile ist zudem eine kulturindustrielle Verallgemeinerung feministischer topics festzustellen, die sich überschneidet mit der Popularisierung zivilisationskritischer Diskurse. Die feministischen Glaubensgrundsätze von der Naturverbundenheit der Frauen und ihrer größeren Kommunikationsfähigkeit gehören zum festen Inventar des hegemonialen Diskurses. Vom alltäglichen Talk-Show-Feminismus bis hin zur Feminisierung der kapitalistischen Unternehmenskultur („Frauen führen anders“) etabliert die Rede von der Differenz der Geschlechter die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit auf anderer Ebene: werden die vormals der Privatsphäre zugeordneten „weiblichen“ Tugenden nun gewissermaßen veröffentlicht (was durchaus nicht nur negativ zu beurteilen ist), so hat dies doch an der traditionellen Arbeitsteilung und am Fortbestand der familialen Ideologie wenig geändert.

Die Politik der Differenz legitimiert diese Arbeitsteilung. Da sie auf traditionellen Geschlechterstereotypen beharrt, fügt sie sich zwanglos in die Muster konservativer Familien- und Frauenpolitik ein. Die feministische Klage um gesellschaftliche Anerkennung der „Mutterschaft“ unterscheidet sich kaum von der Programmatik des Müttergenesungswerks. Wird in dieser Weise die „Anerkennung der Differenz“ eingefordert, so kann dies eben auch einfach heißen: Ich will so bleiben, wie ich bin. Worauf die patriarchalische Öffentlichkeit erleichtert antwortet: Du darfst!

Sabine Grimm

Literatur:

- Benoist, Alain de (1984): Aus rechter Sicht. Tübingen
 Eckart, Christel (1989): Teilzeitarbeit als Signal vernachlässigter Reproduktionsbedürfnisse? In: Anders leben, anders arbeiten. Ist Teilzeitarbeit ein Weg zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie? Hrsg. von der Bevollmächtigten der Hessischen Landesregierung für Frauenangelegenheiten. Wiesbaden
 Frankfurter Frauenblatt (8/91): „Die dünnen Bretter in der Politik, die sind alle gebohrt.“ Interview mit Heide Pfarr
 Gilligan, Carol (1984): Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau. München
 Irigaray, Luce (1989): Genealogie der Geschlechter. Freiburg
 diess. (1991): Die Zeit der Differenz. Für eine friedliche Revolution. Frankfurt am Main
 Krauß-Pötz, Renate (1989): Arbeitszeitflexibilisierung und gewerkschaftlicher Regelungsbedarf. In: Anders leben, anders arbeiten. A.a.O.
 Libreria delle donne di milano (1988): Wie weibliche Freiheit entsteht. Eine neue politische Praxis. Berlin
 Young, Iris Marion (1989): Humanismus, Gynozentrismus und feministische Politik. In: List, E./ Studer, H.: Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik. Frankfurt am Main, S.37-63

„Du mußt nur rechts sein und rechts denken.“

Recherchen in der faschistischen Szene der Bundesrepublik

Ähnlich wie den Demoskopern mit ihren Wahlprognosen geht es auch den Sozial- und Politikwissenschaftlern mit ihren Analysen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Verlässlich sind ihre Urteile in der Regel nicht. Nach 1989 sahen sie das Ende der Schönhuber-Partei gekommen. Mit der deutsch-deutschen Vereinigung, hieß es, habe die Rechte ihr zentrales Thema, die „Wiedervereinigung“, verloren. Nur zwei Jahre später ist die Rechte - trotz des Fehlens einer rechten Sammelpartei - so stark in den westdeutschen Parlamenten vertreten wie seit fast vierzig Jahren nicht mehr. Die These von den „Modernisierungsverlierern“ liefert den Rechtsextremismusforschern den soziologischen Schlüssel hierfür. Sie besagt, daß der gesellschaftliche Modernisierungsprozeß sich in Individualisierungsschüben vollziehe, in denen die traditionellen sozialen Milieus verschwinden. Normal sei dabei, daß einige, insbesondere aus dem unteren Drittel der Gesellschaft, dem Tempo nicht folgen können und ihren stieren Unmut in rechtsextremistischen Parolen entladen. Im Westen seien diese „Modernisierungsoffer“ einfach zu dumm, die von ihnen abverlangte sozio-kulturelle Mobilität zu erlangen, im Osten dagegen, den materiellen Verlust als Preis der Reisefreiheit zu verbuchen.

In einer Analyse der Frankfurter Kommunalwahl von 1989 findet sich das beruhigende Pendant: „Höhere Bildung steht für die Fähigkeiten, abstrakt und analytisch zu denken, komplexe Verhältnisse auszuhalten (Ambiguitätstoleranz), monokausale Totalerklärungen und Rigorosität stärker zu mißtrauen. Solche Kompetenz, selbst Statusunsicherheiten analytisch zu erfassen und als Protest auszudrücken, widerspricht dem ideologischen, subkulturellen und stilistischen Auftreten rechter Politik, die durch ontologische und nationalistische Komplexitätsreduktion sowie durch entsprechend moralische Erklärungsversuche von Politik und Ökonomie charakterisiert ist.“ Das gebildete Publikum kann aufatmen. Es braucht nur den herrschenden Eliten und ihrem hochqualifizierten Anhang zu vertrauen, der Gemeinde der Ambiguitätstoleranten, die sich von komplexitätsreduzierendem Nationalismus und Rassismus qua Bildung nicht anfechten lassen. Von Nöten scheint allerdings eine Kompensationspädagogik, die den „Modernisierungsoffern“ jene Kompetenz bei-

bringt, die das Schulsystem nicht vermittelte.

Der Autor von *Rechte Kerle*, Burkhard Schröder, lehnt sich an die soziologische These der „Modernisierungsverlierer“ an, hält sich aber nicht lange damit auf, sie zu diskutieren. Sein Interesse gilt einem anderen Aspekt des Rechtsextremismus: Seit Mitte der achtziger Jahre habe sich in der DDR eine jugendliche „Subkultur“ unterhalb der Ebene der intellektuellen Opposition gebildet, die sich nicht mehr integrieren und so die Krise der DDR-Gesellschaft erahnen ließ. „Diese Subkultur hat keine Fürsprecher und auch keine Perspektiven.“ Schröders Recherche richtet sich auf diese „Subkulturen“, die rechte „Revolte“, die er vor allem in Berlin-Marzahn, in Cottbus und in Guben an der Neiße aufsucht. Die Reportagen geben einen Einblick in die Grauzone zwischen der Öde jugendlicher Freizeit in der Ex-DDR und rechtsextremistischer Organisation. Exemplarisch verfolgt er die Karriere des Anführers der Cottbuser Faschos, Frank Hübner, zum Bundesvorsitzenden der im Mai 1989 gegründeten „Deutschen Alternative“, einer kleinen Parteiorganisation aus der Erbmasse des 1991 verstorbenen Neonazi-Führers Michael Kühnen, die im Herbst des gleichen Jahres von ostdeutschen Faschos dominiert wird. Hübner selbst kommt 1985 als „politischer Häftling der DDR“ in die Bundesrepublik, knüpft Kontakt zu verschiedenen faschistischen Organisationen im Rhein-Main-Gebiet und kehrt nach der Maueröffnung als faschistischer Kader nach Cottbus zurück.

Allerdings bleibt Schröders Beurteilung der Fascho- und Skin-Szene in der Ex-DDR widersprüchlich: Zum einen hat er „bei den noch halbwüchsigen Gubenern“ den Eindruck, „daß ein attraktives Freizeitangebot ihnen die rechtsradikalen Flausen schnell austreiben könnte“; zum anderen sind „rechte Jugendgangs“ für ihn keine Übergangserscheinung, sondern besitzen einen „Bodensatz rechtsradikaler Weltanschauung“, der sich „je nach Situation“ in der „Bildung politischer Parteien oder auch nur in dem diffusen Protest prügeln der Jugendbands oder Subkulturen“ äußert. Mit dieser Einschätzung geht Schröder über die in seinem Buch dokumentierten Selbstdarstellungen der rechten Jugend-Cliquen kaum hinaus, in denen sich subkulturelle Ansprüche mit rechten Ordnungsvorstellungen mischen: „In der Cli-

que gibt es keine Regeln. Du mußt nur rechts sein und rechts denken. Sofern du links bist, kriegst du von unseren Leuten ein Ding in die Fresse. Die Rechten kämpfen für Arbeit. Bei den Linken ist es so, die quatschen nur dämlich. Die wollen immer das und das verbessern. Es passiert nichts. Ein Rechter darf nicht drogensüchtig sein, muß clean sein, muß für seine Sache kämpfen, darf keinen Rückzieher machen." Die Wünsche der rechten Jugendlichen in Marzahn, etwa nach einem Auto, nach einem „normalen Leben, vernünftiger, ruhiger“, nach einer Karriere als Offizier oder ähnlichem wecken Schröders Glauben an die Möglichkeit sozialarbeiterischer Pädagogik unter dem Motto „Vom Skinhead zum Streetworker“ und „Vom Hooligan zum Fan-Betreuer“, wenn nur ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt würden, um die faschistische Organisierungstätigkeit zu unterbinden. Was dabei allerdings mit dem „Bodensatz rechtsradikaler Weltanschauung“ geschieht, diese Frage muß er unbeantwortet lassen.

Andere Rechercheure in der rechtsextremistischen Skinhead- und Fascho-Szene trauen solchen pädagogischen Konzepten nicht viel zu. „Die Sozialpädagogisierung des Rechtsradikalismus“, so notieren etwa die Journalisten Klaus Farin und Eberhard Seidel-Pielen in ihrem Buch *Rechtsruck*, „ermöglicht den Schulterstoß mit all jenen, die für sich die Gnade der späten Geburt beanspruchen.“ Sie ist Ausdruck der neuen Versöhnungsmanie, die nach der deutsch-deutschen Vereinigung radikal-demokratische Gesellschaftskritik verstummen ließ. Ihre Konsequenz ist die „Entpolitisierung des Phänomens“ Rechtsextremismus und die „Entlastung der Täter“, da sie „weder Herrschaftsstrukturen noch den strukturellen Rassismus in Frage“ stellt. Dem „politischen Phänomen Rechtsradikalismus“ gehen Farin und Seidel-Pielen nach, indem sie es in den Kontext der inneren „Homogenisierung des neuen Nationalstaates Bundesrepublik“ stellen. Die rechtsextremistischen Attacken von Hoyerswerda und Hünxe, der Mord an Antonio Amadeu, der in der Nacht zum 25. November 1990 in Eberswalde von

Neonazis zu Tode geprügelt wurde, und an Jorge Gomondai, der in Dresden in der Nacht zum Ostersonntag 1991 von Skins zusammengeschlagen und aus der fahrenden Straßenbahn auf die Straße geworfen sechs Tage später im Krankenhaus verstarb, die zahlreichen Angriffe auf Migrantinnen und Flüchtlinge, auf linke Kneipen und besetzte Häuser sind für Farin und Seidel-Pielen das „radikal-logische Echo der Straße auf die Renationalisierung des Diskurses“. In ihren *Reiseskizzen aus Sachsen-Anhalt*, die auf einer Studie für die Landtagsfraktion Bündnis 90/Grüne von Seidel-Pielen basieren, macht eine einfache Rechnung das Ausmaß der Bedrohung deutlich: „Für 1991 ergibt sich folgendes Bild:

- Sachsen-Anhalt (3 Millionen Einwohner): 44 schwere Übergriffe (= Brandanschläge und Angriffe auf Personen) auf 20.000 Ausländer. Verhältnis 1:454.

- Nordrhein-Westfalen (17 Millionen Einwohner): 153 schwere Übergriffe auf 1.400.000 Ausländer. Verhältnis 1:9.150.

- Fünf neue Bundesländer (16,9 Millionen Einwohner): 168 schwere Übergriffe auf 150.000 Ausländer. Verhältnis 1:892.

- Altbundesrepublik (62 Millionen Einwohner): 389 schwere Übergriffe auf 4.800.000 Ausländer. Verhältnis 1:12.340.

Die Wahrscheinlichkeit, Opfer rassistisch motivierter Gewalt zu werden, war in Sachsen-Anhalt 1991 20 mal größer als in Nordrhein-Westfalen, dem Land mit den zahlenmäßig meisten Übergriffen.“ Die Diskrepanz zwischen Ost und West ist jedoch nicht nur eine Frage statistischer Auswertungen. Die Recherchen führen Farin und Seidel-Pielen nach Groß-Särchens an den Knappensee, zehn Kilometer südlich von Hoyerswerda. „Mit Billigung und Wissen Dietmar Alts, des Bürgermeisters von Groß-Särchens, agieren 30 Mitglieder der 'Neuen deutschen Ordnung' rund um den Knappensee. Sie sollen, so der Wunsch des Ortsvorstehers, für Sicherheit und Ordnung in dem Naherholungsgebiet sorgen.“ Die Präsenz der Neo-Nazis hat darüber hinaus noch einen anderen Sinn: sie terrorisieren den türkischen Pächter und seine Geschäftspartnerin, die hier das Terrassen-

Café „Dönerix“ betreiben, solange, bis diese der Gewalt weichen.

Nicht nur in den Ostländern, wie die halboffizielle Bezeichnung für die fünf neuen Bundesländer seit kurzem lautet, finden sie den neuen nationalistischen Konsens. In Oberntief, einem kleinen mittelfränkischen Dorf mit 58% Wahlstimmen für die REPs, sitzen beim Bier im Gasthaus „Schwarzer Adler“ die landwirtschaftlichen „Modernisierungsoffer“ und begründen ihre Wahl: „In unserem Land gibt es zu viele Ausländer, Asylanten und Chaoten. Sie fressen unsere Steuergelder auf, uns als Deutschen bleibt nichts.“ - „Wir haben es satt, immer wieder die Sündenböcke zu sein. Es muß Schluß sein mit den ewigen Vorwürfen gegenüber den Deutschen. Ich bin kein Nazi, aber national eingestellt“, rechtfertigt sich ein „pensionierter Zugereister aus dem Rheinland“, der gerade mit „Sieg Heil“ und „Deutschem Gruß“ die Gaststube betreten hat, gegenüber den Journalisten.

Gegen die traditionellen politischen und ideologischen Mächte der mittelfränkischen Region, CSU und evangelische Kirche, richtet sich der Zorn, den Farin und Seidel-Pielen vorführen, um ihre These zu illustrieren, daß Nationalismus und Rassismus der Gegenwart in der Tradition des vom Protestantismus geprägten Antisemitismus in Deutschland und der „religiösen Überhöhung der deutschen Volksidee“ durch die protestantische Kirche und Theologie nach der Reichsgründung von 1871 stehen. Mit dieser These werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: sie erhellt die ideologischen Kontinuitäten von Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus in Ost und West. Mit dieser These allein lassen sich allerdings die Gründe der Renationalisierung und das Erstarken des Rechtsextremismus in ganz Europa nicht erklären. Wenn Farin und Seidel-Pielen schließlich die „fehlenden republikanischen Traditionen des neuen Deutschland“ beklagen, so hätte sie ein Blick über den Rhein auf die Anhänger Le Pens davor warnen können, allzu große Hoffnungen in diese Traditionen zu setzen. Näher an den tatsächlichen Ursachen des „Rechtsrucks“ sind sie mit der Feststellung: „Daß heute selbst bei den Grünen laut über Einwanderungsquoten nachgedacht wird, hat mehr mit ihrer Angst zu tun, politisch als handlungsunfähig betrachtet zu werden, denn mit einer tagesaktuellen Notwendigkeit.“ Von dem Versuch der Psychologisierung der grünen Politik abgesehen, ist damit der Grund angesprochen: politische Handlungsfähigkeit übersetzt sich gegenwärtig in Westeuropa in eine Abschottungspolitik gegenüber Afrika und Asien, darin verbindet sie sich mit dem strukturellen Rassismus.

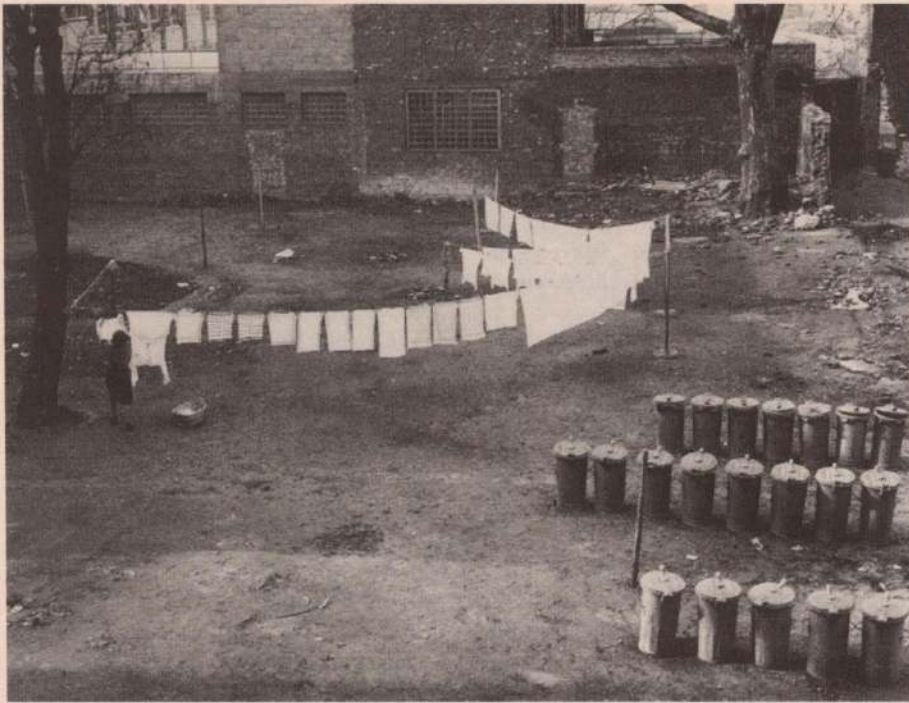
Die Reportagen von Bernd Siegler in dem Buch *Auferstanden aus Ruinen* gehen den



Antimilitaristisches Info Nr.3:

Zur aktuellen Totalverweigerungsdiskussion (vom Vietnam-Kongress 1968 zur Auseinandersetzung um Militär/Patriarchat/Migration); Remilitarisierung und der Widerstand in den '50ern (Vier Artikel); Militarisierungstendenzen.

64 Seiten 5,- DM (Prozeßkosten-spende + Porto) Bestelladresse: Anti-MilPlenum c/o AStA-FU Kiebitzweg 23, 1/33



Links die arglose Gemeinde der Ambiguitätstoleranten, rechts die Modernisierungsverlierer

politisch-ideologischen Kontinuitäten nach, durch die sich die „Grenzen zwischen Neonazis und Normalbürgern“ verwischen. Er recherchiert die Verbindungen der Fascho- und Skin Szene mit den gesellschaftlichen Institutionen der DDR. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre streifen Teile der Nazi-Skin- und Fascho-Gruppen ihre subkulturellen Formen ab und entwickeln eine äußerliche Anpassungs- und organisatorische Konspirationsstrategie. Insbesondere die Ordnergruppe der „Freien Deutschen Jugend“, der offiziellen DDR-Jugendorganisation, und die „Gesellschaft für Sport und Technik“, die Wehrsportübungen durchführte, boten laut Siegler „ein ideales Trainingslager für Rechtsextremisten“. Neben der Nationalen Volksarmee finden sich in diesen „Organisationen des gesellschaftlichen Lebens“ die Vorstellungen von „Sauberkeit, Ordnung und Disziplin“ am deutlichsten, auch programmatisch ausgedrückt. Mit Bezug auf die Übereinstimmungen der Wertvorstellungen könne der „Mythos der Systemopposition“ von Fascho- und Skingruppen in der DDR nicht aufrechterhalten werden. Den weiteren ideologischen Rahmen sieht Siegler in der Kontinuität nationalistischer Elemente in der offiziellen DDR-Staatsdoktrin, dann des „Sozialismus in den Farben der DDR“, in der offiziellen Ausländerfeindlichkeit, dem Wegdekretieren der nationalsozialistischen Vergangenheit durch die ökonomistische Faschismustheorie und vor allem in dem als Antizionismus propagierten Antisemitismus. Es handelt sich dabei um politisch-ideologische Fermente, die den Renationalisierungsprozeß in der ehemaligen DDR befördert haben.

In diesen Prozeß intervenieren Ende 1989, Anfang 1990 die faschistischen Grup-

pen aus der Bundesrepublik. Sie stützen sich dabei auf eine teils in lokalen politischen Organisationen bereits verfestigte Skin- und Fascho-Szene der DDR. Die Organisationstätigkeit in diesem Umfeld stellt anhand der von Michael Kühnen gegründeten Kadergruppe „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ die Recherche *Drahtzieher im braunen Netz* des antifaschistischen Autorenkollektivs Berlin dar, die sich auf das Material für den Dokumentarfilm „Wahrheit macht frei“ von Michael Schmidt und der englischsprachigen antifaschistischen Zeitung „Searchlight“ stützt. Kühnens Kaderorganisation hatte das Ziel einer internationalen Vernetzung von lokalen, regionalen und nationalen Neonazi-Organisationen für einen Neuaufbau der NSDAP. Die Verlagerung ihrer Aktivitäten in die DDR folgte dem von Kühnen aufgelegten und in der Zeitschrift „Die Neue Front“ im Januar 1990 veröffentlichten „Arbeitsplan Ost“, der den in Westdeutschland nach der Spaltung der „Freiheitlichen Arbeiterpartei“ 1988 schwindenden Einfluß der Kühnen-Anhänger wettmachen sollte. Die Rechercheure unterscheiden drei Phasen, in denen sich der Aufbau neonazistischer Organisationsstrukturen in der DDR und den fünf neuen Bundesländern vollzieht:

- erste Phase von Dezember 1989 bis Herbst 1990: Zusammenfassung der organisierten Fascho-Gruppen in den großen Städten der DDR, wobei das besetzte Haus Weitlingstraße 122 in Ostberlin als Schaltzentrale fungierte;

- zweite Phase vom Spätherbst 1990 beziehungsweise Frühjahr 1991 bis Oktober 1991: Verschiebung des Rekrutierungs- und Aktionsfeldes in Mittel- und Kleinstädte, welche die breite Streuung der Überfälle

auf MigrantInnen in diesem Jahr erklären soll;

- dritte Phase ab November 1991: Quervernetzung der militanten Neofaschisten mit anderen Parteiorganisationen aus dem rechten Lager.

Diese Organisationsanalyse des antifaschistischen Autorenkollektivs ist durch umfangreiches Fotomaterial ergänzt, das die Protagonisten der rechtsextremen Szene dokumentiert. Die Recherche selbst zeigt allerdings nur einen kleinen Ausschnitt rechtsextremer Aktivitäten, da sie auf die Kleinstgruppen der Kühnen-Anhänger beschränkt bleibt. Die Rekonstruktion der Organisationstätigkeit läßt sich leicht von dem Organisationsfetisch dieser faschistischen Richtung düpiieren. Dies wird vor allem in der Diagnose der dritten Phase deutlich, denn diese Quervernetzung über informelle Kontakte und gemeinsame Aufmärsche kennzeichnete das rechte Lager in der alten Bundesrepublik bereits vor 1989.

Ohne Fixierung auf die rechtsextremistischen Organisationen gelesen, decken die Recherchen in der faschistischen Szene Facetten des Renationalisierungsprozesses auf, die den politischen Konsens in der neuen Bundesrepublik der vergangenen zwei Jahre beeinflusst und nach rechts verschoben haben. Die deutsch-deutsche Vereinigung, die ideologisch unter penetrantem Pochen auf dem „Selbstbestimmungsrecht der Deutschen“ als „Wiedervereinigung“ inszeniert wurde, hat die Vorstellung „nationaler Homogenität“ hervorgehoben und so auch den öffentlichen Raum für die rassistischen und nationalistischen Aktivitäten der faschistischen Szene zur Verfügung gestellt. Wenn etwa Schönhuber heute beteuert, er habe die Rechtsextremisten aus seiner Partei herausgesäubert, so weiß er vermutlich ganz genau, daß seine „Republikaner“ ohne die Schläger der faschistischen Szene niemals in die Position gekommen wären, als rechte Auffangpartei medienwirksam in Szene gesetzt zu werden.

Jost Müller

Literatur:

ID-Archiv im ISSG (Hg.): *Drahtzieher im braunen Netz. Der Wiederaufbau der NSDAP. Ein Handbuch des antifaschistischen Autorenkollektivs Berlin*. Berlin, Amsterdam 1992

Klaus Farin/Eberhard Seidel-Pielen: *Rechtsruck. Rassismus im neuen Deutschland*. Berlin 1992.

Bernd Siegler: *Auferstanden aus Ruinen. Rechtsextremismus in der DDR*. Berlin 1991.

Burkhard Schröder: *Rechte Kerle. Skinheads, Faschos, Hooligans*. Reinbek 1992.

Ein Gipfel und zwei Gegengipfel

Wenn Anfang Juli die Staats- und Regierungschefs der sieben wirtschaftlich stärksten Länder der Erde sich in der bayerischen Hauptstadt München ein Stelldichein geben und die zukünftige Wirtschaftsordnung der Welt diskutieren, laden die Gegner des Spektakels zu zwei Gegenveranstaltungen. Das ursprüngliche breite Bündnis hat sich im Vorfeld zerschlagen. Die Grüne Partei, Pro Regenwald und der BUND haben sich aus dem eigentlichen „Gegengipfel“ zurückgezogen und werden einen eigenen Gegenkongreß veranstalten. Stein des Anstoßes: der geplante Auftritt der ehemaligen Grünen-Bundesvorsitzenden Jutta Ditfurth und die inhaltliche Ausgestaltung der Arbeitsgruppen Rassismus und Menschenrechte. Einig ist sich dagegen die Polizei: sie will hart durchgreifen, die Sicherheit der Politiker hat oberste Priorität. „Meiden Sie die Stadt“, hatte Münchens Polizeipräsident angesichts der geplanten Sicherheitsvorkehrungen der Bevölkerung empfohlen.

Vom 6. bis 8. Juli repräsentiert München Deutschland“, gibt Horst Köhler, als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium mit der Vorbereitung des Gipfeltreffens der sog. G 7 -Staaten betraut, die Lösung aus. Dem Treffen in der Münchner Residenz komme besondere Bedeutung bei, da sich das größer gewordene Deutschland zum ersten Mal in einem solchen Rahmen bewege. Deshalb bemühe man sich um ein Erscheinungsbild, das nicht protzig wirke, aber dem Ereignis angemessen sei. 20 bis 25 Millionen Mark soll der „angemessene Rahmen“ kosten. Größter Kostenfaktor sind dabei die Sicherheitsmaßnahmen, schließlich sollen 7.000 Polizisten aus dem

ganzen Bundesgebiet die „größte sicherheitspolitische Herausforderung seit den Olympischen Spielen 1972“ (Bayerns Innenminister Edmund Stoiber) bestehen helfen.

Unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen werden dann die starken Sieben über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Westens und die Entwicklungen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion beraten. Köhler erwartet am Ende der Diskussionen eine „Botschaft der realistischen Zuversicht“. Auf eine solche Botschaft werden die Entwicklungsländer lange warten müssen. Ihre Probleme sowie die Fragen des Klimaschutzes stehen beim G7-Treffen gar nicht auf der Tagesordnung. Gerade dies hat sich aber seit Monaten schon die Vorbereitungsgruppe eines „Internationalen Kongresses gegen den Weltwirtschaftsgipfel“ vom 3. bis 5. Juli in den Räumen der Ludwig-Maximilians-Universität in München zur Aufgabe gemacht. Der Gegengipfel sollte einer breiten Öffentlichkeit Einblick „in die verheerenden Konsequenzen der Politik der vom Weltwirtschaftsgipfel repräsentierten Weltordnung geben.“ Man wollte einen „internationalen Dialog von unten auf antirassistischer und antisexistischer Grundlage“ initiieren und den 500. Jahrestag der Eroberung und Kolonisierung Amerikas thematisieren.

Ein breites Bündnis aus Dritte Welt-, Ökologie-, Frauen- und Friedensgruppen sowie sozialistischen, christlichen und autonomen Gruppierungen konnte sich zunächst auf diese gemeinsame Plattform einigen. Auch die Grünen und der „Bund für Natur und Umweltschutz Deutschlands“ (BUND) reihten sich in das Bündnis ein. 60.000 DM lagen für das gemeinsame Nationale Bündnis gegen den WWG bereit. 35.000 DM von der Ökostiftung Buntstift, 15.000 DM von der Heinrich-Böll-Stiftung und 10.000 DM vom Bundesvorstand der Grünen.

Am 12. Mai war aber die Einigkeit schon wieder vorbei. Der Grüne Bundesvorstand und der Landesvorstand der bayerischen Grünen kündigten das Bündnis auf und folgten damit dem BUND und Pro Regenwald. „Aufgrund fehlender Kompromißbereitschaft seitens linksradikaler Kräfte“ fühlte sich der Grüne Bundesvorstand „nicht mehr imstande, den Gegenkongreß zu unterstützen, lautet der Beschluß. Man wolle hingegen den von dem Stifter des Alternativen Nobelpreises Jakob von Uexküll geleiteten internationalen Kongreß „The Other Economic Summit“, kurz TOES, unterstützen, der parallel zum Weltwirtschaftsgipfel in einem Kino am

Odeonsplatz stattfindet. „TOES wird aller Voraussicht nach die international am stärksten beachtete Alternativ-Veranstaltung zum offiziellen G-7-Treffen werden“, tönt zufrieden Jürgen Maier aus Bonn, der zunächst vom Bundesvorstand der Grünen zur Vorbereitung des „Gegengipfels“, beauftragt und dann zur Vorbereitung von TOES beordert wurde. Pikanterweise wird Jürgen Maier in internationalen Computermailboxen schon am 1. Mai als Programmverantwortlicher für TOES vom 6. bis 8. Juli genannt. Zu einem Zeitpunkt also, zu dem Maier vorgab, noch ernsthaft über den Gegengipfel vom 3. bis 5. Juli verhandelt zu haben.

Wolfgang Kreissl-Dörfler vom Landesvorstand der Bayerischen Grünen macht für das Scheitern der Bündnisverhandlungen vor allem die Gruppierung „Ökologische Linke“ um Jutta Ditfurth verantwortlich. Diese hätte „nebst ihrem Anhang fünfzig Prozent der Referenten für die Veranstaltungen benennen wollen“. Abgesehen davon, daß es laut Dirk Joußen vom Sprecherrat der Münchener Uni, dem offiziellen Veranstalter des „Gegengipfels“, eine derartige Forderung nie gegeben hat, bleibt offen, wie weit Kreissl-Dörfler den „Anhang“ der „Ökologischen Linken“ definiert. Auch Stefan Scholer, Pressesprecher des Landesverbands der Grünen in Bayern, macht die „Ökologische Linke“ als Störenfried im Bündnis aus. Deren „Sektierertum und Kompromißunfähigkeit“ hätten es unmöglich gemacht, mit der Darstellung von politischen Alternativen zur herrschenden Weltwirtschaftsordnung gemeinsam an die Öffentlichkeit zu treten. Der bayerische Landesvorsitzende Gerald Häfner spricht gar von einer „Neuaufgabe linker Grabenkämpfe“ und einer „destruktiven Strategie“.

Der Studentische Sprecherrat der Münchener Universität und alle restlichen Gruppen des Bündnisses appellierten nach dem Ausstieg der Grünen vergeblich an die Partei, das „Bündnis in seiner Differenziertheit“ wahrzunehmen und „nicht einseitig dagegen in der Öffentlichkeit“ zu polemisieren. Sie wiesen es strikt zurück, „sich von einer Partei oder parteipolitischen Gruppierung vereinnahmen bzw. sich ReferentInnen aufzwingen oder verbieten zu lassen“. Was sich nach außen hin als Hick-Hack um die Rednerin Jutta Ditfurth darstellte, hatte jedoch hinter den Kulissen ein langes Vorspiel und geht zurück vor allem auch auf starke inhaltliche Differenzen.

So hatte schon einen Monat vor dem offiziellen Ausstieg der Bundesvorsitzende der Grünen, Ludger Volmer, das breite



Bündnis für einen Gegengipfel zur Disposition gestellt. In einem Beitrag zum grünen „Rundbrief“ vom 14. April führt er aus, daß die „Vorverhandlungen unter allen an der Kampagne beteiligten Gruppen längst in eine Sackgasse geraten“ seien. Man habe deshalb beschlossen, „nun etwas ultimativer aufzutreten“. Man wolle mit einem „kon-

kreten Konzeptentwurf für eine Gegenveranstaltung in München auftreten und ganz gezielt die Gruppierungen ansprechen, mit denen wir gern zusammenarbeiten würden.“ Und dann ganz ungeschminkt: „Wenn es uns nicht gelingt, das Gesetz des Handelns in die Hand zu bekommen, wird die Kampagne scheitern.“ Volmer räumt

zwar ein, daß die Grünen insbesondere aufgrund des Fehlens einer Bundestagsfraktion und deren finanziellen, personellen und konzeptionellen Kapazitäten „beileibe nicht so eine politische Kraft“ haben, die „gesamte Kampagne zu steuern“ wie z.B. bei der IWF-Weltbank-Kampagne 1988, aber man wolle trotzdem versuchen, „mit

befreundeten Gruppen einen Block zu schmieden, der sich im TrägerInnenkreis durchsetzt". Sollte dies nicht gelingen, streben die Grünen an, „an dem existierenden TrägerInnenkreis vorbei eine eigene Veranstaltung zu planen."

Für klare Worte und das „ultimative Auftreten" im TrägerInnenkreis sollte schließlich Jürgen Maier mit seiner vom grünen Bundesvorstand finanzierten Stelle zur Vorbereitung des Gegengipfels sorgen. Er strich das bislang vom TrägerInnenkreis erarbeitete Programm des Gegengipfels radikal zusammen. Man müsse sich schließlich „an den politischen und finanziellen Rahmen orientieren". Insbesondere die geplanten Foren zu den Themen „500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand, Demokratie und Menschenrechte" und „Migration und Rassismus" fielen dem Streichkonzert von Jürgen Maier zum Opfer. Wohl kein Zufall, lag die Vorbereitung zu diesen Foren doch überwiegend in Händen von autonomen und linken Gruppierungen. Maier dünnte die Foren stark aus und legte sie zu einem Forum zusammen.

Daß ein Flüchtling auf der Auftaktveranstaltung reden sollte, war in Maiers Konzept nicht mehr vorgesehen. Dafür sollte der BUND-Vorsitzende Hubert Weinzierl in dem vom BUND finanzierten Ökologieforum eine tragende Rolle bekommen. So sollte Weinzierl alleiniger Referent zum Thema „Ökokolonialismus - Ökologieverständnis von uns" unter der Fragestellung „Warum schützen wir Regenwälder und nicht Bergwälder?" und „Warum schützen wir Regenwälder, aber nicht die dort wohnende Bevölkerung?" sein. Gerade gegen Weinzierl als Referenten hatte es im TrägerInnenkreis aber erhebliche Vorbehalte gegeben. Man erinnerte sich daran, daß der BUND-Vorsitzende im vergangenen Herbst auf einem Seminar mit dem bayerischen CSU-Hardliner Peter Gauweiler als Koreferenten zum Thema „Folgen des Bevölkerungswachstums für die Umwelt" von einer „überrollenden Menschenlawine" gesprochen hatte und damit an den rassistischen Sprachgebrauch von der „Asylantenflut" angeknüpft habe. Weinzierl hat in seinem Referat die „Überbevölkerung" zur Hauptursache der ökologischen Krise erklärt.

Vorher hatte Gauweiler schon auf dem CSU-Parteitag im neuen CSU-Programm die Passage durchgesetzt, in der Migration als ökologisches Problem dargestellt wird. Ganz ökologisch begründete er in der Asylfrage eine Änderung des Grundgesetzes mit der Begrenzung des Landverbrauchs und der „Überfüllung in der Mitte Europas". Volk ohne Raum auf neue Art: „Wer unser ohnehin dichtbesiedeltes Land zum Einwanderungsland machen will, gibt das umweltpolitische Ziel, den Flächenverbrauch zu begrenzen, auf", heißt es nun im zukünftigen CSU-Programm. Der Law-and-

order-Fetischist Gauweiler hat damit klar gemacht, was Ökologie für ihn bedeutet: „Umweltpolitik ist Ordnungspolitik". Für den BUND, dessen Untergliederungen schon einmal Werbeanzeigen in rechts-extremen Postillen wie der „Jungen Freiheit" oder „Nation" schalten, war die scharfe Kritik an ihrem Vorsitzenden Signal zum Ausstieg. Die Grünen folgten dem „befreundeten" Bündnispartner und kümmerten sich ganz ökologisch um die Zukunft des Hofgartens. Der sollte zum Teil der Errichtung eines gigantischen Medienzentrums zum Opfer fallen. Ein „typisches Beispiel", so die beiden grünen Landesvorsitzenden Gerald Häfner und Margarete Bause, „das Schatzkästchen Münchens als Trampelpfad für den Weltwirtschaftsgipfel zu opfern."

Freude über das Auseinanderbrechen des Bündnisses wird vor allem beim bayerischen Innenministerium und der Polizei aufkommen. Die Spaltung in „böse" und „gute" Gipfelgegner ist perfekt, wenn vom 6. bis zum 8. Juli die Grünen zu TOES, das Bündnis mit starker autonomer Beteiligung aber zu sog. „Aktionstagen gegen den Weltwirtschaftsgipfel" aufrufen. Zudem steht der „Gegengipfel" vor erheblichen Finanzierungsproblemen (siehe Spendenaufruf). Schon Monate zuvor haben die Sicherheitsorgane eine harte Linie angekündigt und eine Hetzkampagne gegen Gegner des G-7-Treffens angezettelt, wie es sie nicht einmal zu Hochzeiten der Anti-WAA-Bewegung gegeben hat. Keine Vorbereitungsveranstaltung zu WWG-Aktionen fand in Bayern mehr ohne Polizeipräsenz statt, mehrere Treffen wurden mit brachialer Gewalt aufgelöst. Das Nürnberger Jugendzentrum „KOMM" wurde vom Bayerischen Innenministerium und dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz als „Zentrum für das gewaltbereite Spektrum" ausgemacht. Die dort verkehrenden Autonomen mit „ihrer Nähe zur RAF" könnten demnach die gesamte von der Stadt Nürnberg finanzierte Logistik des KOMM nutzen, um Aktionen gegen das G-7-Treffen vorzubereiten. Für Bayerns Innenstaatssekretär Günter Beckstein reicht der Kreis der möglichen Täter von den Terroristen über Befreiungsbewegungen aus der Dritten Welt bis hin zu den Autonomen. Er kündigte an, daß man im Vorfeld des Gipfels extensiv von dem im bayerischen Polizeiaufgabengesetz vorgesehenen „Unterbindungsgewährsam", d.h. einer prophylaktischen Festnahme, Gebrauch machen würde. Münchens Kreisverwaltungsreferent Hans-Peter Uhl sekundierte, daß Gewaltbereitschaft „konsequent mit Handschellen und Sicherheitszellen" beantwortet werde.

Zur polizeilichen „Vorfelddarbeit" gehört derzeit das Beobachten und Auskundschaften der Szene. So tauchten Kripo-Beamte bei dem Vermieter des Münchner „Dritte-

Welt-Cafes" auf und foderten Mietvertrag und Grundriß der Räume. Ein andermal übte das Kreisverwaltungsreferat Druck auf Besitzer von Lokalen aus, die ihre Räumlichkeiten für Gegenveranstaltungen zur Verfügung stellen wollten. So zum Beispiel auf Wolfgang Nöth, den Besitzer der in München gelegenen Hallen-Discothek „Nachtwerk". Er verlegte ein dort geplantes Gegentreffen auf die von ihm bewirtschaftete „Theaterfabrik" im Vorort Unterföhring, um sich so dem Einflußbereich des Kreisverwaltungsreferats zu entziehen. Dies hatte ihm gedroht, er solle sich doch die Sache mit der Veranstaltung noch mal überlegen. Nöth nannte das Vorgehen der Behörden „Räubermethoden, die wir uns nicht gefallen lassen". Er stellte das „Nachtwerk" für das Kulturprogramm während der „Aktionstage gegen den WWG" am 7. und 8. Juli abends zur Verfügung. Die polizeiliche „Vorfelddarbeit" erstreckt sich auf ganz Bayern. Mit der Ankündigung eines „massiven Polizeieinsatzes" versuchten die Sicherheitsbehörden Druck auf die oberpfälzische Gemeinde Langquaid bei Regensburg auszuüben. Sie hatte am 13. und 14. Juni ein zweitägiges Musikfestival unter dem Motto „Tanz dem Gipfel - Musikausgang statt Wirtschaftsausgang" genehmigt.

Münchens Polizeipräsident Roland Koller gab zwar zu, daß bislang keine Hinweise auf geplante Anschläge vorlägen, aber es gebe ja nicht nur deutsche Terroristen. „Fast jeder anreisende Staatschef hat seine heimische Terrormszenen". Mit inneren und äußeren Sperrungen, Straßensperrungen, Einschränkungen im Personennahverkehr und weiträumigen Sicherheitszonen um die Hotels der Staatschefs will die Polizei jede Gefährdung der Gäste ausschließen. Insbesondere bei der für den 4. Juli geplanten Gegendemonstration sind Polizeikontrollen auf den Autobahnen im Umkreis von etwa 100 Kilometer um München zu erwarten. Die Gipfelgegner sollen „eingeschüchtert und kriminalisiert" werden, wirft Münchens grüne Bürgermeisterin Sabine Csamapai den Sicherheitskräften vor. Im Gegensatz zu ihrer Landes- und Bundespartei unterstützt sie nach wie vor den „Gegengipfel" und ruft zur Demonstration am 4. Juli (Auftaktkundgebung um 13.00 Uhr auf dem Marienplatz, Kontakt: Sprecherrat der Uni, 089/268123) auf.

Bernd Siegler

Um Unterstützung auch in Form von Spenden wird gebeten:

**Münchner Stadtparkasse:
Dirk Joußen, „Gegengipfel"**

Kto.: 96-187596, BLZ: 701 500 00

„Juden kommen hier nicht mehr durch“

Ottensen und anderswo

So manches Zeugnis ehemaligen jüdischen Lebens in Deutschland ist noch nach 1945 der Zerstörung anheimgefallen: allein in Baden-Württemberg wird die Zahl der abgerissenen Synagogen mit mindestens 29 angegeben, darunter beispielsweise die mittelalterliche Synagoge von Ehingen an der Donau. Jedoch wird diesbezüglich in der Regel Schweigen gewahrt, oder, im Fall von Umwidmungen zur Zweckentfremdung etwa als Theater, wie dies mit der Offenbacher Synagoge in der Goethestraße geschehen ist, mit der Installation einer unscheinbaren Gedenktafel erledigt.

Eine seltene, wenn auch nicht gerade überwältigende Ausnahme bildet vielleicht der Protest gegen die Bebauung des Frankfurter Börneplatzes im August 1987. Damals hatte sich ein breites Bündnis aus Jüdischer Gemeinde, GRÜNEN, SPD, Kirchen, Linker Liste Uni Frankfurt, Vertretern des DGB und Einzelpersonen

gebildet, um gemeinsam durch eine Besetzung des Geländes dessen Bebauung zu verhindern. Denn dort waren bei den ersten Grabungsarbeiten Reste des mittelalterlichen jüdischen Ghettos inklusive einer Mikwe (rituelles Tauchbad) gefunden worden. In dieses Ghetto waren 1462 die ersten Frankfurter Juden zwangsumgesiedelt worden, was ein Leben unter denkbar schlechten Bedingungen auf engstem Raum zusammengepfercht bedeutete. Trotz internationaler Proteste konnte jedoch die Bebauung des Börneplatzes nicht verhindert werden. Teile der Ghettomauern wurden überbaut und können nun im Keller des dort errichteten Kundenzentrums der Frankfurter Stadtwerke besichtigt werden, jedenfalls von denjenigen, die die Verbindung von ‚Bad‘ und ‚Gas‘ zu ertragen in der Lage sind.

Doch nicht die fehlende Unterstützung durch deutsche Nicht-Juden zeichnet die aktuellen

Auseinandersetzungen um den Erhalt des Jüdischen Friedhofs in Hamburg-Ottensen aus; das muß in Deutschland als Standard betrachtet werden. Bezeichnend ist vielmehr die Häme, mit der man nicht müde wird, darauf hinzuweisen, daß ja schließlich jüdische Institutionen den Verkauf des seit dem 17. Jahrhundert in ihrem Besitz befindlichen und nach der Enteignung und teilweisen Zerstörung durch die Nationalsozialisten auch wieder an sie zurückgegebenen Friedhofs selbst getätigt hätten. Wenn nun andere jüdische Gruppen diesen Verkauf anzufechten sich befleißigten, sei das wohl ein ‚selbstverschuldetes Problem‘. Und wenn Opfer und Täter erst mal vertauscht sind, lebt sich’s auch in Deutschland ganz gut mit *den* Juden.

Im Hamburger Stadtteil Ottensen läßt sich Ende April diesen Jahres die deutsche Polizei dabei beobachten, wie sie mit dem Kommentar „Juden kommen hier nicht mehr durch!“ einen Bauplatz und eine ganze Straße mit Eisengittern abriegelt und nach bloßem Augenschein selektiert, während Autonome munter auf dem Gelände umherspazieren. Einige ZuschauerInnen aus der Nachbarschaft demonstrieren mit Hitlergruß oder skandieren „Heil Hitler!“ Als ultra-orthodoxe Juden weiterhin versuchen, den Abtransport von Bauschutt zu verhindern, greift die Polizei mit der ihr eigenen Sensibilität ein, räumt die Sitzblockaden und setzt einige Juden wegen Nötigung fest. Innensenator Hackmann läßt über seine Pressestelle die Hamburger Bevölkerung, nicht etwa die protestierenden Juden, um Verständnis bitten für das Vorgehen der Polizeibeamten.

Mitte Mai veröffentlichte das *Hamburger Abendblatt* eine interne Dienstanweisung der Hamburger Polizei, wonach „Anreise und Aufenthalt von orthodoxen Juden“ unverzüglich dem Lagedienst zu melden seien. Die Hamburger Innenbehörde

windet sich und weist den Verdacht, man habe die Juden observieren wollen, weit von sich. Vielmehr sei es darum gegangen, den völlig orientierungslosen Personen den Weg nach Ottensen zu weisen. Die Dienstvorschrift wird noch am selben Tag zurückgezogen.

Hintergrund dieser Vorgänge, die in der internationalen Presse für einigen Wirbel sorgten, bilden die Konflikte zwischen dem Hamburger Senat und der Investorenfirma Büll & Liedtke auf der einen Seite und Athra Kadisha, der „Gemeinschaft zur Erhaltung jüdischer heiliger Plätze“ auf der anderen um die Bebauung des jüdischen Friedhofs in Ottensen. Dort soll das sogenannte Hertie-Quarrée entstehen, ein Konsumtempel unter gewaltiger Glaskuppel mit zahlreichen Einzelhandelsgeschäften, Gastronomiebetrieben, sieben Kinos und Tiefgarage.

Exemplarisch führen hier nicht nur der Hamburger Senat und inzwischen auch die Bundesregierung, sondern ebenso die Hamburger Öffentlichkeit inklusive weiten Teilen der Linken ein Stück deutscher „Verangenheitsbewältigung“ vor. In der Wei-

gerung, den bereits von den Nazis durch einen Bunkerbau zerstörten Friedhof zu einer Gedenkstätte zu machen, manifestiert sich, wie hierzulande noch mit den letzten Spuren jüdischen Lebens beziehungsweise seiner Vernichtung umgegangen wird.

Bereits im September 1991 demonstrieren ultra-orthodoxe Juden aus Antwerpen aufmerksam geworden durch Presseberichte über den Protest von Stadtteilinitiativen gegen die geplante Umstrukturierung des Viertels mit Plakaten wie „Will this cemetery become judenrein?“ oder „Does anyone in Germany remember?“ Seitdem häufen sich Appelle und Demonstrationen in Hamburg und Bonn, aber auch in London und New York. Immer wieder besetzen ultra-orthodoxe Juden den Bauplatz, um sich für den Erhalt der mindestens 2.000 unbeschädigt gebliebenen (von ehemals 4.000) Grabstätten einzusetzen.

„Die Juden haben selber schuld“

Senat, Investoren und hiesige Presse dagegen berufen sich auf den Verkauf des Geländes durch die Jewish Trust Corpo-

ration im Jahre 1953. Diese verwaltete nach dem Krieg einen Teil des von den Nazis enteigneten jüdischen Gemeindebesitzes. Unter Zustimmung der Jüdischen Gemeinde Hamburg ging der Friedhof damals für 500.000 DM an die Westelbische Grundstücksgesellschaft und von dort an die von den Nazis „arisierte“ Hertie, ehemals Hermann Tietz AG. Diese Enteignung via „Arisierung“ wurde übrigens nie rückgängig gemacht.

Der Zentralrat der Deutschen Juden und die Hamburger Jüdische Gemeinde schwenkten, nachdem sie sich zunächst hinter die Forderungen der auswärtigen Juden gestellt hatten, im Laufe der Auseinandersetzung auf einen defensiveren Kurs um, nachdem letzterer wiederholt die „Schuld“ an dem Verkauf in den fünfziger Jahren gegeben worden war. Das großherzige Rückkaufangebot der Investoren für die astronomische Summe von 50 Millionen DM schlug sie aus verständlichen Gründen aus, stimmte aber schließlich dem „Lösungsvorschlag“ des Senats zu, der eine Umbettung der verbliebenen Gräber vorsieht. Daß sie diesen Schritt damit rechtfertigt, nicht jenen Kräften ungewollt Hilfe leisten zu wollen, „die ohnehin in unserer Gesellschaft in der letzten Zeit alarmierenden Zulauf erhalten“ (Galinski), läßt durchscheinen, daß die Angst vor weiteren antisemitischen Ressentiments letztlich den Ausschlag für diese Entscheidung gegeben hat.

Von Athra Kadisha und beispielsweise auch der Europäischen Rabbinerkonferenz wird diese Entscheidung jedoch nicht akzeptiert. Nach jüdischem Religionsgesetz (Halacha) ist die Erde, in der die Toten begraben liegen, auf ewige Zeiten deren unveräußerliches Eigentum, um ihr Recht auf ewige Ruhe zu wahren.

Ohne jedes Geschichtsbewußtsein wird in weiten Teilen der hiesigen Presse sugge-

riert, es handele sich um einen innerjüdischen Religionsdisput, in dem liberale geistige Werte von ignoranten Fundamentalisten bedroht würden (stellvertretend: *Der Freitag* vom 5.6.92). Und der Hamburger Senat spielt die Zustimmung der „eigenen“, liberalen jüdischen Gemeinde zu Umbettungen gegen die „gesetzeswidrigen“ Anliegen der Europäischen Rabbinerkonferenz aus, der Bürgermeister Hennig Voscherau mitteilen läßt: „Die Stadt Hamburg, die diese (liberale) Tradition ihrer jüdischen Mitbürger auch die ihrige nennen darf, wäre ... sehr erleichtert, wenn der ‚Fehler‘ des Jewish Trust von 1953 jetzt dazu führte, daß Hamburg durch die ‚Augen der Juden in aller Welt‘ nicht in Widerspruch zu seinen toleranten Traditionen und zu den geltenden Gesetzen gebracht würde.“

Wie genau die Freie und Hansestadt Hamburg es mit dem Recht einmal erteilter Baugenehmigungen nimmt, zeigt ein anderes Beispiel: 1988 beugte sie sich dem Druck hunderter autonomer GesetzesbrecherInnen, die den Bau des Musicalpalastes Floratheater im Schanzenviertel über Monate bekämpft hatten. Damals stellte der Senat derselben Investorenfirma Büll & Liedtke, die nun das Quarrée bauen will, auf eigene Kosten ein Ersatzgrundstück in einem wenigerzenebeherrschten Viertel zur Verfügung.

Die - international einmalige - Weigerung des Senats, sich für den Erhalt der jüdischen Gräber einzusetzen, fällt zeitlich zusammen mit der Renommierausstellung „400 Jahre Juden in Hamburg“, in der die HamburgerInnen nicht müde werden, den Verlust zu beklagen, den die bürokratisch verfügte Ermordung der Hamburger Juden durch die Nazis ihnen zugefügt hat. Bürgermeister Voscherau hat die Ausstellung besucht und dabei gelernt, „daß der heutige deutsche Staat als eine der zentralen Lehren der NS-Verbrechen die strenge Bindung aller vollziehenden Gewalt an Gesetz und Recht vorsieht“. Und Senatssprecher Mirow: „Es ist jedenfalls nicht möglich, mit öffentlichen Mitteln den Fehler der Jüdischen Gemeinde zu beheben. Wir haben den Fehler nicht zu verantworten.“ (*ZEIT*, 13.3.92)

Dieser Schuldzuweisung geraten allerdings sowohl die erste Zerstörung des Friedhofs durch die Nazis als auch die Umstände des Verkaufs nach 1945 völlig aus dem Blick; selbst das Argument, damals sei nicht bekannt gewesen, wieviele Gräber Bunkerbau und Betonierung der restlichen Fläche durch die Nazis unbeschädigt gelassen hatten, greift zu kurz. Ausschlaggebend für die sicherlich schwere Entscheidung, den Friedhof zu verkaufen, mag sowohl für die Jüdische Gemeinde Hamburg als auch für die Jewish Trust Corporation eher gewesen sein, daß ein Wiederaufbau jüdischen Lebens in



Synagoge in Ehingen, erbaut im 14./15. Jahrhundert, 1967 abgerissen.

Deutschland nach Auschwitz kaum vorstellbar schien; hatten vor dem Nationalsozialismus 20.000 Juden in Hamburg gelebt, waren es in der Nachkriegszeit nur etwa 300, die zudem die Hansestadt meist lediglich als Zwischenstation betrachteten. Vor diesem Hintergrund wird wohl die Sorge für die Überlebenden (z.B. die Auswanderung der displaced persons), die eben auch mit einem erheblichen finanziellen Bedarf verbunden war, das erste Anliegen gewesen sein.

Den Fehler so umstandslos auf der Seite der Juden zu verorten, weist noch auf eine weitere Verdrehung. Während man von sich selbst als dem „heutigen deutschen Staat“ spricht, der die „Fehler“ der NationalsozialistInnen nicht zu verantworten hat, werden andererseits völlig ahistorisch, unter Rückgriff auf ein verbreitetes antisemitisches Muster, alle Juden weltweit mit jenen identifiziert, die damals dem Verkauf zustimmten: Die Verantwortung für die - und sei es aus einer Notlage heraus - gefällte Entscheidung sollen sie heute gefälligst gemeinsam übernehmen.

Mitte Mai schließlich, nachdem die internationalen Proteste die Verfügung eines vorübergehenden Baustopps notwendig gemacht hatten, holte man sich hochrichterlichen Rat: Eigens aus Jerusalem wurde der dortige Oberrabbiner Itzhak Kolitz eingeflogen. Am 21. Mai stand sein Schiedsspruch fest: Einer Umbettung der Gräber könne auf gar keinen Fall zugestimmt werden. Denkbar wäre allerdings eine Überbauung der Gräber, ein Kompromiß, demzufolge das Quarrée ohne Tiefgarage oder unterirdisches Fundament auf Säulen gebaut werden müßte, was die Investoren schon einmal abgelehnt hatten. Nach der Beratung kehrte die Ratlosigkeit zurück, der Senat hat angekündigt, auf Büll & Liedtke im Sinne von Kolitz einzuwirken. Der wichtigste Satz des Gutachtens jedoch wird dabei geflissentlich übersehen: „Jedes Gebäude über diesem Friedhof wird ein Schandmal für die deutsche Regierung sein.“



Berührungsängste und seltsame Allianzen

Doch nicht die Ignoranz der Verwaltungen auf Stadt- und Bundesebene allein ist es, gegen die diejenigen, die sich für den Erhalt des jüdischen Friedhofs einsetzen, anzukämpfen haben. Anders als in den Auseinandersetzungen um den Frankfurter Börneplatz hat in Hamburg die bürgerliche Öffentlichkeit so gut wie kein Interesse an dem Konflikt bekundet. Auch von der autonomen Linken oder der Anti-Quarrée-Initiative kam bisher keine nennenswerte Unterstützung. Und so waren die ultra-orthodoxen Demonstranten in Ottensen in der Regel unter sich, umringt von einer pöbelnden Allianz aus deutschen und türkischen Antisemiten, die nur auf den ersten Blick überraschend ist.

Die vorgeschobenen Gründe vieler Linker, nicht vorbehaltlos gegen die endgültige Zerstörung des Friedhofs einzutreten, sind eng verknüpft mit den schwerwiegenden Versäumnissen in der innerlinken Diskussion, was sowohl eine Auseinandersetzung mit Auschwitz als auch mit der Gründung und Beurteilung des Staates Israel angeht. Krankte die Diskussion unter anderem immer schon daran, daß allzu gerne - sozusagen zur Schaffung einer Einheitsfront - gegen jegliche Form des Zionismus die Differenz zwischen Juden verschiedener Nationalität und Israelis (ganz zu schweigen von der Notwendigkeit, in Bezug auf die israelische Gesellschaft selbst noch die erforderlichen Differenzierungen vorzunehmen) gerne unterschlagen wurde, so werden die Folgen dieser Unterlassung in diesem Zusammenhang überdeutlich: Tatsächlich wird die Position vertreten, daß man doch nicht mit religiösen Fundamentalisten paktieren könne, die man unbesehen für die größten Zionisten hält, was allein schon als Argument zu genügen scheint. Dabei wird sowohl ignoriert, welche Schutzfunktion gerade aufgrund der entsetzlichen Erfahrungen mit den deutschen Nationalsozialisten dem Staat Israel als mögliche Zuflucht für Juden international und unabhängig von ihren je individuellen religiösen Gefühlen zukommt, als auch, daß an den Protestaktionen in Hamburg nicht irgendwelche radikal-zionistischen Israelis den Traum von Groß-Israel zu realisieren im Begriffe sind, sondern ultra-orthodoxe Juden verschiedenster Nationalität für das Recht auf freie Religionsausübung eintreten, was als schlichter Einsatz für die Gewährung eines allgemeinen Menschenrechtes zu verstehen ist. Weiterhin sollte man sich aus Gründen der Fairness ruhig auch mal kundig machen über die tatsächlichen politischen Ansichten derer, die man da so umstandslos als Zionisten bezeichnen und anschließend verdammen zu können glaubt; sehr schnell würde man dann auf die Erkenntnis sto-

ßen, daß sich gerade die ultra-orthodoxe Strömung im Judentum aus religiösen Gründen in einer strikten Gegnerschaft zum politischen Zionismus befindet. Daß dennoch auch in Israel einige VertreterInnen dieser Strömung leben, hat seinen Grund weniger darin, daß sie sich dort am Ort ihrer religiösen Stätten befinden, als vielmehr darin, daß sie das vormals von ihnen bewohnte Gebiet im Osten Europas aus hier als bekannt vorausgesetzten Tatsachen zu verlassen gezwungen waren, um wenigstens ihr Leben retten zu können.

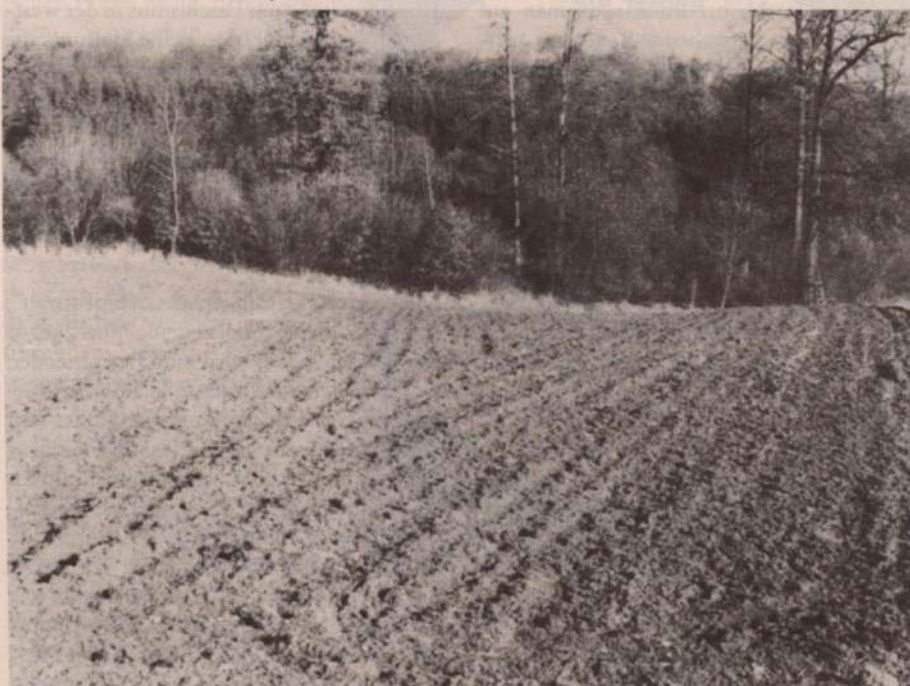
Selbst wenn aber der dumpfe Antizionismus gänzlich über Bord geworfen wird, geraten noch die Prioritäten durcheinander: Entweder verkommt der Kampf um den Friedhof zur Bestätigung der eigenen Multikulturalität, denn - obwohl man selbst es nicht vertrete - müsse das religiöse Anliegen der ultra-orthodoxen Juden doch immerhin akzeptiert werden. Oder die protestierenden Juden werden als aussichtsreichere Kandidaten eingeschätzt, wenn es darum geht, den öffentlichen Druck für einen Baustopp zu erhöhen und so funktionalisiert, um doch noch die Umstrukturierung des Viertels durch das Hertie-Quarrée zu verhindern. In einem Flugblatt der „Anwohnerinitiative gegen das Hertie-Quarrée“ heißt es dementsprechend: „Wir akzeptieren die Forderung nach Erhaltung des jüdischen Friedhofs“, und begründet wird dies mit der eigenen deutlich „antifaschistischen Position“. Am Ende aber steht doch wieder die alte Forderung: „Wir wollen, daß die Menschen, die hier leben, über das ehemalige Hertiegelände entscheiden und verfügen können.“ Daß diese An-

wohnerInnen dieselben sind, die die rüden Polizeieinsätze gegen die protestierenden Juden mit antisemitischen Stereotypen begeistert kommentieren, kommt ihnen nicht in den Sinn.

Eine eigenständige, aber mit den ultra-orthodoxen Juden von Athra Kadisha solidarische Position zur Erhaltung des jüdischen Friedhofs sollte klar machen, daß die Ursachen des Nationalsozialismus weder beseitigt, noch die Folgen zu bewältigen sind. Darum muß das scheinbar Vergangene sichtbar erhalten oder wieder sichtbar gemacht werden, als Symbol für die Notwendigkeit einer politischen Praxis, die auf die Abschaffung dieser Voraussetzungen zielt. Nicht multikulturelles Toleranzgehebe, nicht die Funktionalisierung des Protests für anderweitige Anliegen, auch nicht der Versuch, sich mit den Anhängern von Athra Kadisha zu identifizieren und so aus jeder historischen Verantwortung zu stehlen, kann deshalb eine angemessene Antwort auf die Ereignisse in Hamburg-Ottensen sein.

Christiane Müller-Lobeck

Früher der Friedhof der jüdischen Gemeinde in Grundsheim - heute ein Kartoffelacker



Nie wieder Antifaschismus

Das Ende eines antifaschistischen Staats und die Schwierigkeiten antifaschistischer Politik

Was wird aus dem Antikommunismus nach dem „Ende des Kommunismus“? Es sind Schicksalsfragen wie diese, die klugen Köpfen die Feder führen und sie wohlgemäß Projekte formulieren lassen: „Vielleicht werden die frühen neunziger Jahre dereinst als Inkubationszeit für den Beginn eines Anti-Antifaschismus gelten.“ (FAZ 28.8.91)¹ Déjà vu. Was hier als Programmpunkt der ideologischen Wiedervereinigung daherkommt, zeigt die vertrauten Züge einer alten innerstaatlichen Feinderklärung der Bonner Republik. Sie richtet sich gegen einen im Kampf für soziale Befreiung gründenden *politischen Antifaschismus*, von dem aus die fortbestehenden Voraussetzungen des Faschismus in dieser Gesellschaft ebenso wie Tendenzen einer möglichen Faschisierung zu benennen und anzugreifen wären. Die Bemühungen um einen solchen politischen Antifaschismus - gegen eine faschistische Mobilisierung, gegen die nationalistischen und rassistischen Tendenzen, die deutsche Geschichte nicht erst seit dem Anschluß der DDR skandieren - laufen gegenwärtig Gefahr, geschichtslos zu werden. Die Niederlage antifaschistischer Politik im Faschisierungsprozeß am Ende der Weimarer Republik und gegen den Nationalsozialismus gehört zu dieser Geschichte. Die Versuche, an jenen Antifaschismus in der Bundesrepublik anzuknüpfen, scheitern in dem Maß, wie die radikale Kritik der antifaschistischen politischen Traditionen und der sich verändernden gesellschaftlichen Realität unterbleibt. Im Einstimmen auf die neuerdings herrschende Rede vom „verordneten Antifaschismus“², der der ehemaligen DDR zugeschrieben wird, droht sich das Scheitern zu wiederholen. Im vermeintlich oppositionellen Gebrauch dieser Formel werden die traditionellen Orientierungen, denen dortiger Antifaschismus verpflichtet war, zu retten versucht statt kritisiert, geraten die sozialen Kräfteverhältnisse, in denen sich die Trennung antifaschistischer Politik vom Kampf für die soziale Revolution vollzog, aus dem Blick.

I

Die Ausgrenzung eines politischen Antifaschismus ist eine der Grundlagen der „streitbaren Demokratie“ hierzulande. Bereits im dünnen antinazistischen Konsens der Zeit unmittelbar nach der militärischen Befreiung vom Nationalsozialismus verändert sich die Perspektive der Überwindung des Faschismus durch die Artikulation des

„Nie wieder Faschismus“ mit einer die Herrschaftsverhältnisse verdeckenden Betonung der universalen „Fülle der Leiden, die, scheinbar als natürliche Folge einer so totalen Schuld, über Deutschland hereinbrechen. Hierher gehört die physische und psychische Wirkung der Bombenangriffe, die Austreibung von zehn Millionen Deutschen aus ihren Wohnstätten im Osten, die Ernährungslage und der Schwarzmarkt, die Kälte, die um sich greifenden Krankheiten, die babylonische Gefangenschaft von Millionen früherer Soldaten, die Zerstörung oder Lähmung der Industrie.“ (Andersch 1946) Fragen nach den gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus werden zurückgedrängt in der Dynamik der Wiederaufbau genannten Veranstaltung. Max Horkheimers auf die sozialhistorischen Zusammenhänge insistierendes Diktum „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“ (Horkheimer 1939) findet so im westdeutschen Frontstaat des kalten Kriegs auf spezifische Weise eine Bestätigung: im beredten Schweigen der herrschenden Diskurse über das, was fortan allenfalls „Verhängnis“, „Rückfall in die Barbarei“ heißen sollte. In diesem beredten Schweigen begründet sich unter dem Titel 'Aufarbeitung der Vergangenheit' die staatstragende Haltung einer die republikanische Demokratie hypostasierenden Totalitarismuskritik, die in ihrem „hilflosen Antifaschismus“ (Haug) die Analyse der sozialen Verhältnisse im NS ebenso tabuisiert wie Fragen nach historischen Kontinuitäten zum Faschismus in der westdeutschen Restauration - eine Haltung, die Adorno zufolge in „dem leeren und kalten Vergessen“ sich äußert, „das nur allzu leicht mit der Rechtfertigung des Vergessenen sich zusammenfindet“ und das daher rührt, „daß die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen fortbestehen, die den Faschismus zeitigten“ (Adorno 1959).

Die Forderung nach einem „Schlußstrich“, der unter die braune Vergangenheit gezogen werden sollte, wird zum herrschenden Konsens der bundesrepublikanischen formierten Gesellschaft. In ihr verbindet sich das Ressentiment gegen „Politik“ mit Traditionen des Nationalsozialismus: „durch die Ausbreitung technokratischer Verhaltensweisen“ (Neumann 1947), durch die Kontinuität der Bürokratien in Wirtschaft und Staat, durch den Konformismus der intellektuellen Eliten, durch die Honoratiorenpolitik und die Förderung von Militarismus, Nationalismus und Chauvinismus

in der Polarisierung zwischen Westen und Osten. Diese Beschaffenheit der westdeutschen Zivilgesellschaft ist der Hintergrund der innerstaatlichen Feinderklärung, die in der Bundesrepublik politischen Antifaschismus trifft. Die politische Ausbürgerung und gesellschaftliche Ausgrenzung setzte dabei nicht von ungefähr den inneren Staatsfeind mit dem äußeren Feindstaat gleich, verdoppelte politisch-ideologisch im Innern der westdeutschen Gesellschaft die Staatsgrenze zu jener DDR, als deren *raison d'être* Antifaschismus nicht nur dem östlich der Elbe bekundeten Selbstverständnis nach galt. An der Stigmatisierung des politischen Antifaschismus erweist sich die Brauchbarkeit der „antitotalitaristischen“ Anrufung: in zahllosen Formulierungen des Motivs „Rot gleich Braun“ erkennen die Subjekte der wehrhaften Demokratie „jene Ecken in unserer Gesellschaft [...], aus denen einer rationalen und liberalen Gesellschaft in der Vergangenheit Gefahr erwuchs und heute noch Gefahr droht“ (Dahrendorf 1965). Die Frontstellung Demokratie vs. Diktatur mobilisiert gegen den aktuellen Feind der herrschenden Ordnung, den der Blick von oben als „Kommunismus“ kenntlich macht.

II

Neue Formen sozialen Protests, getragen von einer antietatistischen Kritik der Politik, ließen die Risse der formierten Gesellschaft zutage treten und ermöglichten zugleich die Aneignung linksradikaler - und eben auch antifaschistischer - Traditionen. Für die sozialrevolutionäre Opposition in der Bundesrepublik seit der antiautoritären Revolte der späten sechziger Jahre war im politischen Antifaschismus eine - neben dem Internationalismus - wesentliche Orientierung gegeben, die für die theoretische und praktische politische Intervention in der hiesigen Gesellschaft Bezugspunkt sein sollte. Im Mittelpunkt stand dabei nicht nur die Kritik der Traditionen und Wirkungen des Nationalsozialismus in der Gegenwart, mit Blick auf die aktuellen Transformationen des Kapitalismus erhielt auch der antikapitalistische Kampf einen antifaschistischen Begründungszusammenhang, der jedoch immer schon zur Parole zusammenzuschnurren drohte: *Kapitalismus führt zum Faschismus - Kapitalismus muß weg*. So wurde, angesichts der Notstandsgesetzgebung, des Ausbaus der staatlichen Gewaltapparate, der außerhalb der Legalität operierenden Repression gegen mili-

tante soziale Bewegungen und bewaffnete Gruppen, gegen den die Anwendung „ausserökonomischer Zwangsgewalt“ forciierenden Sicherheitsstaat im sozialdemokratischen „Modell Deutschland“ das Bild des nationalsozialistischen Maßnahmenstaats mobilisiert. Die Repression in der republikanischen Demokratie soll durch den Hinweis auf den darin zum Ausdruck kommenden latenten oder offenen Faschismus skandalisiert werden: „Faschismus“ gerät damit zur Metapher der in der bürgerlichen Gesellschaft allgegenwärtigen Gewaltverhältnisse.

Eine Metaphorik, die dazu tendiert, den Faschismus-Begriff zu verwischen, auf alle möglichen Bereiche bürgerlicher Herrschaft auszudehnen und letztlich jegliche Verschiebung der sozialen Kräfteverhältnisse zugunsten autoritär-etatistischer Vergesellschaftung als Ausdruck einer - allfälligen, in der vermeintlichen Endkrise des Kapitalismus begründeten - Faschisierung zu begreifen, läßt die Grenzen des so eingesetzten Antifaschismus aufscheinen. Die Thematisierung der BRD als faschistisches Régime birgt die Gefahr einer Selbstneutralisierung sozialrevolutionärer Politik, indem sie mögliche Interventionspunkte nicht mehr erkennbar werden läßt: eine solche Deutung der tatsächlichen Transformationen würde „ein wesentliches und schwer zu fassendes Strukturelement einiger parlamentarisch-demokratischer Staaten verdecken: daß sie sich in einer letztlich verhängnisvollen Weise organisieren, die nicht nur den Faschismus überflüssig macht, sondern Demokratie suspendiert.“ (Brückner/Krovoza 1972) Die Kritik eines unscharfen und inflatorischen Gebrauchs des Faschismus-Begriffs ist notwendig, um Veränderungen der kapitalistischen Gesellschaftsformationen in den Blick zu bekommen, die soziale Befreiung und Selbsttätigkeit ausschließen, ohne die historisch bekannten Formen des Ausnahmezustats annehmen zu müssen. Diese kritische Perspektive auf die Möglichkeiten eines politischen Antifaschismus als Moment einer sozialrevolutionären Bewegung geht im Rollback des Deutschen Herbstes 1977 weitgehend verloren: im exerzierten Notstand wird nicht nur die Differenzierung der antietatistischen Kritik der Gewaltverhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft aufgegeben. In der Niederlage linksradikaler Politik reproduzieren sich die nur in ihrem imaginären Verhältnis antagonistischen Formen der Unterwerfung unter die fortbestehende Feinderklärung: zum einen die identifikatorische, spontane oder erpreßte Liebe zum Staat, zum anderen die die herrschenden Verhältnisse gleichfalls verkennende, gegenidentifizierte Position, die vermeintlich „außerhalb“ der bekämpften Verhältnisse einzunehmen wäre.

III

Emanzipatorische Politik, die gegen die nationalistische und rassistische Dynamik - die sich in wesentliche Veränderungen des Rechtsstaats BRD, in den autoritär-etatistischen Massenkonsens der späten siebziger und achtziger Jahre und schließlich in den Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten einschreibt - an der Notwendigkeit eines politischen Antifaschismus festhält, sieht sich heute vor der Schwierigkeit, die Kritik der gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse neu zu formulieren, um unter sich verändernden Bedingungen politische Interventionen überhaupt erst zu ermöglichen. Eine solche Kritik setzte den Bruch mit ökonomistisch verkürzten Erklärungen von sozialen Prozessen, mit einem instrumentellen Staatsverständnis und mit der Vorstellung ideologischer Herrschaftsverhältnisse als auf Illusion und Manipulation gegründet voraus. Der gegenwärtige praktische Antifaschismus verliert sich derweil zwischen dem Vertrauen auf das staatliche Gewaltmonopol, sei es in Form von Verbotsforderungen für faschistische Organisationen, sei es in der Schwärmerei für repräsentative Demokratie und Zivilgesellschaft, und dem Rückzug in die militante Pose des „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“. Die Probleme einer notwendigen antifaschistischen Praxis heute, sich in solchem Schwanken zwischen Quietismus und Voluntarismus, „Reformismus“ und „Autonomie“ über die Voraussetzungen emanzipatorischer Politik zu orientieren, verweisen aber nicht nur auf das weitgehende Ausfallen „eingreifender“ Gesellschaftsanalyse. Mit dem Ende der DDR wird zugleich deutlich, daß vor allem auch das ungeklärte Verhältnis zu den eigenen historischen und politischen Traditionen AntifaschistInnen gegenwärtig Schwierigkeiten bereitet. Der Unterwerfung unter die herrschende Rede vom „verordneten Antifaschismus“ zur Charakterisierung der Verhältnisse in der ehemaligen DDR kommt hier exemplarische Bedeutung zu. Die Formel „verordneter Anti-

faschismus“ - oder seine Surrogate „stalinistischer Antifaschismus“, „staatlich ritualisierter Antifaschismus“ etc. - demonstriert vordergründig Kritik an und Distanz zu gesellschaftlichen Verhältnissen, deren Scheitern nach herrschender Meinung die Unmöglichkeit sozialer Revolution und jeglicher gesellschaftlicher Alter-

Auf der Suche
nach dem
neuen

SÜDAFRIKA

Unser Angebot ist ein definitives Handbuch über erste weitreichende Entwürfe zur neuen sozialen und politischen Gestaltung Südafrikas.

Entworfen, entwickelt und vorgetragen auf einem kürzlichen europäischen Symposium von einem relevanten Kreis der namhaften & ideenstiftenden Denker der südafrikanischen demokratischen Bewegung.

Der medico Report 17:

„Auf der Suche nach dem neuen Südafrika“ ist ein tatsächlicher Schlüsseltext zur Erkenntnis der gesellschaftlichen Dynamik im Südlichen Afrika.

Kostenlos, 64.S. (2 DM Briefmarken für Versandkosten beilegen!) Über Anfragen zum Erwerb unserer neuen SÜDAFRIKA FOTOAUS-STELLUNG würden wir uns freuen.

**"Sie haben
in Südafrika zwei
Ziele. Sie wollen Südafrika
verändern und gleichzeitig den
Kapitalismus. Ich verstehe dieses Bedürfnis. Sie sagen, glaube ich, daß wenn
Sie den Kapitalismus nicht verändern,
Sie auch Südafrika nicht verändern
können. Aber können wir den Kapitalismus verändern? Das
ist das Problem."**

Obermainanlage 7
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069-4990041

medico
international

native zum Kapitalismus beweist. Zu zeigen, daß Antifaschismus nicht besser ist als die Verhältnisse, die er bekämpft(e), ist Ziel der gegenwärtigen 'Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit': In Formulierungen wie der vom „Staat[...], der in weiten Bereichen genauso unmenschlich und schrecklich war wie das faschistische Deutschland“ (Kinkel), wird das gute alte „Rot gleich Braun“ auf den neuesten Stand gebracht. Die Anerkennung der Formel vom „verordneten Antifaschismus“ führt in das Dilemma, sich - bezogen auf die DDR - entweder der herrschenden Geschichtsauffassung anzuschließen, oder den zweiten deutschen Staat zu verteidigen. Die Versuche, sich diesen zwanghaften Alternativen zu entziehen, gegen den „verordneten Antifaschismus“ einen vermeintlich authentischen, demokratischen oder radikalen Antifaschismus als Substanz zu retten und gegen seine Entstellung als „Legitimationsideologie“ zu verteidigen, verkennen, inwiefern diese scheinbaren Alternativen selbst für jenen Antifaschismus konstitutiv sind. Diese Traditionen - insbesondere die „demokratische“ Politik der Volksfront und die „links-radikale“ der Antifaschistischen Aktion - bleiben der Kritik entzogen. Daß mit bei-

den Positionen in der DDR „Staat zu machen“ war, gerät ebenso aus dem Blick wie ihre Ablösung vom Ziel der sozialen Revolution in einer Gesellschaftsformation, deren Staatsräson zugleich dieses Ziel und den Weg dorthin zu repräsentieren beanspruchte.

Thomas Atzert

¹ Um die Formulierung eines „Anti-Antifaschismus“ verdient gemacht hat sich die sogenannte Antifaschismusforschung, die im Antifaschismus vor allem ein Mittel sieht, „die parlamentarische Demokratie zu destabilisieren und oppositionelle Kräfte zu integrieren.“ (Knütter 1991) Vgl. den vom Bundesinnenministerium herausgegebenen Band *Bedeutung und Funktion des Antifaschismus* (BMDI (Hrsg.) 1990) und die darin versammelten Autoren.

² Der Begriff „Verordneter Antifaschismus“ ist für die gesamtdeutschen Weißwäsher ein „glücklicher Fund“ aus Ralph Giordanos Buch *Die zweite Schuld*, in dem der Autor die Verdrängung und Verleugnung des NS in der Bundesrepublik darstellt. Mit raskolnikovscher Ruhelosigkeit wurde inzwischen von „Aufarbeitern“ der DDR-Vergangenheit weitergezählt (vgl. Wittich 1992).

Literatur:

Adorno, Theodor W.: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit. In: ders.: *Eingriffe*. Frankfurt 1963

Andersch, Alfred: Grundlagen einer deutschen Opposition. In: *Der Ruf. Unabhängige Blätter*

der jungen Generation. 8/1946

BMDI (Hrsg.): *Bedeutung und Funktion des Antifaschismus*. Bonn 1990

Brückner, Peter/Alfred Krowoza: *Staatsfeinde. Innerstaatliche Feinderklärung in der BRD*. Berlin 1972

Dahrendorf, Ralf: *Soziologie und Nationalsozialismus*. zit.n.: Haug 1987

Giordano, Ralph: *Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein*. Hamburg 1987

Haug, Wolfgang Fritz: *Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt*. Hamburg/Berlin 1987

Horkheimer, Max: *Die Juden und Europa*. In: ders.: *Gesammelte Schriften Bd. 4. Schriften 1936 - 1941*. Frankfurt 1988

Kinkel, Klaus: *Ansprache des Bundesministers der Justiz an den 15. Deutschen Richtertag*. 23.9.1991. In: *Deutsche Richterzeitung* 1/1992

Knütter, Hans-Helmuth: *Antifaschismus und politische Kultur in Deutschland nach der Wiedervereinigung*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 9/1991

Neumann, Franz L.: *Die Umerziehung der Deutschen und das Dilemma des Wiederaufbaus*. In: ders.: *Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 - 1954*. Frankfurt 1978

Wittich, Bernd: *Die dritte Schuld. Antifaschismus, Stalinismus und Rechtsextremismus*. In: Heinemann, Karl-Heinz/Wilfried Schubarth (Hrsg.): *Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder*. Köln 1992

Civil society in sensu stricto

Eine Frankfurter Tagung

Daß es mit der Frankfurter Kulturpolitik nicht zum besten bestellt sei und der Magistratsstuhl der Kulturdezernentin dementsprechend kräftig wackele, daß diese Kulturdezernentin nicht einmal mehr in der Lage sei, auch nur in Ansätzen deutlich zu machen, für welches kulturpolitische Konzept sie denn stehe, was sie überhaupt wolle, ganz abgesehen davon, daß sie's nicht durchsetzen könne - das pfeifen in Frankfurt die Spatzen vom Dach. Jedoch selbst wenn in Zukunft kaum Aufklärung darüber zu erwarten sein sollte, in welcher Weise die Kulturpolitik aus dem Römer jene oft beschworenen kritischen, emanzipativen Potentiale von Kunst und Kultur zu entwickeln gedenkt, zu gute zu halten ist Linda Reisch immerhin, daß es einer Veranstaltung ihres liebsten Kindes, der ominösen „Frankfurter Akademie der Künste und Wissenschaften“, zu verdanken ist, daß die Tatsache, daß es auch mit der frankfurter Philosophie nicht mehr sonderlich weit her ist, nicht einfach mehr nur von deren leidgeprüfter StudentInnenschaft seminaralltäglich wahr- und hingenommen wird, sondern daß endlich auch mal wie-

der über die Dantestraße hinaus elaboriert gegähnt und geschnarcht werden durfte: Zwar noch im „pränatalen Zustand“ (taz) befindlich, aber schon um Reputation, Repräsentation und Medien-Resonanz bemüht, organisierte das Gründungssekretariat der Akademie unter der „konzeptionellen“ Federführung von Micha Brumlik und Hauke Brunkhorst einen Kongreß „Gemeinschaft und Gerechtigkeit“, der vom 28. bis 30. Mai im Literaturhaus in der Bockenheimer Landstraße stattfand.

Laut Programmheft wollte man sich in Auseinandersetzung mit der seit einigen Jahren in den USA verbreiteten sozialphilosophischen Strömung des „neo-communitarismus“¹ der Frage widmen, ob eine „post-traditionale Gemeinschaft“ in einer „gerechten Gesellschaft“ möglich sei und wie eine gerechte Gemeinschaft oder Gesellschaft, „die den Gedanken der Demokratie ernst nimmt“, verfaßt sein sollte: „Die demokratische Integration von Gemeinschaft und Gerechtigkeit heißt Selbstgesetzgebung. Die gemeinschaftliche Selbstgesetzgebung vieler Individuen heißt 'Volkssouveränität'. Ist diese Idee in einer komplexen

Gesellschaft mehr als eine Illusion?“

Das Publikum für ihre spekulativen Fingerübungen sicherten sich die Organisatoren, indem sie in der Presse verlauten ließen, die Veranstaltung sei nicht öffentlich, am akademischen Diskurs Interessierte würden aber dennoch nicht abgewiesen. Daß sich die zu den vier Kolloquien über „Gemeinschaft und Gesellschaft“, „Die Demokratie und das Gute“, „Subjektivität und Gemeinschaft“ sowie „Verfassung und kommunale Demokratie“ solcherart Angezogenen dann des Eindrucks nicht erwehren konnten, nur Staffage in einer mehr oder weniger schlecht inszenierten, dafür aber umso teureren (von DM 120.000,- allein aus dem Stadtsäckel wurde gemunkelt) PR-Veranstaltung von Akademie und Habermas'scher Diskursmaschinerie abgeben zu dürfen, lag nicht nur daran, daß sich eine Reihe von Referenten schon von vornherein nicht sonderlich anstrebten, sich mit dem Gegenstand der Tagung auseinanderzusetzen - die ganze Veranstaltung war ein glattes Heimspiel für die frankfurter Habermas-Connection und ihre näheren und ferneren Freunde, der Raum für Dis-



kussion dazu noch knapp bemessen. Wollte man so wirklich zur „aktuellen Kontroverse um die kulturelle Legitimationskrise der westlichen Gesellschaften“ (Hauke Brunkhorst), wie sie in den USA zwischen den „communitarians“ und Neoliberalen wie John Rawls und Richard Rorty geführt wird, beitragen? Bei dem einen oder anderen Beitrag schien das auch durchaus mal auf, meist aber kommentierte man nur aus der Ferne oder nahm die Gelegenheit wahr, an der x-ten Fortsetzung der bekannten Altherren-talk-show um die Diskursethik mitzustricken. Die US-Debatte wurde nicht nur „nicht direkt weitergeführt“ (taz) – wo sie kritisiert wurde, hatte man ihr leider auch nur wenig entgegenzusetzen.

Warum auch? Schon eingangs war den Kongreßteilnehmern unter dem Motto „Ferdinand Tönnies und wir“ das liberaldemokratische Glaubensbekenntnis abgenommen worden, ja nichts mit der Sehnsucht der „communitarians“ nach einer substantiellen Gemeinschaft, die es (so) nie gegeben habe, zu tun zu haben. Ob der Rückgriff auf die abstrakte Entgegensetzung von Gemeinschaft und Gesellschaft bei Tönnies nun als „Diskussionsbeitrag“ gedacht war oder ein Beispiel fürs deut-

sche Denken in Fundamentalbegriffen abgeben sollte, sei dahingestellt – der ideologischen Abgrenzung diene er allemal. Auch wenn Hans Joas beschwor, „wir“ sollten nicht mit eingefahrenen Reflexen ablehnend auf den Gemeinschaftsbegriff reagieren, sondern uns die Frage stellen, wie plausibel die Vision sei, die John Dewey besonders prägnant formuliert habe: im Begriff der Demokratie das aufzufangen, was sich an Verlusterfahrungen der modernen Gesellschaft „melden“ wolle. Für Joas liegt der Unterschied zwischen der deutschen und der us-amerikanischen Diskussion nicht so sehr darin, daß in Deutschland der Begriff der „Gemeinschaft“ von konservativer Seite kulturkritisch aufgeladen worden sei „und in Amerika nicht“ (?); auch nicht darin, daß die US-amerikanische Gesellschaft frei von „illiberalen Zügen“ sei. Der große Unterschied liege vielmehr darin, daß in den USA der Diskurs über Gemeinschaft Bestandteil der „Selbstverständigung einer liberalen Gesellschaft“ sei, die „innere Spannung zwischen Marktliberalismus (!) und Gemeinschaftsdiskurs“ in die politische Selbstverständigung der USA „eingebaut“ sei, während er in Deutschland über einen langen Zeitraum im Rahmen einer wesentlich illiberalen Gesell-

schaft stattgefunden habe. Das Interesse an der US-amerikanischen Diskussion über „communitarism“ sei vielleicht auch ein Zeichen dafür, daß bestimmte liberale Voraussetzungen jetzt auch in der „deutschen intellektuellen Kultur“ selbstverständlich geworden seien, wodurch ein „freieres Verhältnis zu den Schattenseiten der Modernisierung“ möglich werde, da man nun weniger Angst habe, „damit in antidemokratisches Fahrwasser zu geraten“.

Hinrich Fink-Eitel klopfte dann in seinem Vortrag „Gemeinschaft als vermittelte Macht“ erste grundlegende Kritikpunkte an den „communitarians“ fest und schulmeisterte, der Kommunitarismus verfehle sein Thema „Gemeinschaft“, weil er Gemeinschaft nicht als *Inter*-Subjektivität zu denken vermöge. Dies könne er nicht, weil er zugleich zu abstrakt und zu konkret, d.h. zu subjektfern und zu subjektnah sei. Demgegenüber könne *Inter*-Subjektivität nicht auf die *Über*-Subjektivität vertrauter, kultureller Wertzusammenhänge reduziert werden, deren transzendente Bedeutung darin bestehe, individuelle *Selbst*-Verständigung zu ermöglichen. Der kommunitaristische Vorrang des einheitlich-homogenen, soziokulturellen Ganzen übergehe so zwei für Gemeinschaften fundamentale

Differenzen, nämlich die durch Macht bewirkten sozialen Differenzen und die (inter-)individuellen Differenzen in Gemeinschaften. Sein Fazit: Man könne mit dem Kommunitarismus beginnen, nicht aber mit ihm aufhören, weil zwei seiner Schlußfolgerungen korrigiert werden müßten. Zum einen sei der Vorrang des einheitlichen, gemeinschaftlichen Ganzen zu ersetzen durch den Vorrang individueller Differenz - das „übergreifende Verhältnis sympathetischer Anerkennung“ beinhalte die *Differenz* der als Andere anerkannten Anderen. Zum anderen müsse um deren „unauflöslicher Partikularität“ willen der Vorrang des *universellen* formalen Gerechten vor dem partikularen gemeinschaftlichen Guten akzeptiert werden. Die „existentielle Orientierung am Guten“ schließe den moralischen Vorrang des gesellschaftlich Gerechten nicht nur nicht aus, sondern setze ihn voraus: wenn die Rechtsgleichheit abstrakt und universell genug sei, dann beinhalte sie auch das Recht auf Andersheit gegenüber dem Konformitätsdruck der Normalität.

So voraussetzungsvoll eingeleitet konnte der von den eingeladenen „communitarians“ einzig erschienene Charles Taylor (Michael Walzer und Robert N. Bellah hatten, so konnte man erfahren, abgesagt) dann am zweiten Tag routiniert seine bereits 1989 beim dritten Castelgandolfo-Gespräch des Wiener Instituts für die Wissenschaften vom Menschen dem Papst vorgetragenen Überlegungen zur *civil society* und ihrem L(=Locke)- und M(=Montesquieu)-Strang² referieren - die Versammlung störte er nicht weiter, Widerspruch fand nicht statt. Aber warum auch?

cFür Micha Brumlik geht es bei der ganzen Debatte um die *civil society* ja sowieso „um nicht mehr und nicht weniger (!) als um eine Neuformulierung der Hegelschen Fragestellung nach dem Verhältnis von abstraktem Recht und bürgerlicher Freiheit hier sowie einer sittlichen Lebensform und kommunaler Freiheit dort“, d.h. um die „angemessene Vermittlung zwischen freier, isolierter, sich selbst behauptender Individualität und einem vernünftigen Allgemeinen“³. Darüber kann man doch - noch dazu unter Freunden - gesittet kommunizieren. Wer da meckert, daß auf dieser Tagung zwar viel über Ethik und Moral, Gemeinschaft, Gesellschaft und sonstwas geschwafelt worden sei, aber kaum ein Wort über die konkrete Situation in den westlichen Gesellschaften verloren wurde - beispielsweise bei Hans Joas' Vortrag über „Gemeinschaftsverlust und Gemeinschaftssehnsucht in den USA“ über den doch wirklich symptomalen Charakter der Rebellion in L.A. und anderswo gegen den weißen Justizterror -, dem muß gesagt werden: Es ging nicht, es ging um - Grundsätzlicheres! Denn nach dem Scheitern des Marxismus als praktischer Philosophie, der sein Programm einer Aufhebung des Bourgeois im

Citoyen über eine Vergesellschaftung der Arbeit nicht habe einlösen können, steht die Sozialphilosophie laut Brumlik „wieder an jener Kreuzung, an der Rechts- und Linkshegelianer darüber stritten, ob die recht verstandene Freiheit in der Moderne nur unter Berücksichtigung des bürgerlichen Eigentums als *notwendiger Bedingung sensu stricto* gedacht werden könne oder ob diese Freiheit ihren Weg nur durch eine radikale Kritik und Aufhebung alles Bestehenden finden könne“⁴. Da wird man sich doch nicht mit empirischen Kleinigkeiten abgeben, wenn Größeres, Konzeptionelleres angesagt ist!

Welchen Weg er einzuschlagen gedenkt, macht Brumlik deutlich, wenn er davon spricht, daß es gegen die „Desorganisation der bürgerlichen Gesellschaft“ (Hegel) gelte, nach einer Synthese von radikaler Demokratie, wechselseitiger Anerkennung und übersichtlichen, durch Partizipation gekennzeichneten „Lebensweisen“ zu suchen, von einer Infragestellung der „Produktionsweise“ aber keine Rede mehr ist.

Hauke Brunkhorst, der andere für die „Konzeption“ der frankfurter Tagung Verantwortliche, schiebt nach: Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen „Militärgesellschaft“ gebe es jenseits des siegreichen Kapitalismus keine Alternativen mehr, man müsse wieder da suchen, „wo sie *sind*: im Innern des siegreichen Kapitalismus“⁵. Solches hört bzw. liest man/frau mit Freuden, stellt sich jedoch sofort die Frage, wie denn die ausgelobten „Chancen einer immer radikaleren, aber nie vollkommenen Verwirklichung der gleichen Freiheit aller“⁶ in einer Gesellschaft aussehen, in der zwar nach wie vor „das Eigeninteresse, der Markt und die unzivilisierte Macht des Kapitals“ herrschen, sich die „Zweidrittelgesellschaft“ aber nicht mehr angemessen als Klassengesellschaft beschreiben lasse. Gegen „den Skandal und das schreiende Unrecht“ der Marginalisierung in modernen Gesellschaften setzt Brunkhorst auf den kommunikativen Druck protestierender und moralisierender Öffentlichkeiten: „Nur die öffentlichen Kommunikationsstrukturen, die auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft eine nicht-instrumentelle Vernunft freisetzen und sich als das wahrhaft 'allgemeine Leben' (Hegel) wie eine *dritte Macht zwischen* Staat und bürgerliche Gesellschaft schieben, können jene moralischen Kräfte entfesseln, die auch noch die an den Rand gedrängten, in viele Formen fragmentierten und funktionslos gewordenen Klassenstrukturen, Marginalisierungen und Ausgrenzungsverhältnisse aufheben können.“⁷ Moralische Kräfte also sollen die leider noch übriggebliebenen Reste traditionaler Unterdrückung wegräumen - ansonsten ist alles klar: „Diese Gesellschaft, in der sich der revolutionäre Primat funktionaler Differenzierung längst durchgesetzt hat, führt zum Absterben aller Klassenstrukturen.“⁸

Die *civil society* existiere, resümiert Micha Brumlik, es könne nicht darum gehen, sie „neu zu erfinden“. Welcher Art aber nun die Chancen sind, die die bereits bestehende *civil society* für ein „linkes, d.h. universalistisches Projekt“⁹ angeblich bietet, und was an seinem „Projekt“ - von dessen universalistischen Ansprüchen einmal ganz abgesehen - denn „links“ ist, darüber schweigt auch er sich aus. Versichert wird dem Publikum nur, seine „Idee von *civil society*“ entspreche der „zunehmend multikulturellen Gestalt der westlichen Gesellschaften in einem kommenden Zeitalter allseitiger Migration und Mobilität“ ebenso wie der Realität einer Öffentlichkeit, die allemal mehr sei als eine „abstrakte Summe rasonnierender Einzelner“.¹⁰

Daß auf der Frankfurter Tagung die Einzelnen nicht zu sehr ins Rasonnieren kamen, dafür sorgte schon der Meister himself. So nutzte Jürgen Habermas die Ausführungen von Karl-Otto Apel über die kommunikativen Bedingungen der persönlichen Identität zu einer Kritik an dessen „Rückbesinnung“ auf den „quasi-kommunitaristischen Ansatz“ der transzendentalpragmatisch begründeten Diskursethik (das „Apriori der Kommunikations-Gemeinschaft“) - diese sei keine „Gemeinschaft“ im eigentlichen Sinne, der Begriff der Kommunikations-Gemeinschaft sei fallenzulassen - und rückte einiges an Apels „Spannung zwischen partikular-historisch orientiertem Patriotismus und universalistisch-anschlußfähigem Verfassungspatriotismus“ zurecht: es gebe keine ethische Rechtfertigung mehr dafür, daß der einzelne sein Leben fürs gute Ganze lasse, der heute einzig legitime Patriotismus sei der letztere. Auch Axel Honneths Vortrag gab ihm Anlaß zu Kritik und Profilierung als frankfurter „Linksaußen“ - was das für die „Schüler“ heißt, mag sich die LeserIn denken. Honneth durfte sich dann in der anschließenden Diskussion aber umso mehr der besonderen Aufmerksamkeit des Publikums sicher sein. Hier wie schon bei der Diskussion nach Albrecht Wellmers Vortrag zum Zusammenhang von liberalen Grundrechten und demokratischer Partizipation, von Liberalismus und Kommunitarismus in dem Sinne, daß letzterer ein Korrektiv *innerhalb* des ersteren (und nicht gegen ihn) sei, schien überdeutlich auf, daß die Auseinandersetzung mit dem „communitarism“ eher äußerer Anlaß für theoretische Abklärungs- und ideologische Ausrichtungsprozesse innerhalb der Habermas-Connection war denn ernsthafter Dialog über den Atlantik. Dafür schienen zum Teil zumindest auch ganz offenkundig die notwendigsten Voraussetzungen zu fehlen, nämlich eine auch nur annähernde Kenntnis der US-amerikanischen Diskussion über ihre sozial- und insbesondere moralphilosophischen „highlights“ hinaus. Leider galt für die meisten ReferentInnen, was

Marx 1845 der *Deutschen Ideologie* ins Stammbuch schrieb: „Keinem von diesen Philosophen ist es eingefallen, nach dem Zusammenhange der deutschen Philosophie mit der deutschen Wirklichkeit, nach dem Zusammenhang ihrer Kritik mit ihrer eignen materiellen Umgebung zu fragen.“¹¹ Was man bei der philosophischen (!) Reflexion fürs eigene Denken kaum leisten kann oder will, warum sollte man das an fremdem Denken tun?

So allerdings braucht man sich wirklich nicht zu wundern, daß es Philosophen „im deutschen Sprachraum“ schwerfällt, den Sinn einer sozialphilosophischen Diskussion nachzuvollziehen, in deren Zentrum die Idee der Gemeinschaft steht“ (Axel Honneth in der FR v. 5.11.91) - es handelt sich vielleicht ja gar nicht in erster Linie um einen philosophischen Streit um die beste „Grundlegung“ moralischer Prinzipien, viel weniger noch um eine Entgegensetzung von konservativer Kulturkritik der „communitarians“ an ansonsten unumstrittenem „Liberalismus“ sondern, und darauf hat schon Otto Kallscheuer in seinem Beitrag in der Debatte über „Individualisierung und Gemeinsinn“ im „Forum Humanwissenschaften“ der FR hingewiesen, um die „Selbstkritik eines demokratischen Liberalismus, der sich im Gegenzug zur herrschenden liberalen Doktrin der 'demokratischen Elitenherrschaft' um die Wiederbelebung der partizipativen Dimension der Demokratie bemüht“ (FR v. 10.3.92). Dieser Debatte um die Grundlagen der Demokratie und

die Institutionalisierung einer ihr gemäßen politischen Kultur eine „Ausblendung (!) der sozialen und ökonomischen Strukturprobleme der Gesellschaft“ vorzuwerfen, wie es Axel Honneth tut (siehe das Interview mit Peter-Erwin Jansen und Joachim Volke im Januar-Heft der Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte, S. 26), selber aber den Problemen der „Systemwelt“ keine oder kaum größere politisch-theoretische Aufmerksamkeit zu schenken, ist pure Ignoranz. Man kann zu Amitai Etzionis Konzeptionierung einer sozialwissenschaftlich erweiterten politischen Ökonomie¹² sicher einiges kritisches anmerken - nur hat's aus dem Kreis der in Frankfurt Versammelten (zumindest meines Wissens) keiner getan. Und wenn man meint, bei den „communitarians“ ein gewisses „soziologisches Defizit“ feststellen zu müssen (Hans Joas) - das hatte diese Tagung aber selbst allemal! Man sang sich wechselseitig manch moralphilosophisches Wiegenlied und tat sein/ihr bestes, um der gegenwärtigen Konjunktur der Ethik noch ein Sahnehäubchen aufzusetzen.

Wenn dieser Kongreß „modellhaft zeigen (sollte), was die Arbeit der Akademie sein kann“ (Linda Reisch), dann war das eine - wenn auch ziemlich teure - Grablegung. Hoffentlich! Und die Habermasche Theorienfabrik scheint allem Ausstoß zum Trotz zunehmend in die Phase der Regression einzutreten.

Michael Hintz

¹ Zu ihren exponiertesten Vertretern zählen bzw. werden gezählt Philosophen wie Michael Walzer, Alasdair MacIntyre, Charles Taylor, Michael Sandel, William M. Sullivan, der Ökonom Amitai Etzioni oder auch der Soziologe Robert N. Bellah. Bei allen politischen wie theoretischen Unterschieden eint sie die Überzeugung, daß nur durch den Rückgriff auf die substantielle Vernunft von Gemeinschaft und Tradition dem ungezügelter Modernismus, dem entzauberten Rationalismus und einem leeren und atomisierten Pluralismus und Individualismus der westlichen Gesellschaften begegnet werden könne. Siehe dazu u.a. Bellah, Robert N. et al.: *Gewohnheiten des Herzens. Individualismus und Gemeinsinn in der amerikanischen Gesellschaft*, Köln 1987 (1985); MacIntyre, Alasdair: *Der Verlust der Tugend. Zur moralischen Krise der Gegenwart*, Frankfurt am Main 1987 (1981); Sandel, Michael: *Liberalism and the Limits of Justice*, Cambridge 1982; Taylor, Charles: *Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus*, Frankfurt am Main 1988 (1985).

² Taylor, Charles: *Die Beschwörung der Civil Society*, in: K. Michalski (Hg.), *Europa und die Civil Society*, Stuttgart 1991.

³ Brumlik, Micha: Was heißt „Zivile Gesellschaft“?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 8-91, Bonn 1991, 992.

⁴ Ebenda.

⁵ Brunkhorst, Hauke: *Der entzauberte Intellektuelle. Über die neue Beliebigkeit des Denkens*, Hamburg 1990, 308.

⁶ Ebenda, 309.

⁷ Ebenda, 322.

⁸ Ebenda, 321.

⁹ Brumlik, a.a.O., 933.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ MEW 3, 20.

¹² Etzioni, Amitai: *The Moral Dimension. Toward a New Economics*, New York 1988. Etzioni ist Herausgeber der Zeitschrift „The Responsive Community: Rights and Responsibilities“, die damit wirbt, „the only communitarian publication in the world“ zu sein - was immer das heißen mag... 2

2. durchges. Auflage
Elmar Altvater

Die Zukunft des Marktes

Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des 'real existierenden' Sozialismus.
1992 - 386 S. - DM 38,00 - ISBN 3-924550-68-9
Angesichts der Umwälzungen in Osteuropa und der weltweiten ökologischen Krise fragt Elmar Altvater nach der Zukunft des Marktes. In einer "Sichtung der gegenwärtigen Bestände" werden Mechanismen und Resultate marktförmiger Prozesse dargestellt. Damit werden zentrale Brennpunkte des heutigen und zukünftigen sozialen und politischen Geschehens ins Blickfeld gerückt, die politisches Handeln zukünftig bestimmen werden. "Auf hohem theoretischem Niveau, sprachlich und analytisch den geschichtlichen und aktuellen Boden der Realität nicht verlassend, lesefreundlich" Vorwärts

Barbara Böttger

Das Recht auf Gleichheit und Differenz

Elisabeth Selbert und der Kampf der Frauen um Art.3.2 Grundgesetz. Vorwort von Ute Gerhard
1990 - 311 S. - DM 39,80 - ISBN 3-924550-44-1
Barbara Böttger beleuchtet die Geschichte und die Auseinandersetzungen um den Gleichberechtigungssatz (Artikel 3.2) im Grundgesetz. Zum anderen erzählt Elisabeth Selbert, eine der "Mütter des Grundgesetzes", hier erstmals ihre Lebensgeschichte. Diese Zusammenschau bietet eine neue und fundierte Darstellung eines Angelpunktes auch heutiger Frauenbewegung.
"Barbara Böttger hat...eine Lücke geschlossen...sehr gut lesbar" *Das Argument*

Verlag Westfälisches Dampfbboot



Gesamtverzeichnis beim Verlag: 4400 Münster - Dorotheenstr. 26a - Tel. 0251 / 6086080

Jürgen Hoffmann/
Hildegard Matthies/
Ulrich Mückenberger (Hg.)

Der Betrieb als Ort ökologischer Politik

Am Beispiel einer Schadstoffgruppe
1992 - 306 S. - DM 38,00 - 3-924550-64-6

Mit dem vorliegenden Band wird - in dieser Konsequenz erstmalig - die Produktion und Verwendung ökologisch riskanter Stoffe am Entstehungsort thematisiert. Die breit gefächerten, durchaus kontroversen Beiträge bearbeiten am Beispiel einer Schadstoffgruppe (CKW) konkrete Problemlagen und Risiken der Produktion und Anwendung, ihrer Akteure sowie möglicher Instrumente und Perspektiven beim Umgang mit Schadstoffen. Dabei geht es um die Entwicklung konkreter Lösungsvorschläge.

Heide Mertens

Wunschkinder. Natur, Vernunft und Politik

1991 - 250 S. - DM 38,00 - ISBN 3-924550-60-3

In vier großen Kapiteln geht die Autorin der Geschichte der Bevölkerungsdebatte seit der Aufklärung, den gesellschaftlichen variablen Ordnungen von Zeugen und Gebären, den staatlichen pro- und antinatalistischen Familienpolitiken und den angesichts von Humangenetik und Pränataldiagnostik neuen Möglichkeiten geplanter Elternschaft nach.
Ihr Buch ist ein Plädoyer für mehr Selbstbestimmung der Frauen über den eigenen Körper und mehr gesellschaftliche Verantwortung für die Kinder. Es soll neue wissenschaftliche wie politische Perspektiven eröffnen.

Ein und alles

Texte von Christine Nöstlinger

Einsicht

Eine winzige Ewigkeit und ein endloser Augenblick trafen einander auf einer Milchstraße. Sie verliebten sich auf den ersten Blick ineinander.

Die winzige Ewigkeit wurde vom endlosen Augenblick schwanger. Sie brachte zweieiige Zwillinge zur Milchstraße: Eine endlose Ewigkeit und einen winzigen Augenblick.

Oft betrachteten die winzige Ewigkeit und der endlose Augenblick ihre Zwillinge ganz traurig und sprachen dann zueinander: „Manchmal vermischen sich leider die außergewöhnlichsten Erbanlagen bloß zu alltäglichem Durchschnitt!“

Eine Karpfenschuppe,

wenn man sie gegen das Licht hält
und ein Sonnenstrahl auf sie fällt,
dann gibt es nichts auf der Welt,
was schöner wär!

Aber meine Mutter hat keine Augen,
die für das Wunderbare taugen.

Sie sieht nicht,
wie's funkelt, glitzert und blinkt.

Sie schnüffelt bloß:
Scheußlich, wie das wieder stinkt!

Rumpelstilzchen - eine Richtigstellung

Die Geschichte vom Rumpelstilzchen ist wahrheitsgetreu überliefert. Bis auf den Schlußsatz. Da heißt es ... *und lebten zufrieden und glücklich bis an ihr Ende*. Hier lügt das Märchenbuch!

Für die, die sich an das Happy-end des Märchens nicht mehr erinnern: ... Da würde dem Rumpelstilzchen das erste Kind der Königin gehören, wenn sie seinen Namen nicht errät, aber die Königin kriegt den Namen heraus, und das Rumpelstilzchen reißt sich vor Wut darüber in zwei Teile ...

Kann sich irgendwer, außer einem chronischen Schwachkopf, vorstellen, daß sich ein Mensch, und sei es auch nur ein Zwerg, selber in zwei Teile reißen kann? Doch kaum! Und so war es ja auch nicht. Das Rumpelstilzchen schlich bloß traurig davon. Und die Königin war auch nur kurze Zeit froh, denn ihr Mann war ein Verschwender, dem bald alles gesponnene Gold wieder zwischen den Fingern zerronnen war. Er befahl der Königin, wieder Gold zu spinnen, und drohte ihr wieder mit dem Umbringen, falls sie es nicht täte! Also mußte die Königin auch wieder zum Rumpelstilzchen rennen und es bitten, für sie zu spinnen. Und das Rumpelstilzchen ließ sich wieder erweichen. Und der König gab wieder alles Gold aus. Und wollte neues Gold haben! Und die Königin

flehte das Rumpelstilzchen an, und das Rumpelstilzchen spann, und der König gab aus. So ging das jahrelang. Der König wurde immer verschwenderischer. Das Rumpelstilzchen mußte nun schon vier Nächte pro Woche spinnen. Darum zog es heimlich ins Schloß. Sonst wäre es andauernd - hin und her - unterwegs gewesen. Im Gemach der Frau Königin schlief es. Und so kam es, daß die Königin jede Nacht mit dem Rumpelstilzchen zubrachte. Entweder zum Spinnen in eine Kammer eingeschlossen, oder in ihrem Schlafgemach. Da kamen sie natürlich miteinander ins Reden und schütteten einander die Herzen aus. Die Königin beklagte sich über ihren Gemahl, und das Rumpelstilzchen erzählte von seiner riesengroßen Sehnsucht nach einem Kind. Und eines Nachts sagte die Königin: „Eigentlich hast du mir, seit wir uns kennen, nur Gutes getan. Und mein Mann, seit ich ihn kenne, nur Böses. Wegen dem Gold hat er mich geheiratet, und hätt' ich's nicht hergeschafft, hätte er mich getötet!“

„Na, daß du endlich merkst, wo die wahre Liebe wohnt“, seufzte das Rumpelstilzchen. Von da an schenkte die Königin alle Kinder, die sie noch bekam, dem Rumpelstilzchen. Geheim natürlich. Der König hielt sie immer noch für die seinen. Und vor lauter Goldausgeben kam er gar nicht dazu, sich darüber zu wundern, daß seine Frau jetzt lauter Zwerge gebar. Aber die Königin und das Rumpelstilzchen lebten zufrieden und glücklich bis an ihr Ende.

Allerliebstes Hündchen

Januar: Allerliebstes Hündchen heimgebracht,
Über seine Tolpatschigkeit gelacht!

Februar: Hündchen schaut so treu!
Ach, wie ich mich freu!

März: Hündchen ist so weich und possierlich.
Sicher wird's auch bald manierlich!

April: Dauernd Lackerln aufgewischt
und viel Chappi aufgetischt.

Mai: Größer und größer wird der Kerl.
Folgt überhaupt nicht dem Herrl.

Juni: Hat mitten auf den Teppich geschissen
und meine beste Unterhose zerrissen.

Juli: Das Biest läßt mir keine Ruhe
und verschleppt mir meine Schuhe!

August: Muß dauernd mit ihm schimpfen.
Wäre an der Zeit, ihn zu impfen!

September: Bellt dauernd irre und toll,
kotzte mir das Auto voll!

Oktober: Das Vieh ins Tierasyl gebracht,
hat mich irgendwie traurig gemacht!

Briefwechsel

Ein Knabe bläst 1000 Küsse
in einen Luftballon

Bindet daran eine Karte:
1000 Grüße von Deinem
einsamen Sohn!

Der Luftballon schafft die
Reise, kommt heil zu des
Vaters Haus.

Pocht ans Fenster ganz leise,
holt den Vater aus dem Bett
heraus.

Gerührt liest der Vater die
Karte und schreibt auf die
Hinterseite:

„Sohn, Deine Kindheit ist
eine harte!“ Dann läßt er den
Ballon wieder ins Weite.

Vorabdruck aus: Christine Nöstlinger & Jutta Bauer „Ein und alles“, mit
freundlicher Genehmigung des Verlages Beltz & Gelberg in Weinheim, bei
dem das Buch demnächst erscheinen wird.

In seiner Freizeit las der Angeklagte Märchen

Texte von Georg Seidel

11.

17.8. Im Gasthaus zum Braunen Hirsch ist das Pißbecken verstopft.
18.8. Im Gasthaus zum Braunen Hirsch ist das Pißbecken verstopft.
19.8. Im Gasthaus zum Braunen Hirsch ist das Pißbecken verstopft.
20.8. Im Gasthaus zum Braunen Hirsch ist das Pißbecken verstopft.
Die Gasthausgeschichte endet so: Das Gasthaus zum Braunen
Hirsch, das schon lange kein beliebtes Ausflugslokal mehr ist,
weil es ein verstopftes Pißbecken hat, wurde vom Volksmund
umgetauft in Grüne Kuh. Der gesunde Menschenverstand, der
viele Doppelzentner Gehirn auf die Waage bringt, dichtete: In der
Grünen Kuh, ist das Toilettenrohr zu. Daraufhin wurde das Gast-
haus ganz geschlossen, was eine gewisse Frau Hoyer sehr ärgert,
denn sie hatte an das Gasthaus immer Petersilie verkauft.

17.

Alle Werke, die der Dichter interpretierbar fand, die verbrannte

er, alle Werke, die für nicht interpretierbar galten, wurden von der
Öffentlichkeit in eine Kalkgrube geworfen. So gesehen hatte der
Dichter gar nichts geleistet. Als ihm das klar wurde, ging er ins
Grüne, pflückte einen Strauß Wiesenkerbel, teilte ihn in zwei
Teile. Einen Teil schenkte er seiner allerbesten Freundin, den
anderen schenkte er seiner Frau. Die beiden Frauen freuten sich
sehr. Da war auch der Dichter sehr glücklich und weinte auf einen
herumstehenden Panzer, so daß dieser augenblicklich verrostet in
sich zusammenfiel - und die Soldaten, die darin wohnten, kein
Dach mehr über dem Kopf hatten. Womit sich die an sich harmlo-
se Geschichte zu einer Obdachlosentragedie verformte.

28.

Nachdem Krüger achtzig Eier zur Sammelstelle gebracht hatte,
ging er ins Keglerheim. Er wollte höchstens ein Bier trinken,
bestellte sich aber gleich zwei. Dann kam Hellmich an Krügers
Tisch. Krüger trank noch ein drittes, viertes, fünftes und sechstes

Bier, es war sowieso ein sehr heißer Tag. Weil Krüger langsam in Stimmung kam, trank er wie Hellmich zu jedem Bier noch einen Schnaps. Bis vor fünf Jahren hatten beide in der Kreisklasse Fußball gespielt, jetzt spielten sie hin und wieder noch Alte Herren. Dann hatte Krüger die Schnauze voll. Scheißfußball, sagte er, am liebsten wäre ich sowieso Boxer geworden. Er zeigte Hellmich seine Muskeln, der ihm jetzt Prügel anbot, weil Krüger ihm vor drei Jahren ein Paar Stoßdämpfer verkauft hatte, die, wie er sagte, absoluter Schrott waren. Betrug, schrie Hellmich, Betrug. Dann prügeln sich beide. Der Wirt rief die Polizei. Die Polizei konnte aber nicht kommen, sie war schon auf dem Bahnhof im Einsatz, wo ein gewisser Langhans eine Frau angefaßt hatte, die daraufhin mit ihrem Regenschirm wild auf Langhans eingeschlagen hatte und jetzt mit einem Weinkrampf in der Bahnhofsmision saß. Alles wieder in Ordnung, sagten die Polizisten zur Frau und fuhren in die Siedlerklause, wo es in einem wilden Streit um zweihundertvierzig Gasbetonsteine ging, die Werchan gegen drei Rollen Maschendraht getauscht, aber bis heute von Bindernagel nicht bekommen hatte. Die Polizisten sahen auch nicht durch, ermahnten die beiden und fuhren ins Kegerheim, wo sich Hellmich und Krüger sofort gegen die Polizisten verbündeten, so daß der Wirt eine zweite Streife anfordern mußte, aber die zweite Streife war jetzt in der Siedlerklause, wo sich der junge Otto mit seinem Vater prügelte.

Sie müssen nach Dessau fahren

Sie müssen nach Dessau fahren, sie müssen sich das Bauhaus angucken, aber vorher müssen sie zur Mulde laufen, diesem Fluß, der aus Zwickau kommt und aus dem Erzgebirge, sie müssen aus diesem Fluß einen Liter Wasser trinken, zwei Stunden später werden sie tot sein. Sie werden sich von der Mulde zurück zum Bauhaus schleppen mit furchtbaren Magenkrämpfen im Bauch, sie werden die Ruine des Dessauer Schlosses nicht mehr bewundern, sie werden im Bewußtsein der Dessauer als unangenehme Erscheinung zurückbleiben, denn ein in-Schmerzen-sich-Windender zeigt sich nicht auf der Straße, der legt sich ins Krankenhaus und stirbt dort und bleibt nicht am Ende liegen vor einem Gebäude, das Kunst ist. Keiner ist stolz auf dieses Gebäude, aber noch weniger sind die Menschen stolz auf einen Toten, der auf dem Fußweg liegt. Ein Fluß kann tot sein, eine Landschaft kann tot sein, das alles ist schlimm genug, daß man nicht darüber sprechen kann, aber ein toter Mensch, der auf dem Bordstein liegt, der dieses zum Himmel stinkende Wasser getrunken hat, der ist ein Idiot, der ist zwar jetzt nicht mehr am Leben, aber die Idiotie, die stinkt diesem Toten doch zum Hals raus. Und daß er zum Bauhaus wollte, na, die Nazis, die hatten doch recht, diese ganze Kunst zu verbieten, guckt euch doch mal unsere Stadt an, das kommt doch aus dieser Richtung, alles Bauhaus, ja, das schreien die Bürger, die sich am Ende sehr wohlfühlen in diesen Kasernen, diesem zurechtgezimmerten Wohlstandsvergnügen, das aus der Sklavenzeit stammt, sei trostreich im Schmerz, mach dir dein Abendbrot, bastel rum an der Fernsehantenne, freu dich über ein gutes Bild, das muß auch so sein, wohin soll man sonst blicken, als in eine ganz andere Zukunft, die aus einem mit Kunstlicht beleuchteten Studio kommt. Ach ja, die Realität, daß man sie überwindet.

Harzreise

Was ein eintausendjähriger Friede doch alles anrichten kann. Überall fröhliches Kinderlachen oder Rockmusik. Meistens beides, meistens noch mehr. Bockwurstgeruch, das Autogehupe und der Bezingestank und der und die, alle erholen sich. Wovon? Von der

Arbeit, oder weil es so zu sein hat, daß man im Sommer wegfährt irgendwohin, dann Angst hat vor der Langeweile. Irgendwas muß doch gemacht werden außer essen und trinken und schlafen. Man muß auf die Berge rauf klettern, die hier im Harz zum Glück nicht so hoch sind. Denn was soll man machen, wenn man nach dem Frühstück schon anfängt zu trinken, dann ist man ja mittags schon besoffen. Also geht man einkaufen. Oder versucht etwas zu finden, das man einkaufen könnte. Man rennt zum Beispiel in Wernigerode durchs Stadtzentrum, pausenlos und immer im Kreis. Auf dem Schloß, das jetzt ein Feudalmuseum ist, aber eigentlich in seiner jetzigen Verfassung niemals ein richtiges Schloß gewesen ist, da war man ja schon und hat die Kanonen bestaunt und die Gewehre. Also nicht nochmal hoch. Also irgendwas einkaufen, damit man was Bleibendes mitbringen kann aus dem Urlaub. Eine Brockenhexe. Aber was soll man mit einer solchen Puppe? Hexen gibts sowieso nicht, auf den Brocken darf man nicht rauf. Grenzgebiet. Alles ist Wahnsinn. Auf den Landkarten, die man einkaufen kann, ist der Brocken schon nicht mehr eingezeichnet, da fehlt das Beste, schon auf der Landkarte, sozusagen, wenn man in den Harz fährt, da fehlt das Salz in der Suppe, schon auf der Landkarte. Man hat dann Mühe, sich zu orientieren und überall der Bockwurstgeruch in dieser so eindeutig deutschen Republik. Aber der Brocken wird dankbar sein, daß er verschont bleibt von dieser Urlauberplage, die bald das ganze Gebiet breitgelatscht haben wird. Aber es gibt auch andere. In Elbingerode sahen wir morgens einen jungen Mann vor dem Zelt sitzen und abends, als wir von unserer Wanderung zurückkamen, saß er immer noch in der gleichen Haltung auf seinem Campingstuhl. Wir nehmen natürlich an, daß er in der Zwischenzeit mal auf dem Klo war oder sich sonstwie Bewegung verschaffte, indem er mit seinen Händen die Mücken verscheuchte. Aber auf irgendwas schien der junge Mann gewartet zu haben, auf die Sonne vielleicht, die in diesem Sommer nicht so richtig durch die Wolken kam, oder auf ein junges Mädchen, aber die zu ihm paßt, die sitzt wahrscheinlich auch auf einem Campingstühlchen und wartet. Wie sollen die beiden zueinander finden? Es geht nicht. Das sind die Tragödien, die sich so abspielen im Urlaub und vielleicht große Ehekonflikte verhindern.

Ganz anders die jungen Burschen aus Mecklenburg. Früh um zehn waren sie schon wieder betrunken oder noch besoffen vom Vorabend. Sie liefen in kleinen Gruppen über den Zeltplatz und suchten Streit. Da keine Streitpartner außerhalb ihrer Gruppe zu finden waren, weil keiner so richtig mitspielen wollte, mußte innerhalb der Gruppe selber gestritten und geschlagen werden. So sah man dann auch Fäuste in die Fresse des Kumpels fliegen. Aber auch diese Burschen warteten eigentlich auf irgendwas anderes. Da das andere nicht kam, ein toller Autounfall mit paar Toten vielleicht, ich weiß es nicht, man will diesen starken Jungmännern schon wegen ihrer harten Fäuste nicht zu nahe treten, begnügten sie sich mit den kommißhaften Sauf- und Haugelagen. Die leeren Flaschen fielen krachend gegen die Zeltplatzumzäunung.

Die Texte sind aus „In seiner Freizeit laß der Angeklagte Märchen“ von Georg Seidel, das dieses Frühjahr bei Kiepenheuer & Witsch in Köln erschien. Georg Seidel wurde 1945 in Dessau geboren und starb 1990 in Berlin.

möbelum

SCHLAFEN.

FUTONSOFA – FUTONBETT

Gestell Kiefer massiv
200 cm breit
unbehandelt

Futon schwarz oder natur
140 x 200 cm
9 Lagen Baumwolle = 9 kg/m²



komplett
inkl. Futon **699,-**
schwarz lackiert 749,-

FUTON A

8 Lagen Baumwolle
= 8 kg/m²
ca. 9 cm hoch
Bezug schwarz/mint

120 x 200 – DM 340,-
140 x 200 – DM 390,-
160 x 200 – DM 440,-
180 x 200 – DM 490,-

FUTON B

10 Lagen Baumwolle
= 10 kg/m²
ca. 12 cm hoch
Bezug schwarz/rot

120 x 200 – DM 390,-
140 x 200 – DM 450,-
160 x 200 – DM 510,-
180 x 200 – DM 570,-

FUTON C

2 Lagen Kokos/Roßhaar
= 2 kg/m²
8 Lagen Baumwolle
= 8 kg/m²
ca. 12 cm hoch
Bezug schwarz/petrol

120 x 200 – DM 480,-
140 x 200 – DM 550,-
160 x 200 – DM 620,-
180 x 200 – DM 690,-

FUTON D

4 cm Latexkern
2 Lagen Kokos/Roßhaar
= 2 kg/m²
4 Lagen Baumwolle
= 4 kg/m²
2 Lagen Schafschurwolle
= 1 kg/m²
ca. 12 cm hoch
Bezug schwarz/blau

120 x 200 – DM 690,-
140 x 200 – DM 770,-
160 x 200 – DM 850,-
180 x 200 – DM 930,-

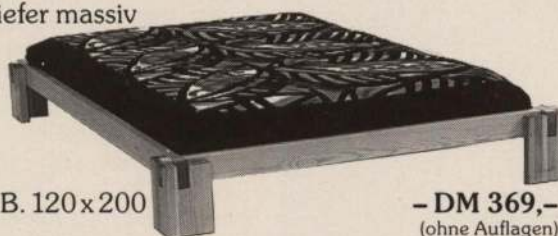
Deckenfluter

Halogen
182 h
179,-



BETTEN

Kiefer massiv



z. B. 120 x 200

– DM 369,-
(ohne Auflagen)

BETTEN

Kiefer massiv



z. B. 140 x 200
unbehandelt

– DM 289,-
(ohne Auflagen)

WIE MAN SICH BETTET, SO LIEGT MAN

...UNTER UMSTÄNDEN JAHRELANG, IM GLEICHEN BETT, AUF DER GLEICHEN MATRATZE. DESHALB STEHEN IHNEN UNSERE BETTEN VON MÖBELUM NICHT NUR IN VERSCHIEDENEN GRÖSSEN, MIT UNTERSCHIEDLICHEN MATRATZEN UND LATTENROSTEN ZUR AUSWAHL; ZUSÄTZLICH BERATEN WIR SIE BEI FRAGEN ZUR ÖKOLOGISCHEN HOLZ-BEHANDLUNG UND WIE IHR SCHLAF ZUR RICHTIGEN ERHOLUNG WIRD.

möbelum

Hanauer Landstr.

11 – 13

6000 Frankfurt

Tel. 0 69/44 70 44



Urlaubsbegleitung gefunden!



Kühne, aufregende Romane in der Literaturreihe *edition ariadne*, spannende Krimis aus der *Ariadne-Krimireihe* und Theorie vom Feinsten: Der Urlaub kann beginnen!



Sarah Schulman Leben am Rand

edition ariadne

Roman, edition ariadne
270 Seiten. Gebunden. DM 25,-

Sarah Schulman schrieb diesen bewegenden und aufrührerischen Roman um AIDS und damit um Patriarchat, Heterosexualität, Schwule und Lesben und um die Strategien normaler Politik.



Barbara Wilson Unbescheidene Frauen

edition ariadne

Roman, edition ariadne
320 Seiten. Gebunden. DM 27,-

Barbara Wilson erzählt die Geschichte dreier Frauen, die wirklich ernst machen mit dem Satz, daß das Persönliche politisch ist, und die versuchen, im Leben so zu handeln, wie sie im Politischen denken.

Joy Magezis

Schüttelfrost



Ariadne Krimi

Ariadne-Krimi 1028, 208 S., DM 13,-

Eine Amerikanerin in England: Alison Katz tut sich schwer mit der steifen britischen Art. Um so erfreuter ist sie, als sie bei der Freundin einer Freundin anruft, und die sie ganz unenglisch-umstandslos zu sich einlädt. In dem stillen Gartenhäuschen erwartet Alison eine böse Überraschung...

Katherine V.
Forrest

Beverly Malibu

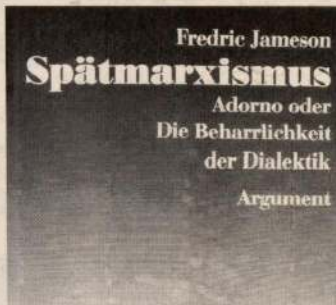


Ariadne Krimi

Ariadne Krimi 1029, 256 S., DM 13,-

Kate Delafield vom Morddezernat Los Angeles ermittelt in einem Giftfall, der im Apartmenthaus Beverly Malibu stattgefunden hat. Bei den Verhören ergibt sich schnell eine Spur: Fast alle BewohnerInnen des Beverly Malibu haben auf irgendeine Weise mit der Filmbranche zu tun...

>Die philosophisch ausgefeilteste Studie über Adorno, die bisher in englischer Sprache erschienen ist.<
Michael Ferber in *The Nation*



320 S., broschiert, DM 34,-

Aus d. Amerik. von Michael Haupt

In den USA gilt Jameson längst als Klassiker einer politisch orientierten ästhetischen Theorie. Umso mehr dürfen wir gespannt sein, wenn er sich mit einem Denker auseinandersetzt, der wie kein zweiter die politische, philosophische und ästhetische Diskussion der westdeutschen Nachkriegsepoche beeinflusst hat - nämlich Theodor W. Adorno. Für Jameson ist Adorno der systematische Kritiker der spätkapitalistischen Gesellschaft, dessen Dialektik ein Modell für den weltweit expandierenden Kapitalismus der 90er Jahre sein kann. Adorno nämlich hat sich mit den symbolischen und materiellen Produktionsprozessen der Warengesellschaft nicht arrangiert, sondern sie zum grundlegenden Moment des Zusammenhangs zwischen Individualität und Gesellschaft gemacht. Wie seine Einsichten für die *condition postmoderne* nutzbar zu machen sind, zeigt Jameson in der Auseinandersetzung mit den großen Werken aus Adornos zweiter Schaffensperiode: den *Minima Moralia*, der *Dialektik der Aufklärung*, vor allem aber in der Interpretation der *Negativen Dialektik* und der *Ästhetischen Theorie*.

Mary Kaldor Der imaginäre Krieg

Eine Geschichte
des Ost-West-
Konflikts



295 S., br., DM 34,-

Aus dem Englischen von Michael Haupt
und Thomas Laugstien

Der Kalte Krieg ist vorüber. Mary Kaldor, Politologin und engagierte Pazifistin, legt hier eine erste Analyse und Bestandsaufnahme von 45 Jahren europäischer Nachkriegsgeschichte vor, die in einschneidender Weise durch den Ost-West-Konflikt bestimmt waren. Ihr Ziel ist es, die internationalen Beziehungen neu zu denken und den traditionellen, an Machtpolitik orientierten Ansatz zu überwinden. Viele der in diesem Buch entwickelten Ideen sind aus dem Dialog entstanden, der sich während der achtziger Jahre zwischen der Friedensbewegung des Westens und den Demokratiebewegungen des Ostens entfaltet hat. An diesem Dialog hat Mary Kaldor aktiv mitgewirkt.

Eigens für die deutsche Ausgabe hat die Autorin ein Vorwort geschrieben, in dem sie die Perspektiven beleuchtet, die sich aus der jüngsten Entwicklung in Osteuropa ergeben.

Die Urlaubsbegleiter aus dem Argument-Verlag gibt es in allen guten Buchhandlungen.

Sollte sich keine in Ihrer Nähe befinden: Anruf genügt!

Wir wünschen Ihnen einen erholsamen Sommer!

edition ariadne Ariadne Krimis

Argument Verlag, Rentzelstraße 1
2000 Hamburg 13 - 040/45 36 80

Argument